

Die Politische Meinung

WISSEN

Wie ist das Klima
für die
Forschung?

ZUM SCHWERPUNKT Thomas Petersen, Der ferne Planet Wissenschaft;
Hans Joachim Meyer, Akademischer Titel und persönliches Ansehen;
Manuel Gogos, Der Geist, vollgestopft mit Wörtern

WEITERE THEMEN Oswald Metzger, „Genossen, lasst die Tassen im Schrank!“,
Die SPD und die Marktwirtschaft

9 €, Nr. 519, März/April 2013, 58. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de



„... Bilder werden eben, wie in zunehmendem Maße ‚Wissen‘ überhaupt, *außen* gespeichert, ‚ausgelagert‘, von außen her abgerufen. Wissen erscheint so nicht mehr als Erfahrung, die wir uns zu eigen machen müssen, sondern wird, auch und gerade von der jüngeren Generation, als *knowledge at your fingertips*‘ verstanden: als Daten, über die man jederzeit verfügen, die man jederzeit abrufen kann. Damit verliert ‚Wissen‘ eine Funktion, die ich für entscheidend halte. Wirkliches Wissen hat *verwandelnde* Funktion. Sie verwandelt ihren Träger, sie macht ihn zu einem anderen, *weil* er nun weiß und an diesem Wissen *zu tragen* hat, vielleicht sogar leidet. Dieser Aspekt geht zunehmend verloren ...“

(Patrick Roth, Schriftsteller)

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Nichts ist so alltäglich wie ein Apfel, nichts so sinnbildhaft – zumal beim Thema „Wissen“. Ein bayerischer Pfarrer, Korbinian Aigner (1885 bis 1966), hat zeitlebens Äpfel gemalt: paarweise, Sorte für Sorte, Stängel- und Restblütenansicht, insgesamt 600 Apfel- und 278 Birnen-Bilder. Auf der letzten documenta gelangten sie zu unverhofften Ehren. „Früchte des Muts“, kommentierte ein Journalist treffend, hatte sich Pfarrer Aigner doch selbst in mehrjähriger Dachauer Lagerhaft nicht von den Nazis kleinkriegen lassen. Er legte zwischen den Baracken sogar heimlich eine winzige Baumschule an. Aus der Sämlingsauslese ging später eine neue Sorte hervor: der „Korbiniansapfel“ oder „KZ-3“, wie Aigner ihn nannte (links abgebildet, siehe auch Fotostrecke).

Als ob nichts geschehen wäre, setzte er nach dem Krieg seine Apfel-Studien fort – sammelte, malte und dokumentierte. Kann die Freude an der Erkenntnis und ihrer Vermittlung ein Leben tragen? Einen Menschen vielleicht sogar unangreifbar machen?

Von moderner Wissenschaft scheint das Lebenswerk Aigners Lichtjahre entfernt. Uns stehen dabei labyrinthische Apparaturen beispielsweise von Genlabors oder Teilchenbeschleunigern vor Augen. Die Resultate entführen in scheinbar fantastische Sphären – so weit entrückt, dass sie die Vorstellungskraft der meisten übersteigen. Ist es nicht so, dass wir an einem Punkt angelangt sind, wo die ungeheure und zugleich wunderbare Komplexität der Welt nur noch anhand von einfachen Dingen greifbar wird? Beispielsweise anhand von Äpfeln?

Dass Wissenschaft und Forschung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands überlebenswichtig sind, ist offenkundig und hat in den letzten Jahren auf politischer Ebene zu besonderen Anstrengungen geführt. Wenn auf die guten Jahre keine schlechteren folgen sollen, braucht eine wissenschaftsfreundliche Politik ein entsprechendes gesellschaftliches Klima, das allerdings – wie etwa Umfragen zeigen – nicht unbedingt vorhanden ist.

Nicht kämpferische Fortschrittsskepsis, sondern eine laue Distanziertheit scheint die allgemeine Haltung zu charakterisieren. Dabei ist unsere Umwelt, ob wir wollen oder nicht, wissenschaftsgeprägt. Nur sieht kaum einer, wie viel Erfahrung und genaue Beobachtung, wie viel beharrliches Probieren und Testen in den kleinsten Alltagsgegenständen stecken. Die „Wissensgesellschaft“, die wir werden müssen, braucht auf Seiten der Laien eine andere Art der Wahrnehmung und seitens der Experten eine andere Darstellung und Vermittlung. Man könnte sich beispielsweise an einem Obstregal entgegenkommen.

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Wissen – wie ist das Klima für die Forschung?

10 DER FERNE PLANET WISSENSCHAFT

Thomas Petersen

Warum die Verständigung zwischen
Forschern und der Bevölkerung so
schwierig ist

16 RANKINGS UND RATINGS

Monika Schäfer-Korting

Was sie über universitäre Leistungen
aussagen

27 INTERVIEW: ÜBER PAKTE, PLANETEN UND LEUCHTTÜRME

Michael Kretschmer im Gespräch
mit Bernd Löhmann

Fragen zur Forschungs- und
Wissenschaftspolitik des Bundes

35 DER GEIST, VOLLGESTOPFT MIT WÖRTERN

Manuel Gogos

Oder: Vom Krebsgang der
Geisteswissenschaften

42 SPOTLIGHTS WISSEN UND FORSCHUNG

Kurzberichte aus vier Weltregionen

48 PORTRÄT EINER VERUNSICHERTEN STUDIERENDENGENERATION

Tino E. Bargel

Zum Wandel politischer Orientierungen
und gesellschaftlicher Werte seit den
1980er-Jahren

54 INNENANSICHT EINER BILDUNGSKATASTROPHE

Gerhard Wolf

Was ist faul in der „Bildungsrepublik“
Deutschland?

59 „WILDER HASARD“?

Cornelis Menke

Die wissenschaftliche Laufbahn in
Deutschland und Amerika

64 PERSPEKTIVE WISSENSCHAFT WONACH STUDIERENDE STREBEN

Vier individuelle Perspektiven

70 „MAN MUSS DAFÜR GLÜHEN ...“?

Jutta Dalhoff

Rahmenbedingungen
wissenschaftlicher Arbeit unter
Gleichstellungsaspekten

75 DAS ZIEL FEST IM AUGE

Nikolaus Risch

Das Deutschlandstipendium fördert
Leistung und Engagement

**79 ENGAGIERTE BÜRGER
SOLLT IHR SEIN!**

Frank Müller

Warum Politische Stiftungen Begabte fördern – eine Standortbestimmung

**102 „GENOSSEN, LASST DIE
TASSEN IM SCHRANK!“**

Oswald Metzger

Die SPD und die Marktwirtschaft

Kommentiert

**23 AKADEMISCHER TITEL UND
PERSÖNLICHES ANSEHEN**

Hans Joachim Meyer

Eine Anmerkung zur Aberkennung des Doktorgrades von Annette Schavan

**85 „DAS WÄHLERBIEST“
ODER DOCH NUR DER GANZ
NORMALE WAHNSINN?**

Michael Borchard

Eine Nachlese zur Landtagswahl in Niedersachsen

**92 BENEDIKT XVI. –
EIN MUTIGER PAPST**

Bernhard Vogel

Vom zukunftsweisenden Ende eines Pontifikates

**106 „VERFEINDETE
INDIANERSTÄMME“**

Klaus Stüwe

Von kritischer Distanz zwischen Literatur und Politik

**111 EIN RELIGIÖS
IMPRÄGNIERTER
HUMANISMUS**

Karl-Josef Kuschel

Thomas Manns amerikanische Religion

**116 INTERVIEW:
„DAS ÄSTHETISCHE MUSS
ZUNÄCHST EINMAL DIENEN“**

Patrick Roth im Gespräch mit

Rita Anna Tüpper

Fragen an einen Solitär der deutschen Literatur

Seitenblick Jubiläum

**97 DER EWIGE KAMPF UMS
ZEITGEMÄSSE**

Norbert Seitz

Die SPD wird 150

Aus der Stiftung

**124 WAS MACHT IHR DA
EIGENTLICH?**

Tinko Weibezahl

Zum Alltag des Mitarbeiters der Konrad-Adenauer-Stiftung in Afghanistan

128 FUNDSTÜCK



Alle Rechte: Historisches Archiv Technische Universität München

Fotostrecke:
Passion und Professionalität –
die Äpfel des Korbinian Aigner

Mehr dazu im Editorial

Korbiniansapfel oder KZ-3 (Cover)

*„Mittelgroßer, abgestumpft rundlicher Apfel mit 5 deutlich ausgebildeten Rippen. Fruchtschale glatt, gelb, später goldgelb. Zur Reifezeit ist die ganze Frucht kräftig gestreift.“
(aus: Willi Votteler, Verzeichnis der Apfel- und Birnensorten, München 1986)*

Rheinlands Ruhm

„Große, abgestumpft kegelförmige Frucht. Fruchtschale gelb, zur Reifezeit größtenteils lackartig gerötet und gestreift.“

Frühapfel von Rouen

„Mittelgroßer bis großer, abgestumpft kegelwalzenförmiger, gleichmäßig gebauter Apfel. Querschnitt nicht ganz rund. Fruchtschale glatt, etwas fettig, hellgrün, später hellgelb. Sonnenseite punktiert gerötet und kräftig gestreift.“

Zeichnungen, Bleistift, auch Buntstift, Wasserfarbe oder Gouache, auf Karton, etwa aus dem Zeitraum 1912 bis 1960, Blattgröße ca. 120 × 154 mm, variierend

Korbiniansapfelbäumchen in der Karlsaue Kassel, dOCUMENTA (13),

© epd-bild / Andreas Fischer

Präsentation der Apfelbilder im Fridericianum, dOCUMENTA (13), Roman März

Wissen

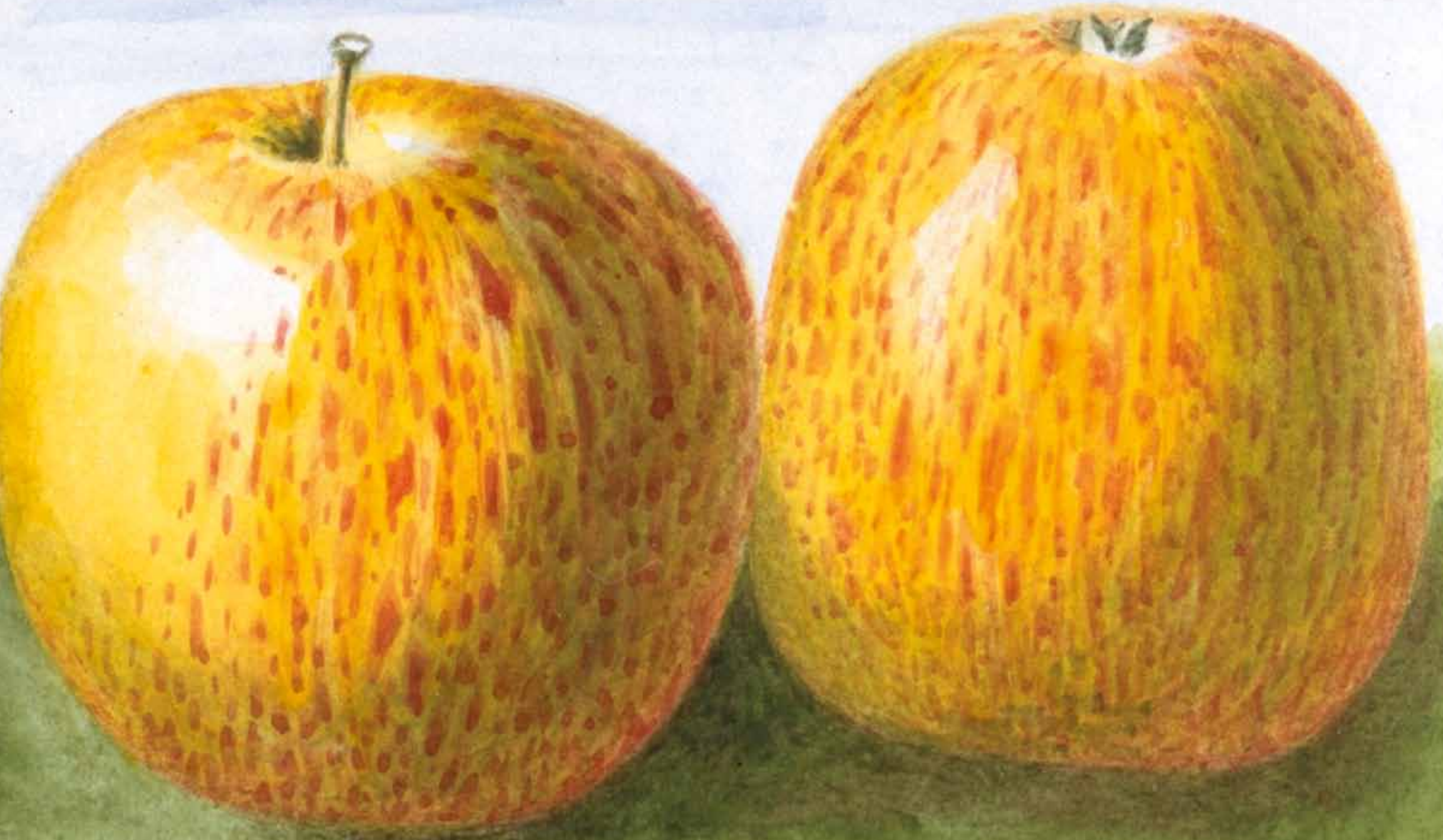
Wie ist
das Klima
für die
Forschung?

O III

70.



630



Der ferne Planet Wissenschaft

Warum die Verständigung zwischen Forschern und
der Bevölkerung so schwierig ist

THOMAS PETERSEN

Geboren 1968 in Hamburg, Projektleiter
am Institut für Demoskopie Allensbach.

Es gibt Berufe, die der Lebenswirklichkeit
der meisten Menschen so fern sind, dass
sich nur wenige eine realistische Vorstel-

lung von ihnen machen können. Der Beruf des Geheimagenten zählt sicherlich dazu oder der des Diplomaten, aber auch der des Wissenschaftlers. In der Populärkultur dominieren zwei Prototypen: Da ist einmal die Variante des liebenswürdigen, aber vertrottelten Professors, der für das Leben abseits der Akademien untauglich ist. Perfekt wird dieser Typus durch die Figur Balduin Bienlein in Hergés Tim-und-Struppi-Comics illustriert, einen enorm schwerhörigen, deswegen stets desorientierten Mann, hoffnungslos unmodern gekleidet, in dessen Wohnung es von kuriosen und nutzlosen selbst entwickelten Apparaten nur so wimmelt. Die zweite Variante ist die des diabolischen Größenwahnsinnigen, der mit einer teuflischen Erfindung die Welt wahlweise zu beherrschen oder zu vernichten versucht oder der im Dienst irgendeiner finsternen Macht steht, der er zur Weltherrschaft verhelfen will.

Natürlich handelt es sich bei diesen Darstellungen um Karikaturen, die niemand für bare Münze nimmt, aber die dahinterstehenden Klischees sind erstaunlich lebendig. Wohl jeder Wissenschaftler, der schon einmal irgendwo etwas vergessen hat, dürfte die Situation kennen, dass ihm jemand mit nachsichtigem Lächeln sagt, er sei ja nun mal ein „zerstreuter Professor“. Und die Vorstellung vom Forscher, der finsternen Mächten dient, ist noch verbreiteter: Reflexhaft konfrontieren vor allem Journalisten, aber auch Politiker nahezu jeden wissenschaftlichen Befund, der nicht mit ihren vorgefassten Vorstellungen übereinstimmt, mit der Frage, ob es nun Machtbestrebungen, Geldgier oder sonstige niedere Beweggründe seien, die hinter der Veröffentlichung stecken. Die Möglichkeit, dass ein Forscher einfach wahrheitsgetreu berichtet, was er entdeckt hat, wird gar nicht erst erwogen.

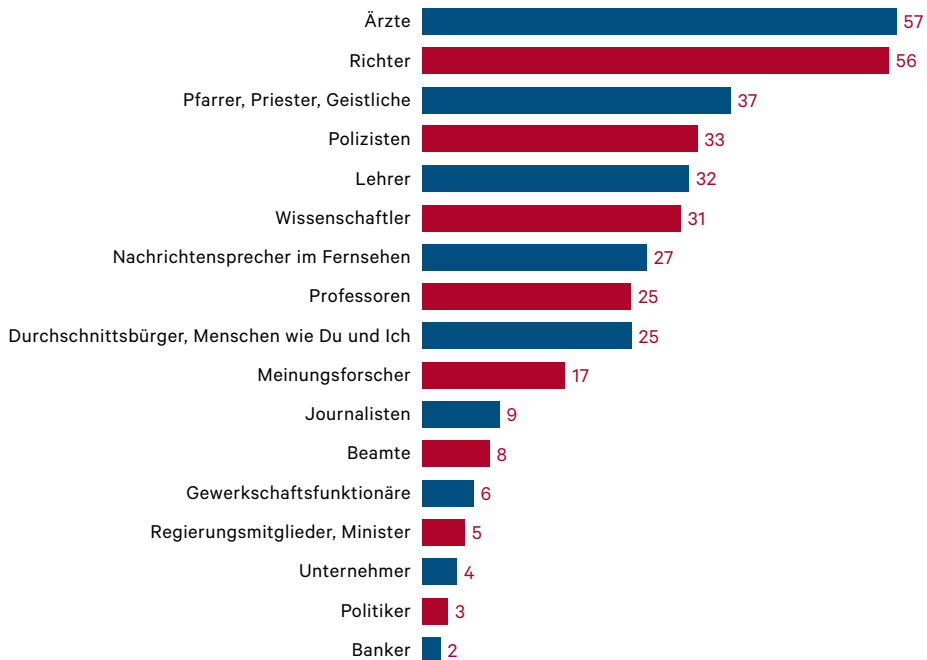
Solche Vorstellungen schlagen sich durchaus messbar in der Bevölkerungsmeinung über Wissenschaftler nieder. Symptomatisch sind hier beispielsweise die Antworten auf eine Frage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im August 2009 in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage stellte. Sie lautete: „Wenn jemand sagt: ‚Auf das Urteil von Wissenschaftlern, von Fachleuten, gebe ich im Allgemeinen nicht viel. Diese sogenannten Fachleute sind meist direkt oder indirekt von der Industrie oder von ihrem Arbeitgeber abhängig. Deshalb kann man sich auf ihr Urteil nicht verlassen.‘ Würden Sie sagen, da ist was Wahres dran, oder kann man das so nicht sagen?“ Eine relative Mehrheit von 46 Prozent der Befragten antwortete darauf, an der Behauptung sei etwas Wahres dran. Nur 33 Prozent widersprachen.

Angesichts solcher Vorurteile kann man es als überraschend bezeichnen, dass die Wissenschaft in Deutschland dennoch nach wie vor ein großes Ansehen genießt. Im Mai 2011 nannten auf die Frage „Von wem gehen heute die wichtigsten Impulse für die Gestaltung unserer Zukunft aus, wer hat die besten Ideen und Vorstellungen?“ 52 Prozent der Befragten Ingenieure und Techniker. An zweiter Stelle, genannt von 48 Prozent, folgten Naturwissenschaftler, danach die Universitäten (45 Prozent). Erst deutlich dahinter rangierten die Gruppen, die meist die öffentlichen Diskussionen dominieren, wie beispielsweise Umweltschützer (genannt von 39 Prozent) oder Bürgerbewegungen (34 Prozent). Und trotz der genannten Vorurteile wird Wissenschaftlern im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppen noch eine relativ hohe Glaubwürdigkeit zugestanden. Dies zeigen die Antworten auf eine Frage vom November 2011, bei der die Interviewer eine Liste mit siebzehn gesellschaftlichen Gruppen überreichten und die Befragten baten anzugeben, bei welchen dieser Gruppen man alles in allem darauf vertrauen könne, dass sie die Wahrheit sagten. Wissenschaftler kamen, genannt von immerhin 31 Prozent der Befragten, auf Platz sechs der Rangliste, deutlich hinter Ärzten, Richtern und

Pfarrern, aber praktisch gleichauf mit Polizisten und Lehrern und weit vor Gruppen wie Journalisten, Unternehmern oder gar Politikern.

WER SAGT DIE WAHRHEIT?

Frage: „Hier stehen einmal verschiedene Berufs- und Personengruppen. Bei welchen davon würden Sie alles in allem darauf vertrauen, dass sie die Wahrheit sagen?“



Quelle: Allensbacher Archiv,
IfD-Umfrage Nr. 10082, November 2011

GERINGES VERSTÄNDNIS FÜR GRUNDLAGENFORSCHUNG

So ist es letztlich weniger mangelndes Vertrauen als das Nichtverstehen wissenschaftlicher Prinzipien, das die Kommunikation zwischen der Forschung und weiten Teilen der Bevölkerung so schwierig macht. Das gilt besonders für die Grundlagenforschung. Im Oktober 2006 stellte das Allensbacher Institut die Frage: „Haben Sie schon einmal von Grundlagenforschung gehört, dass an Universitäten und wissenschaftlichen Instituten Grundlagenforschung betrieben wird?“ Immerhin 59 Prozent der Befragten antworteten darauf, ihnen sei das Stichwort „Grundlagenforschung“ bekannt. Diesen Personen wurde

daraufhin die Nachfrage gestellt: „Könnten Sie mir sagen, was Grundlagenforschung ist, was damit gemeint ist?“ Von ihnen konnten ganze zwölf Prozent eine im weitesten Sinne richtige Beschreibung des Prinzips der Grundlagenforschung als rein an der Erkenntnis orientierte, nicht zweckgebundene, nicht auf eine Anwendung bezogene Forschung geben.

Aus Sicht der Bevölkerung bemisst sich der Wert von Forschung weniger nach dem Erkenntnisgewinn als nach dem unmittelbar erwarteten Nutzen. Dies zeigt sich in den Antworten auf eine im Oktober 2006 gestellte Frage, bei der zwei Meinungen über die Aufgaben von Wissenschaftlern zur Auswahl gestellt wurden. Die erste Meinung lautete: „Ich finde, die Aufgabe eines Wissenschaftlers ist es, Ergebnisse zu liefern, die nützlich für die Menschheit sind. Die Menschen müssen sich die Themen danach wählen, wo Erkenntnisse am dringendsten gebraucht werden.“ Die Gegenposition war: „Ich finde, die wichtigste Aufgabe eines Wissenschaftlers ist es, auf wissenschaftliches Neuland vorzudringen und sich dabei selbst die Ziele zu setzen und zu entscheiden, welche Probleme er bearbeiten will. Das ist gemeint mit, ‚Freiheit der Forschung‘ in unserem Grundgesetz. Wenn etwas neu ist, kann man doch nicht vorher schon wissen, ob es nützlich sein wird.“

49 Prozent der Befragten stimmten der ersten Meinung zu, nur 34 Prozent der zweiten. Der Gedanke, dass Forschung nur gedeihen kann, wenn sie nicht weisungsgebunden ist, scheint zu weit von der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen entfernt zu sein, um auf Verständnis zu stoßen.

DER UMGANG MIT STATISTISCHEN GRÖSSEN

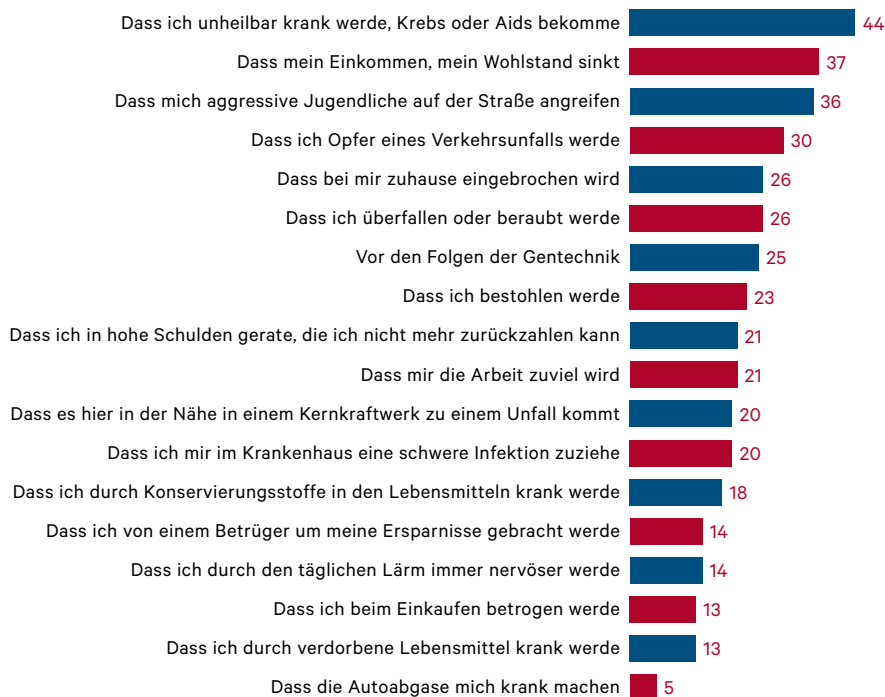
Eine weitere Quelle des gegenseitigen Nichtverstehens von Wissenschaft und Bevölkerung ist in dem Umstand zu suchen, dass viele Menschen nur wenig in der Lage sind, die abstrakten Proportionen der Statistik zu erfassen, die für Wissenschaftler selbstverständlich sind. Treffend beschrieb der Dortmunder Statistiker Walter Krämer das Problem am Beispiel der öffentlichen Reaktion auf den Reaktorunfall in Fukushima: Jährlich stürben 50.000 Menschen in der Europäischen Union an Infektionen, die sie sich im Krankenhaus zugezogen hätten, doch das sei in der Öffentlichkeit kein Thema. Stattdessen werde in Fernsehdiskussionen die Frage behandelt, ob man nach dem Unfall von Fukushima, der bisher kein einziges Strahlenopfer gefordert habe, noch Fischstäbchen essen könne.

Es gibt viele Beispiele dafür, dass die Furcht der Bevölkerung vor verschiedenen Lebensrisiken oft zu den tatsächlichen Gefahren in einem auffälligen Kontrast steht. Im September 2011 legte das Institut für Demoskopie Allensbach den Befragten eine Liste mit neunzehn Lebensrisiken vor mit der Bitte, anzugeben, vor welchen der aufgelisteten Gefahren sie „in letzter Zeit öfter“ Angst hätten. 44 Prozent antworteten darauf, sie hätten öfter Angst

davor, unheilbar krank zu werden, Krebs oder Aids zu bekommen, 37 Prozent befürchteten, dass ihr Einkommen, ihr Wohlstand sinken könnte. So weit sind die Einschätzungen sicherlich als realistisch einzuschätzen. Bemerkenswerte Verzerrungen zeigten sich aber an den etwas seltener ausgewählten Punkten. So sagten immerhin 25 Prozent der Deutschen, sie fürchteten sich vor den Folgen der Gentechnik, „etwa, wenn man gentechnisch veränderte Lebensmittel zu sich nimmt“. Tatsächlich ist bis heute kein einziger Fall bekannt geworden, bei dem gentechnisch veränderte Lebensmittel Gesundheitsschäden hervorgerufen hätten. Dagegen fürchteten sich nur zwanzig Prozent vor den bereits erwähnten Krankenhausinfektionen. Achtzehn Prozent sagten, sie hätten Angst, durch Konservierungsstoffe in Lebensmitteln krank zu werden, obwohl diese tatsächlich jährlich unzählige Menschenleben retten, während nur dreizehn Prozent Sorge hatten, sie könnten durch verdorbene Lebensmittel krank werden, ein Schicksal, das in jedem Jahr Hunderttausende trifft.

ÄNGSTE

Frage: „Kommt es in letzter Zeit vor, dass Sie Angst haben vor etwas, was auf dieser Liste steht?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10079, September 2011

DIE ANZIEHUNGSKRAFT DES IRRATIONALEN

Zu den Schwierigkeiten, statistische Proportionen, Risiken und Wahrscheinlichkeiten richtig zu erfassen, tritt oft außerdem noch die Neigung zur emotional gefärbten, oft irrationalen Argumentation. Rationalität gilt, wie sich mit der Umfrageforschung gut zeigen lässt, für die meisten Menschen als etwas Gutes und Erstrebenswertes. Doch konfrontiert man die Bevölkerung mit aktuellen Streitthemen, wird das grundsätzlich befürwortete Ideal der Rationalität von der Anziehungskraft des Emotionalen überlagert. Eine Allensbacher Frage vom September 2011 lautete: „Ich möchte Ihnen jetzt einen Vorfall erzählen, der sich neulich bei einer Podiumsdiskussion über gentechnisch veränderte Lebensmittel ereignet hat. Ein Wissenschaftler erklärte, dass Untersuchungen beweisen, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel für die Menschen keine Gefahr darstellen. Plötzlich springt ein Zuhörer auf und ruft etwas in den Saal.“ Nun übergaben die Interviewer ein Bild, das eine Person zeigte, die sagte: „Was interessieren mich Zahlen und Statistiken in diesem Zusammenhang. Gentechnisch veränderte Lebensmittel machen mir einfach Angst!“ Nachdem die Befragten dies gelesen hatten, wurden sie gefragt: „Würden Sie dem Zuhörer zustimmen oder nicht zustimmen?“

57 Prozent der Befragten sagten, sie stimmten dem Zwischenrufer zu, nur neunzehn Prozent meinten, man könne ihm nicht zustimmen. Es war keine Sachaussage, die diese Reaktion auslöste, keine schlagende oder auch nur scheinbare Widerlegung. Dem Zwischenrufer wurde nicht etwa das Argument in den Mund gelegt, dass die Ausführungen des Wissenschaftlers unglaubwürdig oder falsch seien. Im Gegenteil: Sie wurden gar nicht in Zweifel gezogen.

Ihnen wurde allein eine ausschließlich emotionale, sachlich irrelevante Aussage entgegengesetzt: „Aber ich habe Angst.“ Dieser Satz reicht aus, um die Mehrheit der Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen.

Angesichts solcher Befunde überrascht es auch nicht, dass sich die Bevölkerung selbst bei direkter Nachfrage gegen die Rationalität wendet. Im Herbst vergangenen Jahres stimmten 69 Prozent der Deutschen der Aussage zu: „In der Politik wird viel zu oft nach sachlichen Argumenten entschieden und die Ängste und Sorgen der Bevölkerung werden dabei vergessen.“ Der Gedanke, dass die sachlich richtige Entscheidung meist auch diejenige sein dürfte, die den Bürgern die wenigsten Sorgen bereiten müsste, kommt gar nicht erst auf.

Hier liegt wahrscheinlich der wichtigste Grund für die Kommunikationsprobleme zwischen Wissenschaft und Bevölkerung: Die Rationalität genießt große Wertschätzung – aber der Irrationalität wird die bessere Moral zugeschrieben.

Rankings und Ratings

Was sie über universitäre Leistungen aussagen

MONIKA SCHÄFER-KORTING

Geboren 1952 in Gießen, Professorin für Pharmakologie, seit Juni 2010 Erste Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin.

Lange Zeit war es in Deutschland Common Sense, dass alle deutschen Universitäten gleichwertig seien. Relevante Unterschiede zwischen den Einrichtungen beziehungs-

weise auf Fächerebene wurden negiert. Diese Einschätzung wurde und wird zunehmend kritisch hinterfragt – nicht erst, seit die Ergebnisse des Exzellenzwettbewerbs vorliegen.

Nach zahlreichen Neugründungen, vor allem von Einrichtungen in privater Trägerschaft, gibt es 2013 in Deutschland 421 Hochschulen, davon 108¹ Universitäten, ferner die vormals als Fachhochschulen bezeichneten Einrichtungen, für die sich nun die Bezeichnung „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“ durchsetzt, sowie Kunsthochschulen, Pädagogische und Theologische Hochschulen. Bei einem Angebot von derzeit mehr als 16.000 Studienmöglichkeiten² benötigen Abiturienten und andere Studieninteressierte solide Informationen für ihre Studienwahl an einer bestimmten Hochschule. Nachwuchswissenschaftler bedürfen zur Planung der ersten

Karriereschritte Kenntnisse in Profilen und Leistungsstärken, und für Vertreter aus Industrie und Verbänden sind diese Kenntnisse wertvoll, wenn sie sich für den Aufbau neuer Kooperationen ein Bild machen wollen. Wissenschaftler in Deutschland und jenseits unserer Grenzen, die ihre Karriere an einer deutschen Hochschule fortsetzen möchten, kennen dagegen in der Regel ihre Fachkollegen und deren Arbeitsumfeld hinreichend gut. Sie haben meist ein sehr klares Bild, welche Hochschule ihnen beste Entfaltungsmöglichkeiten bieten kann.

WER BEWERTET WAS?

Damit stellt sich nun die Frage, welche Informationsquellen die „richtigen“ sind. Für die jeweiligen Zwecke stehen unterschiedliche Wege offen, wobei seit einigen Jahren die *Rankings* auf breite Aufmerksamkeit stoßen. Insbesondere an den Bedürfnissen der Bewerber um einen Studienplatz an einer Universität oder Hochschule in Deutschland orientiert sich das Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE). Das QS World University Ranking, das Times Higher Education (THE) Ranking und das Shanghai-Ranking haben dagegen eine internationale Perspektive. Der von den Regierungen des Bundes und der Länder getragene Wissenschaftsrat hat mit dem *Rating* ein eigenes fachspezifisches Bewertungssystem entwickelt und im Jahr 2007 beziehungsweise 2008³ erstmals anhand der Fächer Chemie und Soziologie erprobt. Auf Fächergruppenebene (Geistes- und Sozialwissenschaften, Lebenswissenschaften, Naturwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften) können wichtige Daten zur Forschungsstärke den jährlich publizierten Statistiken der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) entnommen werden.⁴ Die Veröffentlichungen der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) wiederum geben Hinweise auf die Einschätzung der Universitäten im Ausland – anhand der Zahlen von Gastwissenschaftlern, die zu einem Forschungsaufenthalt an eine deutsche Hochschule kommen.

Was bedeuten nun diese Kategorien – Ranking und Rating? Wie aussagefähig sind sie und in welcher Beziehung stehen die Ergebnisse zu den Erfolgen im Exzellenzwettbewerb? Wie werden die Ergebnisse von Rankings und Ratings eingeschätzt, wem nutzen diese Informationen und welcher Kritik unterliegen sie?

DIE RANKINGS

Rankings sind das Ergebnis von Analysen, wesentlich gestützt auf Umfragen bei Fachkollegen oder Meinungsbildnern. Rankings berücksichtigen aber auch

Angaben zur Ausstattung (zum Beispiel in der Lehre) oder die Forschungsleistungen, etwa anhand der Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Beispielhaft hierfür sei das Shanghai-Ranking genannt, das weltweit die Forschungsexzellenz von Universitäten vergleicht. Wichtige Entscheidungskriterien sind die Anzahl von publizierten Artikeln in den Zeitschriften *Science* und *Nature* sowie im *Web of Science* gelistete wissenschaftliche Veröffentlichungen. Ein weiteres Kriterium ist die Zahl der Nobelpreisträger. Die Technische Universität (TU) München wurde 2012 als beste deutsche Universität eingestuft, sie belegt weltweit Platz 53 des Shanghai-Rankings. Ein anderes Ranking mit internationaler Ausrichtung ist das QS World University Ranking. Spitzenplätze belegen regelmäßig amerikanische und britische Universitäten, 2012 nahmen sechs US-amerikanische und vier britische Universitäten die Plätze 1 bis 10 im QS-Ranking ein. Als erste deutschsprachige Universität folgte auf Rang 13 die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich, als beste deutsche Universität erreichte die TU München erneut Platz 53. Bei dem THE-Ranking liegen das California Institute of Technology, Oxford und Stanford an der Spitze. Beste deutsche Universität ist mit Rang 48 die Ludwig-Maximilians-Universität München. Das THE-Ranking erlaubt auch einen Blick auf Fächergruppen. Für die Geisteswissenschaften nimmt die Freie Universität Berlin mit Platz 25 einen sehr guten Platz und den Spitzenplatz der Universitäten in Deutschland ein. Befragt werden für das THE-Ranking über 17.500 Wissenschaftler, nicht aber Studierende.

Von den internationalen Rankings abzugrenzen sind die nationalen. Das Centrum für Hochschulentwicklung, wesentlich getragen von der Bertelsmann-Stiftung, möchte mit dem CHE-Ranking Studienbewerber die Identifizierung der individuell besten Universität oder Hochschule erleichtern. Studiensituation, Forschungsleistungen und das Ansehen bei Fachkollegen werden für größere Fächer alle drei Jahre erhoben und die Ergebnisse in der Wochenzeitung *Die Zeit* publiziert.

RESONANZ UND KRITIK

Mit der Publikation der Rankings in Deutschland, zum Beispiel in großen Zeitungen, und deren breiter Resonanz ist aber schnell auch grundsätzliche Kritik an den Ergebnissen der Rankings geäußert worden. Diese Kritik bezieht sich auf die begrenzte Aussagefähigkeit von Daten. Befragt werden nur wenige, teilweise nicht mehr als fünfzehn Meinungsbildner je Fach und Universität, deren Auswahl vielfach nicht offengelegt wird. Auch die Zahl der in die Untersuchung einbezogenen und sich mit der Ausfüllung des Fragebogens tatsächlich beteiligenden Studierenden ist nicht selten eher klein – insbesondere in Fächern mit geringen Studierendenzahlen. Unzureichende Stich-

probengröße, der bei Studierenden oft aufgrund der geringen Zahl absolvierter Semester nur begrenzter Überblick über den gesamten Studiengang und eine zumeist auf die eigene Universität beschränkte eigene Anschauung lassen die Ergebnisse angreifbar erscheinen. Universitätsleitungen und Universitätsverwaltungen wiederum kritisieren den enormen Aufwand an Personal und Zeit, um die abgefragten Daten zu liefern, ferner werden unzureichende Informationen über die Nutzung und Speicherung der übergebenen Informationen beklagt. Daher hat beispielsweise die Universität Hamburg beschlossen, sich in Zukunft nicht mehr an Rankings zu beteiligen. Daneben empfehlen auch mehrere wissenschaftliche Verbände, nicht (mehr) am CHE-Ranking teilzunehmen. Einzelne Fachbereiche an verschiedenen Universitäten haben sich daraufhin nicht mehr an der Datenerhebung beteiligt.

Anderorts werden Rankings durchaus geschätzt. So dienen in Großbritannien *League Tables*, wie der seit 2007 jährlich veröffentlichte *Complete University Guide*, den Studieninteressenten als Entscheidungshilfe. In den Niederlanden publiziert das *Centrum Hoger Onderwijs Informatie* (CHOI) Ranglisten, und für Österreich und die Schweiz erstellt das CHE angepasste Ranglisten – aber auch Letztere sind nicht unumstritten. So hat die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten 2007 beschlossen, sich nicht mehr zentral an den CHE-Rankings zu beteiligen. Seitdem entscheidet jede Universität selbst über die Teilnahme.

RATING UND BERICHTE

Der Wissenschaftsrat möchte mit dem von ihm initiierten Rating Universitätsleitungen unterstützen. Die detaillierte Analyse der Leistungsfähigkeit von einzelnen Fächern durch Peers, das heißt renommierten Fachkollegen, berücksichtigt dabei die Eigenheiten des jeweiligen Faches; bei den Ingenieurwissenschaften werden beispielsweise Patente erfasst. Das Urteil der fachspezifischen, international besetzten Bewertungsgruppen fußt auf quantitativen und qualitativen Kriterien aus den Bereichen Forschung (Qualität, Impact, Effizienz), Nachwuchsförderung und Wissenstransfer und zeigt in seiner Komplexität das Profil eines Faches. Dieser sehr aufwendige Ansatz trägt wahrscheinlich der Komplexität der Frage und der daraus folgenden schwierigen Bewertung am besten Rechnung.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Alexander von Humboldt-Stiftung und der Deutsche Akademische Austauschdienst publizieren Jahresberichte über ihre Aktivitäten. Die DFG informiert regelmäßig über ihre Förderung der Universitäten, aufgeschlüsselt nach Fächergruppen und Förderinstrumenten, wie den großen Sonderforschungsbereichen, den kleineren und stark fokussierten Forschergruppen und den Graduiertenkollegs.

FÖRDERRANKING DER DFG-BEWILLIGUNGEN

Geistes-/Sozialwissenschaften		Lebenswissenschaften		Naturwissenschaften		Ingenieurwissenschaften	
Berlin FU	94,6	München LMU	113,7	Bonn U	68,0	Aachen	160,6
Berlin HU	55,7	Freiburg U	107,9	München TU	62,9	Darmstadt TU	84,6
Münster U	50,2	Heidelberg U	107,9	München LMU	62,1	Karlsruhe KIT	83,6
Konstanz U	41,1	Würzburg	96,5	Hamburg U	51,4	München TU	74,0
Heidelberg U	40,5	Berlin HU	87,0	Heidelberg	45,4	Stuttgart U	66,6

Absolute DFG-Bewilligungssummen 2008 bis 2010 in Millionen Euro
Quelle: DFG-Förderatlas 2012

Erstmals im Jahre 2012 wurde von der DFG auch die Performance weiblicher und männlicher Wissenschaftler mehrerer Universitäten vergleichend untersucht. Bei dieser Analyse nahm die Freie Universität Berlin den vordersten Platz ein. Dies ist wahrscheinlich Ausdruck des Stellenwerts, den Frauenförderung seit Mitte der 1980er-Jahre an dieser Universität besitzt.

EXZELLENZWETTBEWERB DEUTSCHER UNIVERSITÄTEN

2004 wurde von der damaligen Wissenschaftsministerin Edelgard Bulmahn die Exzellenzinitiative ins Leben gerufen, um „Leuchttürme“ der Wissenschaft zu schaffen. Davon wurde eine höhere Attraktivität der ausgezeichneten Universitäten für besonders qualifizierte Nachwuchswissenschaftler und hochrangige, erfahrene Wissenschaftler erwartet, die mit ihrer Tätigkeit an einer deutschen Universität zur Entwicklung am Standort Deutschland wesentlich beitragen können. 2006/2007 haben neun deutsche Universitäten nicht nur große Forschungscluster und Graduiertenschulen einwerben können, sondern sind auch für ihr Entwicklungskonzept mit dem „Exzellenzstatus“ ausgezeichnet worden. Von diesen haben sechs Universitäten den Status 2012 erfolgreich verteidigt, weitere fünf Universitäten kamen neu hinzu. In der zweiten Runde wurden die RWTH Aachen, die Freie Universität Berlin, die Humboldt-Universität zu Berlin, die Universität Bremen, die Technische Universität Dresden, die Universität Heidelberg, die Universität Köln, die Universität Konstanz, die Ludwig-Maximilians-Universität München, die Technische Universität München sowie die Universität Tübingen als Exzellenzuniversitäten ausgezeichnet (Quelle: DFG).

In den Jahren 2007 bis 2011 gehörten zu den zehn begehrtesten Zielen von Wissenschaftlern, deren Forschungsaufenthalt in Deutschland von der Alexander von Humboldt-Stiftung gefördert wurde, sechs Universitäten, die den Exzellenzstatus in den Jahren 2006/2007, sowie zwei Universitäten, die diesen Status 2012 erlangt haben. Insofern scheint das Ziel der internationalen Sichtbarkeit erreicht.

Obleich vielfach geleugnet, profitieren auch die Studierenden von den Ressourcen, die aus der Exzellenzinitiative stammen, beteiligen sich doch die zahlreichen aus Exzellenzmitteln zusätzlich eingestellten Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Lehre.

UNIVERSITÄTEN UND FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN

Wie weit ein weiteres Ziel der Exzellenzinitiative erreicht wird, nämlich der „Versäulung“ entgegenzuwirken, muss die Zukunft zeigen. Ein wesentlicher Grund für das vergleichsweise schlechte Abschneiden deutscher Universitäten im internationalen Vergleich ist nämlich die Besonderheit, dass in Deutschland ein wesentlicher Teil der Forschung an außeruniversitären Einrichtungen stattfindet, beispielsweise die Grundlagenforschung an Instituten der Max-Planck-Gesellschaft, die an Großgeräte gebundene Forschung an Instituten der Helmholtz-Gemeinschaft, angewandte Forschung an Fraunhofer-Instituten und weitere interdisziplinäre Forschung an Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft.

Zwar gibt es Initiativen mit dem klaren Ziel, die Versäulung zu überwinden, doch ist der Erfolg noch nicht abschließend zu beurteilen. Die in der ersten Periode des Exzellenzwettbewerbs erfolgreiche Universität Karlsruhe wurde mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) verschmolzen. Die Charité – Universitätsmedizin Berlin, ein im Exzellenzwettbewerb höchst erfolgreicher gemeinsamer Fachbereich der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin, wird künftig noch enger mit dem Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin kooperieren. Dem dient das in Entstehung befindliche Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG). Das Forschungszentrum Karlsruhe und das Max-Delbrück-Centrum sind Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft. Welche bürokratischen Hemmnisse im Alltag zu überwinden sind und wie intensiv die erhofften Synergien sein werden, die mit den neuen Einrichtungen verbunden sind, wird sich erweisen. Zweifellos eröffnet die Gründung des BIG erhebliche Chancen für die biomedizinische Forschung und verwandte Gebiete am Standort Berlin.

EIN AUSBLICK

Bis zum Ende der Exzellenzinitiative im Jahr 2017 werden insgesamt 4,6 Milliarden Euro den ausgezeichneten Universitäten für ihre erfolgreichen Anträge zur Stärkung von Forschung, Nachwuchsförderung und internationaler Sichtbarkeit zufließen. Dennoch bleiben die deutschen Hochschulen im internationalen Vergleich erheblich unterfinanziert. Ein wesentlicher Teil der Forschungsgelder fließt an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Studiengebühren werden in vierzehn der sechzehn Bundesländer nicht erhoben, in den beiden anderen steht die Abschaffung bevor. Dabei konkurrieren die deutschen Universitäten mit international herausragenden Einrichtungen, die wesentlich besser finanziert werden, auf erhebliches Eigenkapital zurückgreifen können (zum Beispiel Harvard, Stanford) und teilweise hohe Studiengebühren fordern, wie jetzt auch die britischen Universitäten. In Asien wird weitere Konkurrenz erwachsen.

Den Studieninteressenten mag der Blick in das CHE-Ranking einen ersten Überblick über die Wahl des Studienortes liefern, der durch weitere Recherchen im Internet vertieft werden sollte. Online verfügbare Vorlesungsverzeichnisse ermöglichen einen detaillierteren Einblick in die Ausrichtung eines Faches und zeigen, ob und welche individuellen Schwerpunkte im Studium gesetzt werden können. Abgesehen von den stark geregelten Staatsexamensstudiengängen, insbesondere der Human- und Veterinärmedizin sowie der Pharmazie, können die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften ihre Ausrichtung relativ frei definieren. Dieses Wissen sollte anschließend durch den Besuch der im Einzelfall interessant erscheinenden Standorte, Gespräche mit Studierenden und Teilnahme an einer Studienberatung zur Entscheidungsfindung abgerundet werden. Eine Hilfestellung bei der Studienentscheidung können auch Online-Self-Assessments bieten, die in zunehmender Zahl angeboten werden.

Wissenschaftler – erfahrene und Nachwuchswissenschaftler gleichermaßen – werden aber sicher mehr von Ratings und den Veröffentlichungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Alexander von Humboldt-Stiftung profitieren.

¹ Stand: 2011/12; Statistisches Bundesamt.

² Hochschulrektorenkonferenz, Statistische Daten zu Studienangeboten an Hochschulen in Deutschland – Studiengänge, Studierende, Absolventen im Wintersemester 2012/2013, Statistiken zur Hochschulpolitik, November 2012.

³ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum Forschungsrating, Rostock 2008.

⁴ Deutsche Forschungsgemeinschaft, Förderatlas 2012. Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland, Bonn 2012.

Akademischer Titel und persönliches Ansehen

Eine Anmerkung zur Aberkennung des Doktorgrades von Annette Schavan

HANS JOACHIM MEYER

Geboren 1936 in Rostock, Staatsminister
a. D., von 1997 bis 2009 Präsident des
Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Wenn etwas in hohem Ansehen steht, so verführt das leicht zu Missverständnissen oder erregt gar Missgunst. Der Doktorgrad, der jetzt ins Gerede gekommen ist, bietet dafür ein aktuelles Beispiel.

Sortieren wir zunächst die Fakten. Der Doktor ist der höchste akademische Grad und bescheinigt den durch eine Dissertation erbrachten Nachweis zur selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit. Dies ist die allgemein gebräuchliche Definition

des Doktorgrades, die auch begrifflich von hinreichender Allgemeinheit zu sein scheint. Gleichwohl erfasst sie nicht alle Doktorgrade. Denn der Dokortitel kann auch ausweisen, dass jemand zur Ausübung eines bestimmten akademischen Berufes befähigt ist. In den USA ist diese Scheidung besonders klar ausgeprägt, da dort der Ph.D., also der dem Humboldt'schen Dr. phil. nachgebildete Philosophiae Doctor, heute in allen wissenschaftlichen Gebieten für eine schriftlich vorliegende Forschungsarbeit verliehen wird, wohingegen der M.D. (*Medicinae Doctor*) oder der J.D. (*Juris Doctor*) als akademische Berufsbezeichnungen erworben werden.

Bekanntlich bricht auch in Deutschland immer wieder eine Debatte darüber aus, ob der Dr. med. nicht eigentlich eine Art beruflicher Dokortitel sei und mithin durch einen wissenschaftlichen Doktorgrad der Medizin ergänzt werden sollte. Dass es trotz solcher innerakademischer Kontroversen unstreitig der ganz normale Dr. med. ist, welcher in Deutschland ganz wesentlich den weit verbreiteten Respekt vor dem Doktorgrad begründet, ist gleichwohl offenkundig. Dieser Respekt basiert auf der Erfahrung, welche Bedeutung dem Arzt bei allen Menschen für ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden zukommt.

REPUTATIONSVERLUST ALS TROPHÄE DER PLAGIATSJAGD

Respekt und Vertrauen gehören zusammen und sind wichtige Güter im zwischenmenschlichen Umgang und im gesellschaftlichen Leben. Nicht nur Mediziner bedürfen ihrer in besonderem Maße, sondern auch Politiker. So ist wohl zu erklären, dass sich das Interesse anonymer Plagiatsjäger bisher so gut wie allein auf Politiker richtete, die einen Dokortitel erworben hatten. Dabei fällt auf, dass man Fehlleistungen bisher nur im konservativ-liberalen Teil des politischen Spektrums meinte aufspüren zu können. Was nun wiederum zweifellos mit dem Nebeneffekt des Doktorgrades zusammenhängt, nämlich seiner gesellschaftlichen Reputation. Ein Verlust dieser Reputation hat beachtliche politische Wirkung, die bei der Plagiatsjagd als Trophäe lockt. Will man also das Ansehen, das ein Doktorgrad in der Gesellschaft genießt, zerstören, so

muss man die dadurch zertifizierte Leistung diskreditieren. Die von einem akademischen Gremium vorgenommene Bewertung wird zum Thema auf dem Forum der öffentlichen und veröffentlichten Meinung gemacht. Exemplarisch wird so auch die akademische Urteilsfähigkeit auf den Prüfstand gestellt.

WORIN BESTEHT EINE EIGENSTÄNDIGE WISSEN- SCHAFTLICHE LEISTUNG?

Ein Doktorgrad wird verliehen, wenn durch eine eigenständige wissenschaftliche Leistung die Befähigung zur wissenschaftlichen Arbeit in einem bestimmten Fach ausgewiesen worden ist. Worin besteht aber nun eine eigenständige wissenschaftliche Leistung? Wissenschaftlich ist diese Leistung, wenn sie zu einer neuen Erkenntnis führt, wenn also dadurch etwas Neues gesehen oder verstanden, entdeckt oder entwickelt, gekannt oder gekonnt wird. Eigenständig ist diese Leistung, wenn es der Doktorand ist, der dieses Neue erkennt und formuliert. Was dies konkret bedeuten kann, bestimmt sich aus der Zielstellung, dem Selbstverständnis und der akademischen Kultur der jeweiligen wissenschaftlichen Disziplin. Selbstverständlich durchzieht das, was für Wissenschaft konstitutiv ist, alle akademischen Disziplinen, doch verwirklicht sich das, was Wissenschaft als abstrakter Begriff meint, stets nur als konkretes wissenschaftliches Handeln. Ob eine neue Erkenntnis vorliegt, kann daher letztlich nur in deren fachlichem Zusammenhang entschieden werden.

IM FACHLICHEN ZUSAMMENHANG BEURTEILEN

Wie verhält sich nun dazu die Anforderung der Eigenständigkeit? Diese bezieht sich erstens auf die als neu zu bewertende Erkenntnis und zweitens auf den Weg zu dieser Erkenntnis. Beide Kriterien stehen in einem engen Zusammenhang, sind aber durchaus nicht identisch. Dass beide Fragen nach der Eigenständigkeit nur im fachlichen Zusammenhang beurteilt werden können, sollte selbstverständlich sein und wird ja auch bei jeder Promotion so praktiziert. Warum dies bei der Infragestellung einer Promotion anders sein sollte, ist nicht einzusehen. Selbstverständlich gelten in jedem Fall die in der gesamten Wissenschaft verbindlichen und mithin generell zu beachtenden Grundsätze. Dass diese für den in der Dissertation nachgezeichneten Erkenntnisweg des Doktoranden in einem höheren Grade allgemeingültig und überprüfbar sind als bei der Neuheit der Erkenntnis, ist zwar unbestreitbar. Gleichwohl ist auch die Frage, wie eigenständig der Weg zu einer neuen Erkenntnis war, mehr oder weniger stark vom fachlichen Kontext abhängig und überdies mit der Thematik und der Zielstellung der Dissertation eng verwoben.

KEIN ANGEMESSENES AKADEMISCHES URTEILSVERMÖGEN

Wer diese Maßstäbe einer sachgemäßen Differenzierung auf die Entscheidungsvorgänge im Fall der unter Plagiatsverdacht

gebrachten Doktorarbeit von Annette Schavan anlegt, wird der Universität Düsseldorf kein angemessenes akademisches Urteilsvermögen zusprechen können. Zunächst ist festzuhalten, dass der Neuigkeitswert der Erkenntnis, zu der die junge Doktorandin vor dreißig Jahren gekommen ist, bei der Vorgehensweise der Philosophischen Fakultät überhaupt keine Rolle gespielt hat. Denn dazu hätte sie sich damit auseinandersetzen müssen, welcher Rang der Gewissensbildung beim Persönlichkeitsverständnis in der damals dominierenden Theorie und Praxis der Erziehungswissenschaften zugemessen wurde. Das ist zweifellos schwer, wäre aber in diesem Fall unumgänglich gewesen.

Schließlich liegt der Verdacht nahe, dass es den anonymen Plagiatsjägern nicht zuletzt um Meinungsführerschaft bei gesellschaftlich wichtigen Themen geht. Auch bei dem Dissertationsthema von Annette Schavan ging es um ein strittiges Thema. In diesem Sinne – und nur in diesem Sinne – war die Forderung berechtigt, man müsse diese Arbeit im Kontext der Diskursituation der 1980er-Jahre bewerten.

MEHR ALS EIN SCHÖNHEITSFEHLER

Stattdessen übernahm die Fakultät die Vorgehensweise der Plagiatsjäger und unterwarf die Dissertation einer Analyse, als ginge es darum, die Quellen eines antiken oder mittelalterlichen Textes aufzudecken. Selbstverständlich gelten ganz unabhängig vom konkreten Fach in der Wissenschaft strenge Zitierregeln. Und diese waren, wie mit Recht betont worden

ist, vor dreißig Jahren die gleichen wie heute, auch in den Erziehungswissenschaften. Denn sie gehören zum Selbstverständnis moderner Wissenschaft, die primär auf neue Erkenntnis setzt und nicht mehr auf selbstverständliche und daher nicht eigens zu kennzeichnende Vertrautheit mit allen relevanten Texten als Ausweis von Gelehrsamkeit. Dass der jungen Doktorandin bei der Arbeit mit Texten anderer Autoren eine offenbar nicht unerhebliche Zahl von Fehlern unterlaufen ist, darf darum nicht vernachlässigt werden und ist mehr als ein Schönheitsfehler. Aber zu deren angemessener Bewertung hätte es gehört, diese in ein ausgewogenes Verhältnis zum Thema der Dissertation zu setzen: „Person und Gewissen. Studien zu Voraussetzungen, Notwendigkeit und Erfordernissen heutiger Gewissensbildung“ – das ist eigentlich keine Aufgabe für eine Dissertation. Denn dieses Thema erforderte nichts weniger als eine eingehende Auseinandersetzung mit der abendländischen Geistesgeschichte. Die Unangemessenheit dieses Themas für eine Dissertation bleibt auch nach dreißig Jahren die institutionelle Verantwortung der Universität Düsseldorf, wer immer es damals formuliert hat.

WOHLERWOGENE RATSCHLÄGE

Die Ratschläge der Allianz deutscher Wissenschaftsorganisationen zum fachlich angemessenen Umgang mit diesem Fall waren also weise und wohlherwogen. Denn

sie kamen von Persönlichkeiten, die nicht nur erstrangige Wissenschaftler sind, sondern auch über große Erfahrungen in der Wissenschaftspolitik verfügen. Ihnen zu unterstellen, als „Wissenschaftsfunktionäre“ (wie sie herabsetzend genannt werden) handelten sie mit Blick auf die von Frau Ministerin Schavan verteilten Milliarden, ist einfach absurd. Dass diese These medienweit aufgegriffen und kolportiert wurde, zeugt davon, wie gering die Chance zum sachlichen Urteil gegenüber dem dominierenden Trend zur Politikerbeschimpfung ist. Wahrscheinlich war die Empfehlung der Allianz von der nachvollziehbaren Sorge motiviert, die Universität Düsseldorf könnte durch ihr eher getriebenes als durchdachtes Verhalten den gesellschaftlichen Stellenwert der Wissenschaft ganz generell beeinträchtigen, und zwar unabhängig von den politischen Akteuren. Denn der Umgang mit den öffentlichen Gütern Respekt und Vertrauen ist eben meist eher von vorherrschenden als von begründeten Eindrücken bestimmt. Auch wenn dies sicherlich nicht in der Absicht des Düsseldorfer Dekans lag: Sein bühnenreifer Auftritt könnte noch Wirkungen zeigen, die keinem Wissenschaftler gefallen.

Über Pakte, Planeten und Leuchttürme

Fragen zur Forschungs- und Wissenschaftspolitik des Bundes

MICHAEL KRETSCHMER

Geboren 1975 in Görlitz, seit 2009
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
für Bildung, Forschung, Kunst,
Kultur und Medien.

Das Institut Allensbach hat die Forschungsfreundlichkeit der Deutschen untersucht und spricht „vom fernen Planeten Wissenschaft“ (siehe Thomas Petersen in dieser Ausgabe, Seite 10–15). Sind Forschung und Wissenschaft extraterrestrisch? Mit anderen Worten: Sind Forschung und Wissenschaft ein Elitenthema?

Michael Kretschmer: Die Ergebnisse dieser Umfrage haben uns erstaunt und geben uns sehr zu denken. In der Politik haben wir nicht diesen Eindruck. Wir investieren in Bildung und Forschung in der festen Überzeugung, dass wir nur so unseren Wohlstand sichern können. Aus Innovationen kommen die Arbeitsplätze der Zukunft. Die Wissenschaftskommunikation muss ausgebaut werden. Die Politik wird dazu in der nächsten Legislaturperiode ihren Beitrag leisten. Aber gerade die Wissenschaft selbst ist in der Pflicht. Denn es ist klar: Man kann die großen finanziellen Ressourcen, die zur Verfügung gestellt werden, nur dann langfristig sichern und rechtfertigen, wenn es dafür eine politische Mehrheit gibt.



Foto: studio kohlmeier, Berlin

Ist die Bedeutung der Wissenschafts- und Forschungsförderung auf politischer Ebene wirklich so unumstritten? Wie schwer haben es wissenschaftspolitische Vorhaben gegenüber anderen, alltagsnäheren Projekten, beispielsweise Exzellenzcluster in Abwägung mit Kindergartenplätzen?

Michael Kretschmer: In den vergangenen Jahren hatten es solche Vorhaben verhältnismäßig leicht. Denn nie zuvor hat der Bund so viel Geld für Wissenschaft und Forschung ausgegeben. Nie war die Prioritätensetzung deutlicher. Seit 2005 sind die Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) um achtzig Prozent gestiegen!

Allerdings gilt das im Wesentlichen nur für den Bund. In den Ländern sieht es leider teilweise anders aus. Wir beobachten den Beginn eines Auseinanderdriftens: Der Bund engagiert sich, gibt mehr. Gleichzeitig versuchen einige Länder,

sich aus der Verantwortung zu nehmen. Das ist etwas, was wir sehr kritisch sehen und was nicht so weitergehen darf. Es gibt nur dann einen Mehrwert für die Wissenschaft, wenn Bund und Länder gemeinsam daran arbeiten, aber nicht, wenn der eine mehr und der andere weniger tut.

Können Sie das konkretisieren?

Michael Kretschmer: Man sieht es beim Hochschulpakt: Der Bund stellt für rund 334.000 zusätzliche Studienplätze mehr als 4,7 Milliarden Euro in den Jahren 2011 und 2015 zur Verfügung. Einige Länder leisten die Ko-Finanzierung nicht in dem Maße, wie es nötig ist. Das Verhältnis von Drittmitteln zur Grundfinanzierung der Universitäten spricht Bände: Während die Drittmittel, die im Wesentlichen vom Bund kommen, steigen, bleibt die Grundfinanzierung, die Ländersache ist, auf demselben Stand beziehungsweise geht zurück. Die Bereitschaft, Wissenschaft zu

fördern, ist auch in den Ländern ein Frage der Prioritätensetzung. Diese fordern wir von den Landesregierungen, Ministerpräsidenten und Landtagen ein.

„Milliarden für Elite-Unis“, aber „für gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern keinen Cent“, das wird in der Frage der Lockerung des Bund-Länder-Kooperationsverbots gegen die Bundesregierung eingewandt. Warum wollen Sie Gutes für die Hochschulen, aber nicht zumindest dasselbe für die Schulen tun?

Michael Kretschmer: Zunächst ist es ja keineswegs so, als wollten wir uns vonseiten des Bundes nicht beim Thema der Inklusion behinderter Kinder mit engagieren. Dazu sind wir bereit und tun das ja schon in vielerlei Hinsicht. Aber man muss doch auch fragen, welcher Partner welche Pflichten dabei hat: Was ist Aufgabe des Partners Bund? Was ist die Aufgabe des Partners Land? Und welche Aufgabe nimmt die kommunale Ebene wahr? Wenn man aber alles mischt und anschließend beim Bund ablädt, dann muss das Ganze zwangsläufig scheitern. Weil im Föderalismus die Pflichten verteilt sind, brauchen wir eine gemeinsame Strategie und eine Vereinbarung, die garantiert, dass – wenn sich der Bund engagiert – sich die beiden anderen Partner, im Wesentlichen aber die Länder, ebenso einbringen und nicht den Rückzug auf Kosten anderer antreten. Im Schulbereich gibt es keine politische Mehrheit für eine Grundgesetzänderung. Daher sollten wir uns auf das Machbare konzentrieren und das ist der Hochschulbereich.

Kommt es zur gewünschten Änderung des Artikels 91b Grundgesetz? Ohne die Opposition wird es ja nicht gehen.

Michael Kretschmer: Wir treten für die Änderung des Artikels 91b des Grundgesetzes ein. Damit sollen die rechtlichen Hindernisse, die dem Bund ein zuverlässiges und kontinuierliches Engagement für die Hochschulen erschweren, aus dem Wege geräumt werden. Wenn wir das machen, könnten wir den Ländern erheblich unter die Arme greifen. Das würden wir aus gesamtstaatlicher Verantwortung tun, weil wir wissen, dass die Universitäten Kern unseres deutschen Wissenschaftssystems sind und es wenig nutzt, wenn der Bund in eigener Kompetenz exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen fördert, aber die Hochschulen in den Ländern nicht mithalten können.

Klar ist aber auch: Die Bundesregierung, aber auch die CDU/CSU-Fraktion, sollte sich nicht erpressen lassen, wie es seitens der Opposition gerade versucht wird. Die Universitäten gehören nicht in Geiselhaft, um politische Preise zu fordern. Verhindert die Opposition die von allen Wissenschaftsexperten befürwortete Grundgesetzänderung, gibt es auch andere Möglichkeiten für den Bund, die Universitäten im internationalen Wettbewerb zu stärken. Einige Initiativen hat Annette Schavan bereits auf den Weg gebracht: die Kooperation der Charité mit dem Max-Delbrück-Centrum beispielsweise. Außerdem fördern wir jeweils fünf Forschungs- und Lehrzentren in Zusammenarbeit zwischen Max-Planck-Gesellschaft und Universitäten sowie der Fraunhofer-Gesellschaft zusammen mit Fachhochschulen. Es könnte ein Modell sein für den Fall, dass es zu keiner Grundgesetzänderung kommt. Wir

gehen also unseren Weg weiter. Die Grundgesetzänderung würde vieles leichter machen, aber wir lassen uns nicht erpressen.

Im Bundestag haben Sie für die Union in Anspruch genommen, „Partner und Anwalt der Wissenschaft“ zu sein. Nehmen Ihre Partner die Limitationen der Politik immer ausreichend wahr, und wo gibt es Verständigungsprobleme?

Michael Kretschmer: Wir sind mit den Fortschritten sehr zufrieden – mit der deutlich gewachsenen Internationalisierung, in der Frage, wie man wissenschaftlichen Nachwuchs gewinnt, in der Frage, ob die wirklich zukunftsrelevanten Themen bearbeitet werden, mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz und so weiter. Auch was die Kooperation mit der Wirtschaft angeht. Da, wo der Bund unabhängig handeln kann, können wir mit dem Erreichten sehr zufrieden sein. Schwierigkeiten gibt es vor allem bei den Universitäten, für die sich der Bund nicht unmittelbar einsetzen kann. Dort muss es, wie gesagt, ein Nachziehen geben.

2015 enden der Hochschulpakt und der Pakt für Forschung und Innovation. 2017 ist Schluss mit der zweiten Runde der Exzellenzinitiative. Ginge es nach Ihnen, was käme danach?

Michael Kretschmer: Beim Hochschulpakt ist schon sehr bald eine weitere Vereinbarung notwendig. Bereits Ende 2013 werden die finanziellen Ressourcen aus dem aktuellen Hochschulpakt ausgeschöpft sein, sodass man nicht bis 2015 warten kann. Diese Entwicklung beschreibt, dass mehr junge Leute an die

Hochschulen streben. Für uns ist das ein gutes Signal, und wir wollen unser Engagement künftig fortsetzen und gesamtstaatliche Verantwortung für ausreichend Studienplätze übernehmen.

Deshalb braucht es eine entsprechende Vereinbarung mit den Ländern. Sie wird aber nur dann zustande kommen, wenn es im Wissenschaftsbereich auch zu qualitativen Fortschritten kommt. Einfach nur Gelder an die Länder weiterzureichen, kann ich mir nicht vorstellen. Konkret bedeutet das, dass bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die sogenannte Programmpauschale zur Deckung der Gemeinkosten, die derzeit allein vom Bund geleistet wird, künftig mit den Ländern geteilt wird und wir nicht darüber streiten, ob der jeweilige Partner seine Leistung erbringt.

Das sind zwei zentrale Forderungen, ohne die ich mir eine Fortsetzung des Hochschulpakts so ohne Weiteres nicht vorstellen kann. Es geht um sehr viel Geld dabei, und das muss spürbare Verbesserungen für die Studenten erbringen.

Ich werbe auch für die Fortsetzung des Pakts für Forschung und Innovation, also den garantierten Aufwuchs bei den außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Deutsche Forschungsgemeinschaft um jeweils fünf Prozent pro Jahr. Das ist wichtig, weil wir bei einer Inflationsentwicklung von zwei bis drei Prozent erst bei fünf Prozent Aufwuchs tatsächlich Raum für neue Aktivitäten geben.

Bitte vergessen wir nicht: Wir sind stark aus dieser Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen, weil wir gegen den Trend in Bildung und Wissenschaft investiert

haben. Die Rendite, die wir erzielen, ist unmittelbar ablesbar in einer starken und leistungsfähigen Wirtschaft, und deswegen muss der Pakt weitergehen.

Was die Exzellenzinitiative angeht, wird mit einer letzten Begutachtung im Jahr 2016 oder 2017 dieses sehr erfolgreiche und in der ganzen Welt bestaunte Projekt an einen Punkt gekommen sein, an dem es ausläuft und wo einzelne Linien gegebenenfalls in die DFG-Regelförderung überführt werden können. Es gibt dann hoffentlich auch eine Grundgesetzänderung, die ermöglicht, andere Instrumente für die Kooperation zu verwenden. Auf jeden Fall hat die Exzellenzinitiative unserem Wissenschaftsstandort unglaublich genutzt, gerade in der Profilierung der Hochschulen.

Soll es denn bei der Förderung von „Leuchtturm-Universitäten“, wie mitunter kritisch bemerkt wird, bleiben? Wieso eigentlich die Beschränkung auf „Leuchttürme“?

Michael Kretschmer: Hochschulpakt und Exzellenzinitiative gehören zusammen: Sie fördern die Breite und die Spitze der Hochschullandschaft. Die Grundgesetzänderung, die wir vorschlagen, bedeutet, dass der Bund dann an jeder Hochschule Kooperationen oder eigene Initiativen fördern könnte. Von daher werben wir sehr dafür. Wir haben mit der Exzellenzinitiative wirklich Leuchttürme gefördert und wollen sie finanziell absichern, damit die Milliarden am Ende nicht versanden, indem Exzellenzcluster oder Graduiertenschulen einfach geschlossen würden oder sich nicht weiterentwickeln könnten. Die Nachhaltigkeit des Erreichten ist eine wichtige politische Aufgabe.

Aber wir sehen natürlich darüber hinaus etwa an Fachhochschulen den Bedarf und großes Potenzial, das ebenfalls Unterstützung verdient. Unsere Modellprojekte mit Max Planck und Fraunhofer, ich hatte schon davon gesprochen, bereiten das vor, und wenn es zur Grundgesetzänderung kommt, gäbe es auch den notwendigen weitreichenden Spielraum für neue Kooperationen. All das zeigt: Es geht nicht nur um Leuchttürme, sondern auch um Initiativen in der Breite, wie es sie heute auch schon mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder der Fachförderung durch das BMBF überall in Deutschland gibt.

Die Länder wollen Umsatzsteuerpunkte. Warum verweigert das der Bund?

Michael Kretschmer: Einige Länder wollen statt gezielter Hilfen vom Bund mit klarer Zweckbindung lieber einige Bundes-Milliarden über Umsatzsteuer-Neuverteilungen in die Landeskassen lenken. Dagegen wehre ich mich, weil es eine klare Aufgabenteilung gibt: Die vordringliche Aufgabe der Länder sind die Hochschulen und dort insbesondere die Lehre. Der Bund hat ganz andere Aufgaben zu bewältigen: die Forschung zur Energiewende, zu den großen Volkskrankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Leiden, Diabetes, *Public Health* – um nur einige große Themen zu nennen. Nur wenn sich jeder Partner auf klare Aufgaben konzentrieren kann, werden wir Ergebnisse erzielen. Es hilft niemandem, wenn wir alle Aufgaben in Deutschland vermischen, das Geld verkleckern und nur in Trippelschritten vorankommen.

Nicht allein die Rektoren klagen, dass die Hochschulen chronisch unterfinanziert seien – vor allem wegen der steigenden Studierendenzahlen. Wie ernst nehmen Sie diese Klage?

Michael Kretschmer: Die Klage der Hochschulen ist berechtigt. Es gibt einen schleichenden Rückzug einzelner Länder aus Forschung und Lehre. Ärgerlich ist darüber hinaus, dass dort, wo vorher Studienbeiträge erhoben worden sind, die Hochschulen jetzt auf diese Mittel verzichten müssen oder die Kompensation für die Beiträge nicht an die Kostenentwicklung angepasst wird. Das ist wirklich eine bittere Entwicklung. Deswegen muss alles, was wir jetzt im Zuge der Grundgesetzänderung und der Paktverlängerungen machen, dazu führen, dass die Länder sich bekennen und verpflichten, ihren Teil der Verantwortung auch zu erfüllen und die Mittel im System zu halten.

Krista Sager von den Grünen meint, die wenig verlässlichen Perspektiven des akademischen Mittelbaus – der Mangel an Dauerstellen, geringe Aussicht auf Professuren – seien das eigentliche Problem des deutschen Wissenschaftssystems. Was ist Ihr Standpunkt zu dieser Problematik?

Michael Kretschmer: Da gilt auch das, was in anderen Bereichen gilt: Man kann nur das ausgeben, was man hat. Es bringt gar nichts, jetzt in Größenordnungen junge Wissenschaftler im Mittelbau einzustellen oder Tenure-Track auszuloben, wenn am Ende nicht die Vollzeitstellen vorhanden sind. Uns muss klar sein, dass wir an den deutschen Universitäten für die Wissenschaft ausbilden, aber zum

größeren Teil für die Wirtschaft, die Verwaltung und für andere Bereiche. Das muss in einem vernünftigen Verhältnis sein.

Wir haben mit der Exzellenzinitiative und dem Hochschulpakt einer großen Zahl junger Menschen den Einstieg in das Wissenschaftssystem ermöglicht. Und wir wollen ihnen auch Perspektiven eröffnen. Wir wollen Tenure-Track – das ist auch eine Forderung, die der Bund immer gegenüber seinen eigenen Wissenschaftsorganisationen erhoben hat. Da gibt es auch Bewegung. Aber jetzt allgemein zu klagen, halte ich für falsch. Es muss auch einen Anteil befristeter Stellen geben, um das System dynamisch zu halten und auch nachfolgenden Nachwuchswissenschaftlern Einstiegsperspektiven geben zu können. Zu der Situation in den Siebzigern will jedenfalls niemand zurück, wo über Jahrzehnte der Mittelbau mit Dauerstellen verstopft war.

Mit einiger Genugtuung haben Sie im Bundestag darauf hingewiesen, dass inzwischen 55 Prozent eines Altersjahrgangs studieren, aber geht es wirklich um immer mehr Akademiker, wie uns die OECD glauben machen will? Mit anderen Worten: Brauchen wir immer mehr Studierende?

Michael Kretschmer: Nein. Wir haben einerseits die erfreuliche Entwicklung, dass sich viele junge Leute ein Studium zutrauen. Auf der anderen Seite findet leider eine Entwertung der dualen Ausbildung statt. Das darf nicht so sein, denn wir brauchen auch gut ausgebildete Facharbeiter, die selbstverständlich auch Träger des wirtschaftlichen Wohlstands sind. Darüber hinaus wird man – selbst wenn es darüber keine aktuellen Studien gibt – vermuten

dürfen, dass ein wirklich gut ausgebildeter Facharbeiter in Lohn und Brot eine bessere Zukunftsperspektive hat als ein Bachelor, der studiert hat, ohne je richtig zu wissen, welche Chancen er am Ende auf dem Arbeitsmarkt besitzt. Von daher müssen wir in Deutschland die duale Ausbildung, die ein Grund für die geringe Jugendarbeitslosigkeit bei uns, für ein verhältnismäßig hohes Wirtschaftswachstum und für unsere Krisenresistenz ist, jetzt wieder verstärkt würdigen. In den vergangenen Jahren hat sich der Blick zu sehr auf Abitur und Studium verengt. Dabei brauchen wir auch exzellente Facharbeiter, für die die deutsche Wirtschaft auch sehr gute Jobperspektiven und gute Gehälter bietet. Von den Zahlen der OECD darf man sich nicht irreführen lassen. Die OECD misst die Einkommenschancen in den verschiedenen Ländern und kommt am Ende zu dem Ergebnis, dass wir in Deutschland zu wenig Hochschulabsolventen hätten. Das liegt aber daran, dass in anderen europäischen Ländern junge Leute ohne eine Hochschulausbildung und ohne die Möglichkeit einer dualen Ausbildung überhaupt keine Chance auf ein vernünftiges Einkommen haben. Das heißt, die Studien der OECD und die Statistiken verkennen die wirkliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Die duale Ausbildung bleibt wichtig. Ich halte sie für unterbewertet; ein Studium ist nicht das allein Seligmachende.

Wir sollten den Blick wieder erweitern: nicht mehr nur über Abitur, Studium und Bachelor reden, sondern auch über die Chancen der betrieblichen Ausbildung. Schauen Sie doch in die von der OECD gelobten west- und südeuropäischen Länder: Die Perspektiven junger Menschen in Spanien, Italien, Portugal, auch in Frank-

reich sind nicht gut, teils sogar beklemmend schlecht. Dort herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von über zwanzig Prozent, bei uns sind es acht Prozent. Deshalb werden wir immer häufiger als Vorbild gefragt: Was macht ihr anders in Deutschland, wie organisiert ihr eure Berufsausbildung? Ich hoffe, dass auch anderswo in Europa jetzt sukzessive versucht wird, das deutsche Modell einzuführen – auch wenn das gewachsene Strukturen sind, die man nicht von heute auf morgen kopieren kann.

Als „teuren Ladenhüter“ hat die SPD das Deutschlandstipendium bezeichnet und will es abwickeln, sollte sie die Wahl im Herbst gewinnen. Gehört das Deutschlandstipendium, weil die veranschlagten Mittel ja komplett ausgeschöpft wurden, abgewickelt?

Michael Kretschmer: Wir haben jetzt schon fast 11.000 Stipendien. Das sind 11.000 Studierende, die monatlich 300 Euro erhalten. Ich halte es seitens der SPD für einen eigenartig destruktiven Politikstil, der den Gedanken ins Zentrum stellt, was man alles abwickeln will. Da liegt der Unterschied zu einer bürgerlichen Regierung: Wir setzen auch eigene Akzente, aber unser Ziel war nie, etwas kaputtzumachen. Darauf bin ich sehr stolz, dass wir als Regierungspartei in der Breite vieles ermöglicht haben, und zwar in dem Geist: Wir machen nicht alles besser, sondern was gut ist, führen wir weiter, und was sich nicht bewährt hat, machen wir neu. Das Deutschlandstipendium ist der Versuch, eine Stipendienkultur in Deutschland aufzubauen, was schwierig ist. Es gibt bei uns keine wirkliche Stipendientradition.

Die Anzahl von Stipendien, die es heute gibt, ist vor diesem Hintergrund schon enorm. Niemand hätte gedacht, dass wir eine so hohe Zahl von Unternehmen und Persönlichkeiten finden, die Stipendien ausloben. Ich selbst fördere eine angehende Wirtschaftsingenieurin, und ich freue mich darüber, diese junge Frau zu unterstützen.

Wir sollten diesen Weg unbedingt weitergehen, weil das Stipendienwesen ein entscheidender Unterschied zur Wirtschaftslandschaft in den Vereinigten Staaten ist, wo Stipendien selbstverständlich sind. Zwar ist gemessen am Brutto-sozialprodukt das Niveau der staatlichen Förderung von Universitäten hier wie dort gleich, aber es fehlt bei uns mindestens ein Viertel der Gesamteinnahmen, die in Amerika von privater Seite beigesteuert werden. Hier waren die hiesigen Studienbeiträge ein Ausgleich, sind es aber bald nicht mehr. Aber über Stipendien können wir das private Engagement für die Bildung deutlich steigern. Denn klar ist: Der Staat kann nicht alles allein. Er hat auch andere wichtige Aufgaben, insbesondere am Beginn der Bildungsbiografien, wenn es darum geht, die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg zu legen: im Kindergarten, in der Kinderkrippe und in der Grundschule. In diese Bereiche müssen wir auch künftig investieren, und weil man den Euro nur einmal ausgeben kann, müssen wir versuchen, den notwendigen Qualitätszuwachs im universitären Bereich auch durch private Mittel zu ermöglichen.

Erklären Sie uns bitte, warum BAföG-Leistungen nicht dasselbe sind! Man

könnte ja sagen, die Deutschlandstipendien seien ungerecht, weil sie doch nicht an die soziale Herkunft gekoppelt sind.

Michael Kretschmer: Das Stipendium steht auch BAföG-Empfängern offen, und die 300 Euro werden auch nicht aufs BAföG angerechnet. Somit ist das Deutschlandstipendium eine weitere Säule unserer Bildungsfinanzierung, deren tragende Säule nach wie vor das BAföG ist. BAföG und Stipendien sind auch im Finanzvolumen gar nicht vergleichbar. Beim BAföG gibt es einen Rechtsanspruch, da steht pro Jahr ein Milliardenbetrag bereit. Deutschlandstipendien kosten einen kleinen Millionenbetrag. BAföG gegen das Stipendien-system auszuspielen, ist einfach unseriös. Wir brauchen beide.

Und warum sind die veranschlagten Mittel nicht ausgegeben worden?

Michael Kretschmer: Weil es noch zu wenig Förderer gibt und weil das Deutschlandstipendium auch für die Hochschulen einen Kulturwandel bedeutet. Universitäten wie in Leipzig, die in den ersten Jahren gesagt haben, wir machen da nicht mit und haben für die Einwerbung der privaten Mittel keine Kapazitäten frei, sind auf Druck der Studierenden und der Wirtschaft schließlich doch eingestiegen. Wie bei so vielen Dingen braucht man auch beim Deutschlandstipendium eine Einschwingphase. Es geht um nicht weniger als das Schaffen einer neuen Kultur. Und wie sich zeigt, kommt das System allmählich in Schwung.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann.

Der Geist, vollgestopft mit Wörtern

Oder: Vom Krebsgang der Geisteswissenschaften

MANUEL GOGOS

Geboren 1970 in Gummersbach, Studium der Philosophie, der Vergleichenden Religionswissenschaft und der Germanistik in Bonn, als freier Autor und Ausstellungsmacher tätig.

Er wird gebraucht, der Bäcker, sofern er für uns das Brot backt – müssen wir nicht alle essen? Und auch der Wirt, sofern er uns nachschenkt, wird gebraucht – müssen wir nicht alle trinken? Ja, es gibt sie, die Berufssparten, deren Nützlichkeit un-

bestritten ist. Beim Philosophen aber, jenem Denkakrobaten von Berufs wegen – zumal wenn er staatlich besoldet ist –, ist Nützlichkeit nicht a priori gegeben. Zwar hat der Vorsokratiker Demokrit die Atomtheorie entworfen, der Scholastiker Robert Grosseteste den Urknall beschrieben und Gottfried Wilhelm Leibniz neben der besten aller möglichen Welten auch den Computer erfunden. Und doch gibt die Philosophie, zumal im einundzwanzigsten Jahrhundert, ein jammervolles Bild ab, immer im Existenzkampf begriffen, immer ängstlich darum bemüht, „relevant“ und „anwendbar“ zu sein. „Die derzeitige Hauptaufgabe der Philosophie besteht im Kampf gegen ihre eigene Überflüssigkeit“, schrieb der Grazer Philosoph Ernst Topitsch. Doch ist die Frage nach dem Sinn der Fragesteller (nach dem Sinn) ebenso alt wie die Sinnfrage selbst.

Die Vorsokratiker waren noch wahre „Anfänger“ im Geiste: Pioniere im Schauen wie im Denken, kraft dessen sie versuchten, den Sumpf des Mythos trockenulegen und in den Mäandern des normal sterblichen Bewusstseins gerade Wege anzulegen.

DER MINDERWERTIGKEITSKOMPLEX DER METAPHYSIK

Der Philosoph, das war der eine, der das Denken stellvertretend übernimmt, gegenüber den vielen, die noch den landläufigen Meinungen Glauben schenken dürfen: Die Weisheit lässt ihre Freunde Abstand halten zu den Dingen, „Theoria“ ist eine Spitzenerkenntnis, die letztlich jenseits einzelner Wissensinhalte steht.

Mit diesem Überblicks-Wissen handelt sich der hauptberufliche Denker am Anfang des Denkens auch gleich den ersten Vorwurf ein – „Weltfremdheit“, das ist der erste aller Einwände gegen die Philosophie. Von Thales ist die Anekdote überliefert, dermaßen habe er gestaunt über die Sterne am Himmel, dass er in einen Brunnen stolperte – womit der philosophierende Hans Guck-in-die-Luft (mit dem gestirnten Himmel über und dem moralischen Gesetz in sich) ein für alle Mal den Spott der thrakischen Magd auf sich gezogen hat. Die Anwürfe des sogenannten gesunden Menschenverstands gehören seither zur Begleitmusik aller philosophischen „Spekulation“. Der Idealist Platon macht alles noch schlimmer. Er fahndet nach dem „Wesen“ der Dinge und findet es, ausgerechnet, im Reich der Ideen! Dem Aristoteles war das nicht ganz geheuer, er baute aufs Seiende, das er fein säuberlich kategorisierte; seitdem scheint die Philosophie immer mehr den spekulativen, weltübersteigenden Höhenflügen zu widersagen.

BALLUNGRÄUME DES WISSENS

Seit dem Augenblick ihres Entstehens im zwölften und dreizehnten Jahrhundert hat sich die europäische Universität als jene zentrale Agentur verstanden, in der sich alles verfügbare Wissen der Zeit konzentriert. Die Bewahrung des Wissens – man könnte auch für jene Zeit schon sagen: seine „Verwaltung“ – sowie die Wissensmehrung und Weitergabe eines zunehmend auch säkularen Wissens an die Folgegenerationen werden der Universität zur „heiligsten Aufgabe“. Und die Wissensform, in der das zunächst und zumeist stattfindet, ist wiederum die Philosophie – die in ihren Disziplinen aus Logik und Rhetorik noch über Jahrhunderte als „Mutter aller Wissenschaften“ gilt.

Zudem etablierten sich bald, nachdem die Universität aus der Taufe gehoben war, die Wissenssysteme des Rechts (zur Kontrolle des Zusammenlebens), der Medizin (zur Kontrolle des Körpers) und der Theologie (zur Kontrolle der Seele). Selbst Anthropologie, Psychologie oder Physik wuchsen unter den Fittichen der Philosophie heran – bis sie auf der Schwelle zur Neuzeit ihre Töchter entließ, die sie bei lebendigem Leibe fledderten.

DER AUFSTIEG DER WISSENSCHAFTEN

Was nun anhebt, ist die Weltstunde wissenschaftlichen Fortschritts. Wissenschaft wird jetzt zuvorderst als Anwendung des Wissens definiert, das Wissen wird zur Magd der Wissenschaft, zum Steigbügelhalter der Forschung degradiert. „Wissenschaft“ soll sich von nun an ausschließlich auf die Bereiche der Wirklichkeit beziehen, die präzise zu beschreiben sind. Und „Wissenschaft“ zeigt ihre ganze durchschlagende innerweltliche Gestaltungsmacht.

Leonardo da Vinci zeichnet Flugmaschinen und Unterseeboote. In seiner berühmten Proportionsfigur macht er den Menschen endgültig zum Maß und Mittelpunkt aller Dinge – ein „Fortschritt“, den man im Mittelalter noch für eine „Sünde“ gehalten hätte. Der englische Alchemist und Philosoph Isaac Newton legt mit seinen Bewegungsgesetzen den Grundstein für die klassische Mechanik. Freud hat den Menschen darum zu Recht als Gott der Prothesen beschrieben: weil er von Fortschritt immer dann redet, wenn er seine natürlichen Sinnesorgane technisch übertrifft.

HUMBOLDTS UNIVERSITÄT

Der Umbruch der universitären Landschaft in den Jahren 1750 bis 1850 wird in der Metaphorik des Lichts beschrieben, als Ausgang aus selbst verschuldeter Geistesumnachtung, als Licht am Ende des mittelalterlichen Tunnels. Erziehung im Medium der Wissenschaft – das ist der heiße Kern der Humboldt'schen Universität. Für die gesellschaftliche Einbettung des Wissens postuliert der Humboldtismus der Aufklärung Sätze, die Funktionen in der Wissensgesellschaft unserer Tage vorwegnehmen. Und auch die Philosophen selbst leisten nun Schützenhilfe bei der Abschaffung der Philosophie als spekulativer Wissenschaft (eine Fügung, die immer mehr als Widerspruch in sich erscheint). Immanuel Kant benennt zwar noch ein unbestimmbares „Ding an sich“, steckt dabei aber vielmehr die Grenzen der Vernunft ab.

Mit Georg Friedrich Wilhelm Hegel war die Philosophie ein letztes Mal stolzer Bauherr eines totalen, weltumspannenden Systems. Aber nun beginnt mit Søren Kierkegaard, dem Ahnherrn der Lebensphilosophen, die

Philosophie selbst damit, sich der Weltfremdheit zu bezichtigen: „Hätte Hegel seine ganze Logik geschrieben und im Vorwort gesagt, dass sie nur ein gedankliches Experiment sei, dann wäre er wohl der größte Denker gewesen, der jemals gelebt hat. Nun ist er nur komisch.“ Ähnliche Obsoletheits-Vorwürfe erhebt Friedrich Nietzsche gegen Kant – philosophiert zu haben, als wäre er mit einem ewigen Leben gesegnet. Mit Gott opfert Nietzsche den Grund von allem, Wahrheit gibt es für ihn nicht, nur Interpretation. Und der frühe Ludwig Wittgenstein erklärt als Philosoph in einer Art „vorausseilendem Gehorsam“ den Bankrott der Philosophie, versenkt sie in einem quasi selbstmörderischen Akt (*sacrificium intellectus*) in mystisches Schweigen.

DAS VERGESSENE WISSEN DER WEISHEIT

Herausgefordert von Wittgensteins Weigerung, über Unsagbares zu sprechen, mag hier eine Parenthese erlaubt sein. In der abendländischen Geistesgeschichte wurde und wird Bildung in der Regel ganz selbstverständlich als Prozess des Akkumulierens, des Sammelns und Erinnerns betrachtet. Wissen ist – als Ausdehnung unseres Ichs – Macht. Für den Westen, der in dieser Hinsicht das Erbe des Parmenides angetreten hat, besteht Vollkommenheit darin, vollständig, „perfekt“ (*perfectum*), zum Äußersten, reich zu sein. Man muss sich Tugend, Wissen, „Vollkommenheiten“ zulegen, selbst Christus ist von diesem Ehrgeiz nicht ausgenommen.

Das Renaissance-Ideal eines Universalgelehrten war noch um ein enzyklopädisches Wissen bemüht – ungeachtet der prinzipiellen Unmöglichkeit, sämtliche Wissensgebiete zu beherrschen. Dabei wurde doch schon früh vor den Aporien einer dergestalt utopischen „Totalbildung“ gewarnt. Bereits Heraklit konstatierte, in der Vielwisserei (*polymathia*) drohe eine Wissens-Inflation, Desintegration und Zerstreuung. Wenn der Geist immer vollgestopft ist mit Wörtern, wenn im Bewusstsein Informationen herumtreiben wie ertrunkene Katzen – kann das überhaupt zu Recht „Wissen“ genannt werden?

Im interkulturellen Vergleich mag es überraschen, dass die typisch buddhistische Auffassung im Gegensatz dazu Bildung als Vereinfachung, eigentlich als „Entbildung“, Entäußerung begreift. Nun hat es solche philosophischen Traditionen eines alternativen Wissensbegriffes auch im Abendland gegeben. Bekannt wurde diese Unterströmung von Dionysius Areopagita bis Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, von Jakob Böhme bis Aldous Huxley unter dem Namen *philosophia perennis*, die, ebenso wie die philosophischen Systeme Indiens und Chinas, an die Stelle des Wissens die Weisheit setzt.

Heute ist es in den Naturwissenschaften oder selbst in der Philosophie nahezu unmöglich, von „Weisheit“ zu sprechen. Weisheit scheint ein versunkener Begriff, ein Fremdwort in der eigenen Sprache. Kein Wunder, da Weisheit nicht verobjektiviert, verdinglicht, kapitalisiert werden kann. Weisheit ergibt sich auch nicht als die Synthese verschiedener analytischer Zweige des menschlichen Wissens. Die Wissensform der Weisheit ist vielmehr eine Berührung mit der Wirklichkeit, die nicht „weltfremd“ ist (wie die Technologie), vielmehr eine Realisierung, die eher einem Nicht-Wissen gleicht. Daran werden wir von östlichen wie westlichen Traditionen ständig erinnert.

PARADIGMENWECHSEL

Freilich gelingen auch und gerade heute immer wieder Durchbrüche zu ganz neuen Wissenschaftszweigen: zur Relativitätstheorie, zu Quantenphysik oder zu Hirnforschung. Aber auch zu den Kultur- wie den Lebenswissenschaften. Ob im *linguistic turn* oder im *iconographic turn*: Plötzlich ist da irgendwo eine Tür, ein Fenster, das man aufmachen kann. Der Wissenschaftshistoriker Thomas S. Kuhn hat für diese wissenschaftlichen Revolutionen den Begriff des „Paradigmenwechsels“ eingeführt. Dabei ist die Wissenschaftsrevolution für Kuhn vor allem eine Revolution der Wahrnehmung, eine Korrektur der Optik. Auch in der Maximierung der Reichweite wird ein Fortschritt ausgemacht oder in der Beschreibung eines größeren Wirklichkeitsfeldes. Ist aber die Spezialisierung der Wissensdisziplinen wirklich immer ein Fortschritt? Kann es nicht sein, dass Zuwachs von Wissen auch Weltzugänge verbaut?

Einer der wichtigsten Kritiker eines eindimensionalen Fortschrittsdenkens war der Wissenschaftsphilosoph Paul Feyerabend, der den naiven Fortschrittsglauben in der Wissenschafts- und Geistesgeschichte als „Aberglauben“ entlarvte. Für Feyerabend kann der „Paradigmenwechsel“ von der Astrologie zur Astronomie nicht unbedingt als fortschrittlich gelten: Ging es den Astrologen nicht vor allem um den Menschen?! Und den Alchemisten, anders als den Chemikern von heute, um den Stein der Weisen? „Warum soll Xenophanes ‚geläuterter‘ sein als die blauäugigen und rothaarigen Götter der Thraker?“ Vielleicht gibt es also gar keinen Fortschritt vom Mythos zur Philosophie. Feyerabend lobte dagegen die vor 30.000 Jahren lebenden Höhlenmaler der Steinzeit für ihre Beobachtungsgabe, ihre Stilsicherheit. Die Mentalitäten der Vorzeit seien nicht infantil oder rückständig gewesen, sondern voller schillernder Potenzen.

DIE MASSENUNIVERSITÄT

Feyerabends Anarchismus in der Wissenschaftstheorie verdankte sich auch dem gesellschaftlichen Klima der San Francisco Bay Area, in dem der Philosoph sich bewegte. 1964 macht das *Free Speech Movement* Berkeley zum linksrevolutionären Zentrum der USA, drei Jahre später gelangt die Hippiebewegung im benachbarten San Francisco auf ihren Höhepunkt. Feyerabend hat immer wieder betont, wie stark seine berühmten Überlegungen *Wider den Methodenzwang* unter dem Eindruck dieser sozialpolitischen und kulturellen Bewegung gestanden hätten. Freilich, nicht nur die Philosophie diffundiert in die Gesellschaft, es ist auch umgekehrt: Die Gesellschaft bestäubt die Philosophie. Der Aufstieg der Sozialwissenschaften wäre hier zu nennen. Und es ist nicht zuletzt die Generation der „68er“ als universitärer Bewegung, die zu einer Öffnung der Universität, einer Demokratisierung der Bildung wie zu einem „Mainstreaming“ des Wissens beigetragen hat. Neben den Seminarräumen der Universität schufen sich die 68er auch andere, eigene, antielitäre Orte, um ihr „Studium Generale“ zu betreiben. Seither hat sich die Universität von einem exklusiven Alumniclub zur Massenuniversität gewandelt, die nolens volens von der Einbeziehung prinzipiell jedes Mitglieds der Gesellschaft ausgehen und zum wissenschaftlichen Weltbezug einladen muss.

DIE INFORMATIONSGESELLSCHAFT

Auch hat die Universität als zentrale Bildungsschmiede und Haushälterin jedes wissenschaftlichen Herrschaftswissens Konkurrenz bekommen. Heute begegnen sich auf allen Wissensgebieten sogenannte Amateure und Experten intensiver denn je. Während die großen Enzyklopädien in der Universitätsbibliothek verstauben, reinigt sich Wikipedia kraft der Schwarmintelligenz selbst. Dabei spricht man heute weniger pädagogisch von „Wissenserwerb“ als vielmehr technokratisch von „Wissensproduktion“. Wissen in der Moderne scheint etwas geworden, das – ähnlich wie früher nur die Avantgarde – stets über sich hinaustreibt und neu produziert werden muss. In den „Life-Sciences“ hat sich unser Wissen vom Menschen auf dramatische Weise vermehrt – Wissen jedoch im Sinne von „Information“.

Die Informationsgesellschaft verfügt eher über ein Zuviel an Information. Es ist noch nicht ganz abzusehen, wie sich die Wissenskultur unter den Bedingungen des Internets verändert. Einerseits grenzt es ans Revolutionäre, dass Universitäten transnational gemeinsam Exzellenzcluster entwickeln können, allein durch Kommunikation in der „Cloud“. Andererseits heißt Wissenschaft heute wie je vor allem dies: gut *filtern*. Bereits in den Jahren 1820 bis 1900 ist die Wissensflut stark angeschwollen. Heute erreicht sie in jedem

Augenblick neue Höchststände. Es ist, als würde das Wissen in der Informationsgesellschaft wie aus einem Füllhorn hervorquellen, ohne dass sich dieser Fluss abdichten ließe (wie bei den Tiefseebohrungen des Ölkonzerns Deepwater Horizon); vorgebliches Wissen fließt über, wie der sprichwörtliche Brei aus dem Märchen, der die ganze Welt überschwemmt (wie Plastik). Dagegen ist die „Weisheit“ (im Sinne eines Orientierungswissens) offenbar das, was fehlt: im Umgang mit der Natur, den anderen und uns selbst.

PHILOSOPHIE, DIE UNTOTE

Und wo bleibt dabei letztlich die Philosophie? In den Buchhandlungen haben Psychologie und Esoterik die philosophische Arbeit am „unglücklichen Bewusstsein“ verdrängt. Ans Schweigen der unendlichen Räume hat man sich gewöhnt, von der Unerfüllbarkeit von Sinnversprechen ist man nicht mehr enttäuscht. Wenn also die Philosophie das Welträtsel doch nicht lösen und auch die „Blackbox“ des Bewusstseins nicht knacken kann – wozu braucht man sie dann noch? Andererseits: War denn die Philosophie nicht schon immer „nutzlos“? Und liegt nicht vielleicht gerade darin ihr „Gewinn“?

Man sollte die Philosophie nicht unterschätzen: Unzählig sind ihre Widerspiegelungen und Widergänger. Es sind vor allem die Neurowissenschaften, die mit der Philosophie heute um die Deutungshoheit über das Bewusstsein fighten: Die (Selbst-)Erkenntnis ist eine der Urfragen der Philosophie, an denen sie sich die Zähne ausgebissen hat. Aber bleibt nicht auch für die Neurowissenschaften das „Selbst“ im Prozess der Erkenntnis ein „blinder Fleck“? Nicht von ungefähr findet sich die internationale philosophische Diskussion im Zusammenhang mit der Gentechnologie bei alten Kernfragen wieder: bei der Frage nach dem Anfang. Und hat nicht auch die Astrophysik ihre Theorien vom Beginn des Universums entworfen? Und die Quantentheorie nach der kleinsten Einheit gefragt? Alle alltäglichen Fragen nach den „Ursachen“ von etwas sind nur Variationen der Frage nach dem Anfang.

Durchaus möglich, dass sich erweist: Die aktuellsten, zukunftssträchtesten Fragen der Philosophie sind zugleich ihre ältesten. Denn Philosophie ist nicht bloß eine „Übertheorie von allem“. Philosophie im Sinne einer „Freundschaft zur Weisheit“ bemüht sich, Zusammenhänge zu begreifen. Diese Form der Geisteswissenschaft kann maßgeblich helfen, die immer unübersichtlicher werdende Komplexität des Lebens (und des Wissens) zu meistern. Philosophie als Weisheit wäre eine zukunftsfähige Form der Intelligenz, ja ein bewusstseinspolitischer Faktor: Immer schon waren Wissen und Weisheit eine Lebenskunst. Heute werden sie zur *Überlebenskunst*, und damit gewissermaßen zu einer Überlebensfrage.

Wissen und Forschung

Kurzberichte aus vier Weltregionen

Israel: Bildung, Forschung und Wissenschaft genießen in Israel seit jeher einen hohen Stellenwert und stehen in engem Zusammenhang mit der zionistischen Bewegung. Ihre Anhänger waren und sind getragen von der Idee, für das jüdische Volk einen modernen Staat zu entwickeln, in dem Forschung und Wissenschaft einen zentralen Platz einnehmen. Zum Leitmotiv der zionistischen Einwanderer gehörte, das teils von Sümpfen und Ödnis geprägte Land mithilfe wissenschaftlicher Methoden fruchtbar zu machen, die Wüste sprichwörtlich zum Blühen zu bringen. Eine solche praxisgeleitete Forschung, die sich nicht in den „Elfenbeintürmen“ der Universitäten ver-

steckt, sondern ihre Ergebnisse sofort nutzbar machen will, ist bis heute wesentlicher Teil des Selbstverständnisses israelischer Forschung.

Die Gründungsgeneration Israels, die bereits Jahrzehnte vor der Staatsgründung 1948 einwanderte, zeichnete sich durch einen hohen Bildungsgrad aus, war an europäischen Universitäten sozialisiert worden und gründete in diesem wissenschaftsfreundlichen Geist Hochschulen wie etwa die Hebräische Universität in Jerusalem im Jahr 1925. Antisemitismus, Pogrome und die systematische Vernichtung in Europa – ausgehend vom nationalsozialistischen Deutschland – führten in den 1930er-Jahren und nach dem Zweiten

Weltkrieg zu weiteren Einwanderungswellen mit einem erneut hohen Anteil an Akademikern. Als 1991 das Sowjetimperium zusammenbrach, wurde Israel zur neuen Heimat von mehr als einer Million russischsprachiger Juden. Ingenieure, Mediziner und Naturwissenschaftler kamen zahlreich ins Land und bewirkten einen *brain gain*, vom dem die israelische Forschung und Wirtschaft weiterhin profitieren.

Heute studieren an den sieben Universitäten und Dutzenden Einrichtungen der Hochschulbildung ungefähr 300.000 Israelis; sechs von zehn Abiturienten beginnen ein Bachelor-Studium, etwa ein Fünftel aller Immatrikulierten besucht ein Master-Programm und vier Prozent streben die Promotion an. Trotz der geringen Bevölkerungszahl von rund 7,5 Millionen Einwohnern ist das Land führend bei Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Medizin sowie in den Natur-, Ingenieur- und Agrarwissenschaften. Der Anteil öffentlicher Gelder, die jährlich in Forschung und Entwicklung fließen, beträgt 4,25 Prozent der Wirtschaftsleistung (2010) – ein Spitzenplatz im globalen Vergleich. Auch die wettbewerbsorientierte Forschung wird vom Staat unterstützt: So stehen der Israel Science Foundation sechzig Millionen US-Dollar pro Jahr zur Verfügung, um herausragende wissenschaftliche Projekte zu fördern.

Ein Markenzeichen Israels ist die Fähigkeit, innovative Ideen rasch in marktfähige Produkte für den Agrar- und Energiesektor, die Biotechnologie und Elektroniksparten zu entwickeln. Hinzu kommt die in den letzten Jahren gestiegene Bedeutung der IT- und Softwarebranche sowie der Internetanwendungen.

Israelische Ingenieure haben den USB-Stick erfunden oder waren verantwortlich für die Entwicklung medizinischer Diagnosegeräte wie des Computertomografen.

Zu Recht trägt das Land den Titel „Start-up-Nation“. Unterschiedliche staatliche Förderinstrumente wie das Technological Incubators Program oder das MAGNET Program zielen auf die Unternehmensgründung im Anschluss an ein Forschungsprojekt. Gleichzeitig vernetzen sie öffentliche Wissenschaftseinrichtungen mit der Privatwirtschaft.

Immer wichtiger ist inzwischen die umwelt- und klimabezogene Forschung. Dies geschieht im Bewusstsein, dass Israel aufgrund seiner geografischen Lage die Folgen des Klimawandels in den kommenden Jahrzehnten stark zu spüren bekommen wird. Mittel und Wege müssen gefunden werden, wie mit den knappen Ressourcen – insbesondere Nutzflächen, Wasser und Energie – umzugehen ist. Die Forschung leistet bereits heute einen essenziellen Beitrag, um mit hochwertigen Technologien die Anpassung an den Klimawandel zu bestreiten. Gleichzeitig zieht sie aus diesen Innovationen unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen: Bewässerungsanlagen, die auf Tröpfchenbewässerung basieren, sind beispielsweise eine Säule des israelischen Exports. Zu den Leuchttürmen der umweltbezogenen Wissenschaft und Forschung gehören die Solar Research Facilities des Weizmann-Instituts und die Jacob Blaustein Institutes for Desert Research der Ben-Gurion-Universität. Hier sind die leistungsstärksten Solarzellen der Welt in Betrieb. Die zionistische Pionierarbeit von einst lebt somit ungebrochen fort.

Nadine Mensel

Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem

Europäische Union: Mit der im Jahr 2000 verabschiedeten Lissabon-Strategie legte die EU ein besonderes Augenmerk auf Innovation, Forschung und Bildung. Innerhalb einer Dekade sollte sich die EU zu einer „dynamischen Wissensgesellschaft“ entwickeln. In Zahlen ausgedrückt hieß das: Bis 2010 sollte die staatliche Wissenschafts- und Forschungsförderung in den Mitgliedsländern akkumuliert auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU anwachsen.

Gemessen an den kühnen Zielen sind die Resultate der Lissabon-Strategie eher ernüchternd. Zugleich wurde im Zuge der Schuldenkrise deutlich, dass die geringe Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedsstaaten nicht zuletzt auch die Folge einer mangelnden Forschungs- und Innovationspolitik gewesen ist. Mit der Verabschiedung der Nachfolgestrategie „Europa 2020“ unternahm die EU einen weiteren Anlauf – mit neuen Konzepten und mehr Geld. Im Oktober 2010 stellte die Europäische Kommission ihre Leitinitiative „Innovationsunion“ vor; eines der wichtigsten Projekte zielt dabei auf die Schaffung eines „Europäischen Forschungsraums“ bis 2014. Unter anderem geht es um eine stärkere Vernetzung der nationalen Forschungsräume, eine verbesserte Mobilität von Wissenschaftlern, den vereinfachten Austausch von Forschungsergebnissen und einen intensivierten internationalen Wettbewerb unter den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Insgesamt sollen die nationalen Investitionen und Potenziale effizienter genutzt werden.

Das zentrale Instrument zur Finanzierung der Innovationsunion soll das Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ werden. Es bündelt bestehende Initiativen und Instrumente der EU. Darüber hinaus sollen die bisher sehr komplexen Antragsverfahren für Forschungsgelder vereinfacht werden. Im vorliegenden Kommissionsvorschlag für den „Mehrjährigen Finanzrahmen“ (MFR) der EU von 2014 bis 2020 werden die Kosten von „Horizon 2020“ mit achtzig Milliarden Euro veranschlagt. Das wäre eine deutliche Steigerung gegenüber dem aktuellen Forschungsrahmenprogramm in Höhe von 56 Milliarden Euro. Geht alles gut, wird der Vorschlag der Kommission bis Ende 2013 vom Europäischen Parlament und vom Rat der EU verabschiedet.

Eine erste Hürde wurde bereits bewältigt: Der Anfang Februar von den Staats- und Regierungschefs erzielte Kompromiss zum MFR sieht keine Kürzungen bei „Horizon 2020“ vor; der Rotstift wird bei anderen Programmen angesetzt.

Es ist sehr zu wünschen, dass der neue Elan zu den erhofften Resultaten führt. Noch verläuft die Verfolgung des weiterhin geltenden Drei-Prozent-Ziels unverändert schleppend. So lagen 2011 die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der EU bei 2,03 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 1,86 Prozent im Jahr 2000. Nur drei Länder – Finnland (3,78 Prozent), Schweden (3,37 Prozent) und Dänemark (3,09 Prozent) – übertrafen die Drei-Prozent-Marke. Deutschland verpasste die Marke mit 2,84 Prozent nur knapp.

Ein weiteres Problem stellt der stetig sinkende Anteil der Wirtschaft an der Forschungsförderung in der EU dar: In den 1990er-Jahren entfielen laut Bundesverband der Deutschen Industrie fast vierzig Prozent der Mittel auf Unternehmen, heute sind es weniger als 25 Prozent. Soll sich die Erhöhung der Mittel auch in einer nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit niederschlagen, muss diese Lücke zwischen Markt und Forschung geschlossen werden. Die in „Horizon 2020“ vorgesehene Vereinfachung der Förderrichtlinien und die Reduzierung der Verwaltungsaufgaben könnten entscheidend dazu beitragen, den Unternehmensanteil an der Forschungsförderung wieder zu erhöhen.

Olaf Wientzek

Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro Brüssel

China: Die Erkenntnis, dass Wissen als Erfolgsfaktor für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit eine entscheidende Komponente im Entwicklungsprozess Chinas darstellt, führte zu Beginn der Reformperiode zu einem Umdenken in Politik und Gesellschaft. Bildung, die man unter Mao hauptsächlich zur politischen Indoktrinierung nutzte und die in den Köpfen der Allgemeinheit als unbrauchbar galt, wurde in den 1980er-Jahren wieder gesellschaftsfähig.

Heutzutage ist Bildung in China neben Wissenschaft und Technologie zur treibenden Kraft für Wirtschaftsentwicklung und Modernisierung geworden. Gleichzeitig ebnet sie den Weg zum sozialen Aufstieg. Der akademische Abschluss als Karrieresprungbrett sowie als Tor zu Prestige und lukrativeren Verdienstmögli-

lichkeiten steht bei Schülern und Eltern hoch im Kurs. Die Rivalität unter den Schulabgängern und der Erwartungsdruck gegenüber dem einzigen Kind sind entsprechend ausgeprägt. Strikte Lerndisziplin, lange Schultage und mangelnde Freizeit sind feste Bestandteile des chinesischen Schüleralltags. Nur wer es an eine der wenigen Eliteuniversitäten des Landes schafft, hat eine Chance auf eine gut-bezahlte Anstellung. Im Jahr 2012 bewarben sich rund 9,15 Millionen junge Chinesen auf 6,85 Millionen Studienplätze.

Um dem Nachwuchs die bestmöglichen Chancen auf ein Hochschulstudium zu ermöglichen, wird schon früh in die Ausbildung des Kindes investiert. Das Geschäft mit privaten Bildungsdienstleistungen, wie zum Beispiel bilingualen Kindergärten, floriert. Die Kommerzialisierung der Bildung kennzeichnet ein wesentliches

Defizit des chinesischen Bildungssystems, denn gute Bildung ist nur denjenigen zugänglich, die es sich leisten können. Erhebliche Diskrepanzen bezüglich Qualität und Effizienz von Bildungseinrichtungen zeugen von großer Chancenungleichheit. Besonders in den ländlichen Regionen mangelt es aufgrund fehlender Finanzierung an qualifizierten Lehrern. Hochwertige Bildungsinstitutionen und Eliteschulen sind den Großstädten vorbehalten.

Was dem Bildungssektor an finanziellen Mitteln fehlt, fließt seit gut einem Jahrzehnt in die Wissenschaft und Forschung. Hier hat China eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen und den einstigen Rückstand gegenüber den westlichen Industrienationen innerhalb kür-

zester Zeit aufgeholt. Um durchschnittlich zwanzig Prozent erhöht die Volksrepublik jedes Jahr ihre Investitionen; damit steht das Land derzeit auf Platz zwei der weltweit größten Geldgeber im Bereich Forschung und Entwicklung. Attraktive Vergütungen und prestigeträchtige Titel locken derweil hoch qualifizierte, im Ausland ausgebildete Chinesen zurück in die Heimat. Der bisherige Erfolg dieser Strategie bestärkt die chinesische Regierung in ihren Ambitionen. Potenziert sich die finanzielle Förderung von Technologie und Forschung auch in Zukunft, werden Chinas wissenschaftliche Errungenschaften auf lange Sicht an der internationalen Konkurrenz vorbeiziehen.

*Bianca Diers
Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peking*

Kolumbien: Nach einer Periode der Stagnation wird dem Bereich Wissenschaft und Forschung in Kolumbien ein wachsender Stellenwert eingeräumt. Das gilt vor allem für die Regierung, die sich in den letzten Jahren bemüht hat, wissenschaftspolitische Strategien zu entwickeln und Initiativen zur Förderung wissenschaftlicher und technologischer Bildung umzusetzen. Das heißt beispielsweise, Forschungsgruppen zu gründen sowie Stipendien und Darlehen für Postgraduiertenstudien im Ausland zur Verfügung zu stellen.

Trotzdem hat der kolumbianische Staat bis zum Jahre 2011 lediglich 0,19 Prozent des Bruttosozialprodukts in Wissenschaft, Technologie und Forschung investiert. Zum Vergleich: In Brasilien sind es immerhin 1,02 Prozent. Unter der Regierung Santos, die den Begriff der Innovation im Regierungsprogramm besonders herausstreicht, wurde ein Gesetz verabschiedet, das darauf abzielt, mittelfristig zehn Prozent der Regierungssubventionen („Regalías“) in diesen Bereich zu investieren. Im Ergebnis wird erwartet, dass ab 2013 0,5 Prozent des Bruttosozialprodukts für Wissenschaft und Forschung verausgabt werden.

Forschung findet in Kolumbien vor allem an den staatlichen Universitäten statt, wobei an der Universidad Nacional de Colombia die weitaus meisten Forschungsvorhaben durchgeführt werden. Zwischen 2002 und 2010 ist der Betrag, der in die Bildung insgesamt investiert wurde, um 66 Prozent angestiegen. Aber auch Arbeitgeberorganisationen tragen zum Wissensmanagement bei, vor allem durch Forschungszentren, die sich auf spezielle Wissenssektoren spezialisieren. In diesem Zusammenhang gilt die Koordination von Staat, Universitätsbereich und Privatsektor als eine der großen Herausforderungen.

In der Wahrnehmung der Bürger kommt der Wissenschaft und der Forschung eher eine untergeordnete Bedeutung zu. Dabei galt die Hauptstadt Bogotá lange als das „Athen Südamerikas“. Diese Sichtweise ist leider verloren gegangen. Gemäß einer offiziellen Umfrage ist für die Kolumbianer trotz des hohen Ansehens von wissenschaftlichen Berufen eine Beschäftigung in diesem Bereich nicht sehr attraktiv – unter anderem wegen der verhältnismäßig geringen Bezahlung. So beginnt ein junger Nachwuchswissenschaftler (Bachelorgrad) in einem staatlichen Forschungsprogramm mit einem Monatsgehalt von 600 Euro.

Erfreulich ist, dass Kolumbien auf den Gebieten Wissenschaft, Technologie und Forschung eine enge Kooperation mit Deutschland unterhält. So ist Kolumbien nach Brasilien und Mexiko das lateinamerikanische Land mit den meisten Auslandsstudenten in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl fast vervierfacht, in diesem Zeitraum haben insgesamt circa 9.000 Kolumbianer in Deutschland studiert. Es wird erwartet, dass diese Dynamik anhält.

*Hubert Gehring
Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bogotá*

Porträt einer verunsicherten Studierenden-generation

Zum Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte seit den 1980er-Jahren

TINO E. BARGEL

Geboren 1943 in Krakau, Soziologe und Bildungsforscher, ehemals Koeiter der Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz, und des Studierenden-survey.

Seit 1982 erfasst der „Studierendensurvey“ nicht nur die Erfahrungen der Studierenden an den Hochschulen und im Studium, sondern ebenso deren gesellschaftlich-politische Orientierungen. Alle drei Jahre werden bundesweit an Universitäten und

Fachhochschulen etwa 8.000 Studierende befragt, die eine repräsentative Auswahl der deutschen Studentenschaft darstellen. Im Wintersemester 2012/13 erfolgt bereits der 12. Studierendensurvey, womit eine beträchtliche Zeitreihe von elf Messzeitpunkten vorliegt (1982 bis 2010).

Der Studierendensurvey ermöglicht, Trends und Veränderungen zu erkennen, auch hinsichtlich der politischen Beteiligung, der Meinungsbildung, der politischen Ziele bis hin zu den demokratischen Einstellungen und Grundwerten, welche die Studierenden vertreten. Die Untersuchungsreihe wird gefördert vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMBF); durchgeführt wird der Survey von der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz.

INTERESSE UND BETEILIGUNG

Auffälligster Zug dieser Studierendengeneration ist das geringe Interesse an politischen Fragen und am politischen Handeln. Die Anteilnahme am politischen Geschehen geht bei den Studierenden, nach ihrer eigenen Auskunft, seit einigen Jahren zurück: von 54 Prozent politisch sehr stark Interessierter (1983) über 46 Prozent nach der Wiedervereinigung (1993) bis auf zuletzt 37 Prozent (2010). Die studentische Zurückhaltung betrifft auch die Mitwirkung an den Hochschulen, sei es in den Fachschaften oder in politischen Aktionsgruppen. Die Beteiligung an den dortigen Gruppen und Gremien hat sich im Laufe der Jahre abgeschwächt. Selbst in den Fachschaften, einst sozialer Kristallisationspunkt für viele, sind heute weniger Studierende aktiv. Die Arbeit der studentischen Vertretung interessiert die Hälfte der Kommilitonen überhaupt nicht. Interesse und Beteiligung an informellen Aktionsgruppen ist von 62 Prozent (1985) auf 43 Prozent (2010) gefallen.

Aber die Familie, Eltern und Geschwister, sind erstaunlich stark in der studentischen Wertschätzung gestiegen. In den 1980er-Jahren waren für 46 Prozent der Studierenden die Eltern und Geschwister sehr wichtig, dann erhöhte sich deren Stellenwert stetig, und 2010 hat dieser Anteil beachtliche 73 Prozent erreicht. Die Zunahme kann als ein Ausweis für den Rückzug in den privaten Kreis angesehen werden, um dort Zugehörigkeit und Sicherheit zu gewinnen.

GRUNDWERTE: FREUNDSCHAFT, FRIEDE, FREIHEIT

In Übereinstimmung mit dieser Haltung stehen die Werte, die die Studierenden betonen. Die größte Wertschätzung erhalten drei Grundwerte. Die Freundschaft, also gute Freundinnen und Freunde zu haben, und der Friede (kein Krieg, keine Gewalt) stufen fast drei Viertel der Studierenden als sehr wichtig ein. Ähnlich hoch geschätzt folgt als Grundwert die persönliche Freiheit, also unabhängig und entscheidungsfrei zu sein; zwei Drittel der Studierenden vertreten diesen Wert ganz vehement.

Stützen der gesellschaftlichen Bindung wie Religion und Nation sind dieser Studentengeneration fast völlig verloren gegangen. Der Grundwert von „Religiosität“, gefasst als Glaube an Erlösung, ist für sieben Prozent besonders wichtig; auf der anderen Seite verneinen 36 Prozent ganz entschieden, Religion und Glaube würde ihnen etwas bedeuten. Die Nationalität, gemeint als nationale Stärke und Behauptung, stellt für nur drei Prozent einen besonderen Wert dar; aber 85 Prozent der deutschen Studierenden wollen davon nichts wissen. Für „nationalistische Parolen“ klassischer Art ist diese Studentengeneration offenbar nicht zu haben.

Es kennzeichnet die studentische Haltung demnach, keine fertigen Muster

übernehmen zu wollen, sondern sich selektiv und wenig verbindlich für Werte zu entscheiden, zudem sind diese nicht mehr als Ausweis einer festen Zugehörigkeit zu verstehen. Die Studierenden, heute noch mehr als früher, entziehen sich weitgehend vorgegebenen, langfristigen Bindungen und Bekenntnissen, sie vermeiden Beitritt und Zugehörigkeit zu Organisationen.

MEINUNGSBILDUNG UND POLITISCHE KONZEPTE

In viel höherem Umfang antworten die heutigen Studierenden bei Fragen zu Urteilen und Zielen mit „weiß nicht“, „kann ich nicht sagen“ oder sie wählen häufiger eine mittlere Position. Solche Antworten werden entweder aus Desinteresse oder aus Unkenntnis gewählt. Sie signalisieren „Meinungslosigkeit“: Das Bemühen um politische Meinungsbildung ist unter den Studierenden geringer geworden. Entschiedene Standpunkte werden seltener eingenommen und vehemente Stellungnahmen weniger öffentlich vertreten. Sie finden oder wollen keine „Gewissheiten“.

Für die studentische Enthaltensamkeit ist auch verantwortlich, dass sie sich weithin darüber im Unklaren sind, wie die gesellschaftliche Entwicklung weitergehen soll und für was sie sich einsetzen könnten. Diese Verunsicherung wird bei den Fragen nach ihren politischen Zielen ersichtlich. So wird die „Sicherung der freien Marktwirtschaft“, die früher 58 Prozent vehement befürwortet haben, nur noch von 38 Prozent der Studierenden in starkem Maße unterstützt, ohne dass diese Zurückhaltung durch andere Konzepte aufgefangen würde. Auf theoretische Diskussionen und neuartige Konzepte, gar alternative Entwürfe lassen sich die Studierenden ungern ein. Sie bleiben Versammlungen und Veranstaltungen mit politischer Thematik und Debatte eher fern. Sich während der Studienzeit auf das Motto „Anders leben“ einzulassen, bleibt für die meisten jenseits des Vorstellungshorizontes. Das Konzept des „Alternativen“ ist den Studierenden abhanden gekommen, hat sich in Unverständnis aufgelöst. Noch in den 1980er-Jahren bildete es ein Überzeugungsbündel: Ausstieg aus den beruflichen Zwängen, Widerstand gegen die Leistungsgesellschaft, Vorrang der autonomen Selbstverwirklichung und Versuch neuer Lebensentwürfe.

Ideale, noch mehr Visionen sind den Studierenden heute weithin fremd, jedenfalls weit mehr als früheren Studentengenerationen. Sie richten sich in der Rolle des Kunden ein, verlieren damit aber an Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten. Anforderungen und Regularien werden ernster genommen und gelten als verbindlicher. Die Studierenden bemühen sich häufiger, ihnen zu folgen, um erfolgreich zu sein; sie sind zugleich aber besorgter, ob ihre Anstrengungen belohnt werden. Es ist weniger ein überzeugter „Pragmatismus“, den die Studierenden vertreten, sondern vielmehr ein „Sichdurchschlagen“ – mit ungewissem Ausgang.

Außerdem bremst ihre geringe Solidarität ein stärkeres Einlassen auf gesellschaftliche Probleme oder das Eintreten für andere. Diese nachlassende Solidarität zeigt sich beispielhaft in der Haltung gegenüber Entwicklungsländern. Deren Unterstützung gilt den Studierenden deutlich seltener als sehr wichtig: 1985 waren noch 49 Prozent entschieden dafür, 1993 dann 38 Prozent, und 2010 sind nur 30 Prozent der Studierenden davon überzeugt. Nur bei eigener Betroffenheit regt sich stärkerer Protest, der aber punktuell bleibt. Er erweist sich durchweg als „Strohfeuer“, weil er nicht konzeptuell eingebunden ist; die „Macht- oder Systemfrage“ wird schon gar nicht gestellt.

DEMOKRATISCHE EINSTELLUNGEN

Zwei Kernstücke demokratischer Prinzipien werden von den Studierenden weiterhin entschieden, nahezu einvernehmlich vertreten: zum einen die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und zum anderen der Verzicht auf Gewalt bei politischen Konflikten. Aber die Voten für Interessengruppen oder für eine kritische Oppositionsfunktion sind stark zurückgegangen. Die Elemente einer pluralistischen und kontroversen Demokratie werden viel seltener befürwortet, und zwar mit einer ersten Meinungsverschiebung nach der Wiedervereinigung, aber noch stärker im neuen Jahrtausend. Die demokratischen Haltungen der Studierenden waren Ende der 1990er-Jahre weit gefestigt, als sie sich im neuen Jahrtausend entwickelt haben. Sie zeigen mehr Uneindeutigkeiten und manche Distanzierung gegenüber wichtigen demokratischen Prinzipien. Insofern scheint die pluralistische Demokratie für mehr und mehr Studierende nicht mehr eine Errungenschaft darzustellen, zu der sie fest stehen.

Insgesamt sind die Studierenden, nimmt man alle Stellungnahmen zusammen, häufiger als „instabile Demokraten“ und weniger als „sattelfeste Demokraten“, wie noch gegen Ende der 1990er-Jahre, einzustufen. Der Anteil dieser überzeugten Demokraten hat sich von 71 Prozent auf 48 Prozent stark verringert, sie bilden nicht mehr die Mehrheit. Die Gruppe „instabiler Demokraten“ hat sich dagegen von 23 Prozent auf 39 Prozent erhöht, und auch der Kreis Studierender, die den demokratischen Prinzipien „distanziert-ablehnend“ gegenüberstehen, ist von acht Prozent auf vierzehn Prozent gewachsen.

ANGST VOR MISSEFOLG UND KONTROLLVERLUST

Obwohl die Studierenden gegenwärtig den Übergang in den Beruf überwiegend optimistisch sehen und ihre Belastung wegen schlechter Berufsaussichten deutlich geringer geworden ist, bleibt der Blick auf den Arbeitsmarkt von Unsicherheit bestimmt, vor allem was seine längerfristige Entwicklung angeht.

Offenbar wird seinen Konjunkturen nicht getraut, denn an den Universitäten, noch mehr an den Fachhochschulen, steht der Wunsch nach besseren Arbeitsmarktchancen an vorderer Stelle der Liste, wenn nach der Verbesserung der Studienbedingungen gefragt wird.

Der Blick auf die gesellschaftliche Zukunft ist bei den Studierenden weniger von Optimismus oder Erfolgszuversicht bestimmt, vielmehr sind häufig Ängste und Sorgen vorhanden. Hinsichtlich der Aufstiegschancen erwartet über die Hälfte der Studierenden (56 Prozent) eher eine Verschlechterung. Außerdem betrachten sie die Aussichten für eine Verwirklichung des Leistungsprinzips überwiegend skeptisch. Vielen erscheint es in der Gesellschaft zu wenig realisiert. Das wiegt umso schwerer, als sie sich selbst vermehrt um Effizienz bemühen und den gestellten Anforderungen genügen wollen.

Bei dieser Studentengeneration scheint die Angst vor Misserfolg größer; die Hoffnung auf Erfolg bleibt wie gelähmt. So ist die Sorge, das Studium nicht zu bewältigen, stark angestiegen, was zu erhöhtem Stress im Studium geführt hat. Befürchtungen, trotz aller eigenen Anstrengung letztlich zu den Verlierern zu gehören, haben sich in vielen studentischen Köpfen festgesetzt – im Hinblick auf den weltweiten Wettbewerb wie in der individuellen beruflichen Perspektive. Sie gewinnen den Eindruck, dass sie ihren beruflichen Weg – ebenso wenig wie die politischen Verhältnisse und Entscheidungen – ohnehin nicht oder zu wenig beeinflussen können.

„ZWEI SELEN IN DER BRUST“

Die Studierenden sind in ihren Werthaltungen weder homogen noch lassen sie sich einfach über einen Kamm scheren. Spannungen und Widersprüchlichkeiten kommen in den Stellungnahmen immer wieder vor. In der „Brust“ des einzelnen Studierenden sind viel häufiger als früher „zwei Seelen“ miteinander vereinbar, was auch als Uneindeutigkeit erscheinen kann. Die Vereinbarkeit von scheinbar Gegensätzlichem zeigt sich auffällig bei den Motiven und Kriterien: Idealistische und materielle Komponenten werden häufiger gleichzeitig vertreten, etwa idealistisch zur Verbesserung der Gesellschaft beitragen zu wollen und materiell auf Einkommen und Karriere zu achten.

Was vordem den Studierenden als unvereinbarer Gegensatz erschien, das erleben sie heute kaum als Widerspruch. Mehr und mehr Studierende vertreten Aspekte des Nützlichkeitsdenkens, aber sie zeigen zugleich auch mehr private Zuwendung, die bis zur Hilfsbereitschaft reicht. Sie halten zwar weniger von sozialer Solidarität, kümmern sich aber mehr um Familie und Freundschaft, das heißt um ein umgängliches Miteinander.

Diese Entwicklungen laufen darauf hinaus, dass zum einen weniger „ideologische Konflikte“ zwischen studentischen Gruppierungen auftreten und kaum noch Kämpfe ausgefochten werden. Das zeigt sich auch darin, dass unter den

Studierenden weniger Vertreter von „ausgeprägten Meinungsprofilen“ anzutreffen sind, die andere überzeugen oder mitreißen wollen. Im Zusammenspiel dieser beiden Elemente stellt sich als Nebeneffekt heraus: Die Studierenden lassen sich viel schwerer organisieren, für Versammlungen gewinnen oder zu gemeinsamen Aktionen bewegen.

KENNZEICHEN DER STUDIERENDEN HEUTE

Für die politischen und gesellschaftlichen Orientierungen der gegenwärtigen Studentengeneration erscheinen drei Grundzüge bestimmend und auffällig: zum Ersten das Fehlen von festen Überzeugungen und Gewissheiten, zweitens das geringe politische Interesse und öffentliche Engagement und drittens letztlich die Angst vor Misserfolg. Damit ist gemeint, dass sie sich auf Bindungen und Festlegungen weniger einlassen, Verantwortlichkeiten vermeiden und zugleich mehr Sorgen haben und Stress empfinden. Was als Kennzeichen der Studierendengeneration 2012 bei aller Ambivalenz und Vorsicht beschrieben werden kann, bewegt sich zwischen „ratlos und unsicher“ oder „besorgt und ängstlich“, aber auch „nüchtern und farblos“ oder „gleichgültig und beliebig“ mögen zutreffend sein.

Diese Haltungen können als Ausdruck von gesellschaftlichen und sozialen Verhältnissen verstanden werden, in denen durchaus akzeptierte Werte und Ziele mit den eigenen Mitteln und Ressourcen immer weniger erreichbar und erfüllbar erscheinen. Es herrscht die Ansicht vor, sich in undurchschaubaren Zusammenhängen zu bewegen. Eine „Brücke in die Zukunft“ – für Studierende zentral – ist nicht zu sehen oder endet im dichten Nebel. Dies ist mit dem Eindruck verbunden, die Kontrolle über das eigene Leben zu verlieren, durch die eigene Anstrengung und Leistung den eigenen Lebensweg immer weniger steuern zu können.

Literatur:

Bargel, Tino (2008): Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn/Berlin.

Bargel, Tino / Simeaner, Heinz (2011): Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen der Studierenden. Online-Erhebung im Rahmen des Studierendensurveys 2010, Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 63, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Ramm, Michael / Multrus, Frank / Bargel, Tino (2011): Studiensituation und studentische Orientierungen. 11. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Langfassung, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn/Berlin.

Innenansicht einer Bildungskatastrophe

Was ist faul in der „Bildungsrepublik“ Deutschland?

GERHARD WOLF

Geboren 1954 in Nürnberg, ist Germanistikprofessor an der Universität Bayreuth. Er war von 2008 bis 2012 der Vorsitzende des Philosophischen Fakultätentages, der fächerübergreifenden hochschulpolitischen Vertretung der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften an 62 deutschen Universitäten.

Die Rede von Professoren über den miserablen Bildungsstand ihrer Studienanfänger ist nicht gänzlich neu (übrigens genauso wenig die der Gymnasiallehrer über die Kenntnisse von Grundschulern oder die der Grundschullehrer über die Erziehung ihrer Schüler im Elternhaus). Dies wird gern als Teil des obligaten Statusdiskurses gesehen, mit dem sich die eine

Gruppe gegenüber den rivalisierenden Interessen anderer abzugrenzen versucht, beziehungsweise als Form des Generationskonflikts, innerhalb dessen schon in der Antike die Älteren den Jüngeren die Abkehr von den traditionellen Werten vorgeworfen haben. Aber es wäre fatal, sich durch solche argumentativen Sedativa den Blick auf den sozialen und medialen Wandel einer Gegenwart zu verstellen, in der das gesellschaftliche Einvernehmen über die überragende Relevanz der Bildung für den Wirtschaftsstandort Deutschland mehr und mehr zum Lippenbekenntnis verkommt. Diese Entwicklung wurde schon lange vorhergesehen: Bereits in den 1960er-Jahren hat Georg Picht in einer Reihe von Zeitungsartikeln prophezeit, Deutschland schlitterte aufgrund des politischen und gesellschaftlichen Desinteresses an der Bildung, der geringen Durchlässigkeit seines Bildungssystems und des Stadt-Land-Gefälles bei der Versorgung mit weiterführenden Schulen in eine Bildungskatastrophe.

Heute scheint man bereits einen Schritt weiter zu sein. Aber auch wenn der Staat das Bildungssystem massiv ausgebaut hat, liegt man noch immer unter dem OECD-Durchschnitt, ohne dass dies jemanden sonderlich kümmert: An die Klagen der Lehrer- und Professorenverbände hat man sich gewöhnt, an die der Handwerker, Unternehmer oder öffentlichen Arbeitgeber über das nachlassende Bildungsniveau von Azubis, Abiturienten und Studienabsolventen auch. Denn solange Deutschland immer noch eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt ist, scheint die Bildungskatastrophe nur Phantasmagorie zu sein, ganz abgesehen davon, dass in der Politik die Meinung vorherrscht, mit Bildungsthemen könne man wegen ihrer Langfristwirkung kurzfristig denkende Wähler nicht erreichen. Freilich werden die gegenwärtigen Erfolge nicht von den Vertretern der sogenannten Y-Generation erbracht, die jetzt an den Universitäten studiert oder diese vor Kurzem verlassen hat, und deswegen könnte ein Blick auf die professorale Einschätzung jener Studenten, die zwischen Nintendo, iPhone und Internet sozialisiert wurden, tatsächlich prognostischen Wert haben.

Ausgelöst durch das in den letzten Jahren lauter gewordene Murren in der Professorenschaft über das Bildungsniveau der Abiturienten und angesichts der Entscheidung der Kultusministerkonferenz, auf die nachlassenden Kompetenzen der Studienanfänger mit der Erarbeitung deutschlandweiter Bildungsstandards für das Abitur zu reagieren, beschloss der Philosophische Fakultätentag (PhFT), der Zusammenschluss von circa 135 geisteswissenschaftlichen Fakultäten an den deutschen Universitäten, im Herbst 2011, seine Mitglieder in einer nicht skalierten Umfrage nach ihrer Einschätzung der Studierfähigkeit ihrer Anfangssemester zu befragen, konkrete Defizite zu benennen sowie Verbesserungsvorschläge zu formulieren. Das nahezu einhellig negative Ergebnis der Umfrage, die bei den Delegierten des PhFT auf ein außergewöhnlich großes Interesse gestoßen war, überraschte zwar nicht. Beeindruckend und bedrückend zugleich waren jedoch die zahlreichen Beispiele für den Verlust an basalen Studienvoraussetzungen, wie sie im Übrigen auch durch die empirischen Umfragen von Gerhard Fritz („Was können Geschichtsstudenten?“, Stuttgart 2007 und 2012) bestätigt werden.

SCHWINDEN ELEMENTARER KOMPETENZEN

Am gravierendsten wurde von den Professorinnen und Professoren der eklatante Rückgang der Sprach-, Lese- und Schreibkompetenz, also der elementaren Grundvoraussetzungen für die Aufnahme eines geisteswissenschaftlichen Studiums, empfunden. Den Anfangssemestern fällt es heute schwer, komplexere Texte der Sekundärliteratur, wie sie seit Jahrzehnten an den Universitäten gelesen werden, zu verstehen, ihre Probleme und Widersprüche zu erkennen und dazu eine eigene Stellungnahme zu entwickeln. Bei literarischen

Texten von ästhetischem und poetischem Niveau werden Bilder, Metaphern, Symbole und Wortfiguren genauso wenig identifiziert wie angesichts eines immer kleiner werdenden aktiven Lektürekanons intertextuelle Bezüge noch gesehen und verstanden werden. Auf einem ähnlichen Rückzug befindet sich das historische und geografische Basiswissen. Nun lasen sich auch vor dreißig Jahren die Studierenden ihren Lektürekanon oft erst im Studium an. Aber während man sich zur Beantwortung der in Lehrveranstaltungen auftauchenden Fragen erst in die Bibliothek bequemen und dort mühselig, aber doch mit viel intellektuellem „Beifang“ zu einer Antwort durcharbeiten musste, suggeriert heute die Datenflut des Internets, man habe mit wenigen Klicks eine Antwort auf nahezu jede beliebige Frage. Das ubiquitäre Wissen suggeriert fälschlicherweise, man müsse es sich nicht erst aneignen – Studium fast ohne Anstrengung, lautet folglich die Verheißung.

Zwar wird in den Seminararbeiten nicht einfach plagiiert, sie bestehen dafür aber oft nur noch aus Zitaten und Paraphrasen. Auf der Strecke dieser akademischen Unkultur bleiben die Entwicklung eines eigenen Standpunktes und die kritische Distanz zur Sekundärliteratur. Wissenschaft erscheint in den Augen der Studienanfänger als Informationssammlung. Referatsthemen zur Biografie einer historischen Persönlichkeit oder eines Schriftstellers sind besonders nachgefragt, weil man hier vermeintlich „nur“ Daten präsentieren muss. Dies ginge noch, wenn wenigstens sorgfältig recherchiert werden würde.

So ist es keine Seltenheit mehr, dass man in einer Hausarbeit mit der Wiedergabe von Sekundärliteratur aus der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts konfrontiert wird, die der Student als aktuellen Forschungsstand aufgefasst hat, weil der Text im Internet stand. Ebenso werden Texte aus sozialistischen Literaturgeschichten rezipiert, ohne dass deren ideologischer Standpunkt erkannt worden wäre. Werden eigene Sätze gestaltet, erschweren dem Korrektor Grammatik- und Syntaxfehler das Textverständnis erheblich. Rechtschreibschwächen sind in diesem Szenario noch das geringere Übel, zumal sie bei der Verwendung von Rechtschreibprogrammen auch nur dort auffallen, wo diese an Polysemen und Homonymen scheitern.

Weitere häufiger genannte Monita aus der Umfrage waren fehlende Bereitschaft, fremdsprachliche (auch englische) Texte zu lesen, mangelhafte Vertrautheit mit religiösem (was war Pfingsten?) und kulturellem Brauchtum, unzureichende Rechen- (in den empirisch arbeitenden Sozialwissenschaften von erheblichem Nachteil) und Musikkennntnisse sowie insgesamt eine fehlende Neugier an den eigenen Studiengegenständen.

STEIGENDE INTELLIGENZ, SINKENDES BILDUNGSNIVEAU

In einigen der Antworten aus dem Kollegenkreis wurde der Verdacht geäußert, die geschilderten Defizite seien das Problem der Geisteswissenschaften,

die als relativ „weich“ gelten und daher die am wenigsten geeigneten Studierenden anzögen, wogegen sich intelligentere Studenten den Natur-, Ingenieur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit ihren sichereren Berufsaussichten zuwendeten. Weit gefehlt! Nachdem das Umfrageergebnis im Sommer 2012 in die Öffentlichkeit gelangt war, erhielt der PhFT eine Fülle von Zuschriften aus dem Bereich ebendieser Disziplinen, in denen Kolleginnen und Kollegen, Personalbeauftragte und Selbstständige haarsträubende Beispiele für das Fehlen jener Grundkompetenzen bei ihren Studenten beziehungsweise Berufsanfängern nannten. Deswegen ist es an der Zeit, das Bildungsniveau von Studienanfängern in einer fächerübergreifenden, empirisch und statistisch abgesicherten Untersuchung zu erheben. Auf der Basis einer solchen Untersuchung wären auch die Ursachen für den Kompetenzverlust zu erforschen. Denn heute ist man zwar mit Begriffen wie dem der „digitalen Demenz“ rasch bei der Hand, müsste sich jedoch hier auch mit dem Argument auseinandersetzen, dass der durchschnittliche Intelligenzquotient der Jugendlichen nicht sinkt, sondern steigt.

STILLHALTEABKOMMEN ZWISCHEN STUDENTEN UND DOZENTEN

Einem anderen Vorwurf aus der öffentlichen Diskussion über die Umfrage des PhFT werden sich die Geisteswissenschaften, aber nicht nur sie, ebenfalls stellen müssen: Wenn denn schon in ihren Fächern völlig unzulänglich vorgebildete oder ungeeignete Studenten anzutreffen seien, warum lösten sie das Problem nicht entweder durch rigide Eingangsprüfungen oder studienbegleitende Modulprüfungen. Studieneingangsprüfungen sind freilich juristisch schwer durchzusetzen, weil sie das Versprechen der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung durch das Abitur unterlaufen. Modulprüfungen könnte man zwar entsprechend gestalten, aber nachdem die Universitäten in Zeiten des *new public management* inzwischen weitgehend dem Prinzip der Ökonomie unterliegen, wird man als verantwortlicher Fachvertreter zweimal überlegen, ob man sich niedrigere Studentenzahlen im Hinblick auf die Kapazitätsberechnung und das eigene Stellenportfolio leisten kann – eine Überlegung vor allem jener Fächer, die wenig Chancen haben, durch die Einwerbung von namhaften Drittmitteln Reputation bei ihrer Hochschulleitung zu erwerben. Da zudem Prüfungswiederholer einen erheblichen Arbeitsmehraufwand verursachen, kommt es zu einem unausgesprochenen Stillhalteabkommen zwischen Dozenten und Studenten, wobei sich das Gros der Studenten das Durchwinken in Prüfungen erkauft, indem sie die Dozenten möglichst wenig bei der Forschung und bei der Arbeit mit den zehn Prozent Hochbegabten behelligen. Ein solcher Stillhaltepakt ist wahrscheinlich in den Massenfächern oder bei den drittmittelstarken Naturwissenschaften seltener anzutreffen, aber selbst in einem notorisch schwierigen Fach wie Mathematik schließen 82 Prozent der universitären

BA-Absolventen mindestens mit der Note „gut“ oder besser ab. Dies ergab eine kürzlich erstellte Untersuchung des Wissenschaftsrates. Wer jedoch ohnehin Aussicht auf gute Abschlussnoten hat, wird sich im Studium nicht übermäßig anstrengen. Nur wenn Prüfungen wieder zwischen den Studenten differenzierten, könnten sie Arbeitsanreize setzen.

URSACHE: DIE LEHRE WIRD ABGEWERTET

Maßgeblich für die bestehende Misere ist laut Umfrageergebnis die Unterausstattung der universitären Lehre. Hier aber ist die Universität in einem Circulus vitiosus verfangen: Dazu müsste sie Geld investieren, das ihr dann bei der Forschung und den Drittmittelbemühungen fehlte. Da die Universität die negativen Folgen ausbleibender Drittmittel unmittelbar zu spüren bekommt, die Kosten für defizitäre Lehre aber von der Gesellschaft getragen werden müssen, investieren Hochschulleitungen lieber in die Forschung und befinden sich damit im Konsens mit einem gesellschaftlichen Diskurs, der die universitäre Lehre gering achtet. Dies wurde in den letzten Jahren evident, als die zur Verbesserung der Lehre eingeführten Studienbeiträge in den Bundesländern sukzessive wieder abgeschafft wurden. Wenn es noch eines empirischen Beweises bedurft hätte, dann wäre er in der kürzlich geführten Diskussion und im Ergebnis des bayerischen Volksbegehrens zur Abschaffung der Studiengebühren erbracht worden. Implizit wurde hierbei auch darüber entschieden, ob die aufgrund der eingerichteten Studienbeitragsstellen gute Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden künftig wieder auf den miserablen Stand vor deren Einführung zurückgeführt werden sollte. Bezeichnenderweise interessierte die Initiatoren des Volksbegehrens die nun anstehende Verschlechterung der Studienbedingungen gar nicht und von den Studentenorganisationen hat allein der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) massiv darauf hingewiesen, dass die Studierenden hier an dem Ast sägen, auf dem sie später sitzen wollen. Demgegenüber konnten die Initiatoren des Volksbegehrens mit Fug und Recht auf die „Inkompetenzkompensationskompetenz“ der meisten Menschen vertrauen und darauf, dass in Deutschland eine allgemeine „Schnäppchenmentalität“ dominiert und es aus einem verbreiteten alten Anti-Eliten-Affekt heraus ohnehin vielen nicht einleuchtet, warum Studenten besonders gut ausgebildet werden sollen.

Bildung zum Nulltarif verspricht jedoch wenig Reputation – weswegen private Anbieter akademischer Ausbildung viel Geld dafür verlangen können –, weil sich in unserer Gesellschaft der Wert einer Ware über deren Preis definiert. Insofern ist zu vermuten, dass sich auch weiterhin die Professoren über die mangelnde Studierfähigkeit der Abiturienten und das mangelnde Interesse ihrer Studenten erregen werden – ebenso wie die Arbeitgeber über die Defizite ihrer frisch eingestellten Universitätsabsolventen.

„Wilder Hasard“?

Die wissenschaftliche Laufbahn in Deutschland und Amerika

CORNELIS MENKE

Geboren 1973 in Kiel, Diltthey-Fellow der VolkswagenStiftung, Abteilung Philosophie der Universität Bielefeld, Sprecher der Jungen Akademie an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina.

Vor bald einhundert Jahren stellte Max Weber in seinem Vortrag über „Wissenschaft als Beruf“ die „plutokratische“ Universitätslaufbahn in Deutschland der „bürokratischen“ in den Vereinigten Staaten gegenüber und resümierte hinsichtlich der „äußeren Bedingungen des Gelehrtenberufs“ in Deutschland: „Das akademische

Leben ist ... ein wilder Hasard.“ Ob man je nicht nur für, sondern auch von der Wissenschaft leben könne, hänge in der Wissenschaft mehr als anderswo von glücklichen Zufällen ab, und guten Gewissens könne man niemandem raten, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Webers Resümee wird auch heute noch immer wieder zitiert, obwohl sich die Laufbahnen in den Vereinigten Staaten wie in Deutschland verändert haben. Ein Vergleich ist jedoch auch heute instruktiv.

In den Vereinigten Staaten stellt schon die Entscheidung zu promovieren eine erste Entscheidung für eine wissenschaftliche Laufbahn dar. Zwar bleibt nur weniger als die Hälfte der Promovierten längerfristig an Universitäten,

doch ist der Anteil erkennbar höher als in Deutschland. An die Promotion schließt sich häufig und zumal in den Naturwissenschaften eine kurze Phase von wenigen Jahren als *Postdoctoral Researcher (Postdoc)* an, die als Mitglied einer Arbeitsgruppe an einer Forschungsuniversität verbracht wird und dazu dient, die eigenen Kenntnisse zu erweitern und das eigene Forschungsprofil zu schärfen. Grundsätzlich aber berechtigt die Promotion dazu, sich an allen Universitäten außer der, an der man promoviert wurde, auf Stellen als *Assistant Professor* zu bewerben. Diese Stellen bilden die sogenannte *Junior Faculty*; sie sind auf meist sechs Jahre befristet, aber der *Senior Faculty* – den unbefristet beschäftigten Professoren – in den Aufgaben gleichgestellt. In der Regel sind Stellen als *Assistant Professor* mit einer Tenure-Track-Option ausgestattet, die es ermöglicht, nach einer formalen Evaluation gegen Ende der Laufzeit in eine unbefristete Stelle als *Associate Professor* übernommen zu werden; die Evaluation kann dabei an Forschungsuniversitäten durchaus anspruchsvoll sein, die Evaluationskriterien sind allerdings transparent. Nach meist weiteren sechs Jahren besteht die Möglichkeit eines Aufstiegs zum *Full Professor*.

In Deutschland beginnt die Universitätslaufbahn eigentlich erst *nach* der erfolgreichen Promotion; kaum jeder zwanzigste Promovierte verbleibt längerfristig an der Universität. Die Zahl der jährlich abgeschlossenen Promotionen übersteigt die der Professuren an Universitäten, wenngleich auch nur gering. Darin drückt sich zum einen aus, dass in Deutschland vergleichsweise viele Studienabgänger promovieren (wie viele genau, ist unbekannt, bekannt ist nur die Zahl der abgeschlossenen Promotionen); zum anderen spiegelt sich in dieser Zahl wider, dass die Promotion nicht immer mit Blick auf eine Universitätslaufbahn begonnen wird – im Fachbereich Chemie etwa ist sie sogar Voraussetzung zum Einstieg in außeruniversitäre Berufe.

Die Promotion gilt nicht als Lehrbefähigung; diese wird durch den Nachweis „weiterer wissenschaftlicher Leistungen“ erbracht. Der traditionelle Nachweis besteht in der Habilitation als Assistent oder Mitarbeiter an einem Lehrstuhl. Neben die Habilitation sind im letzten Jahrzehnt mit der Juniorprofessur und der Nachwuchsgruppenleitung weitere mögliche Laufbahnen getreten.

Die Juniorprofessur ist eine auf sechs Jahre befristete Professur; eine erfolgreiche Zwischenevaluation nach drei Jahren gilt als Nachweis habilitationsäquivalenter Leistungen. Mit ihrer Einführung im Jahre 2002 verband sich unter anderem die Zielsetzung, dem akademischen Nachwuchs eine frühe Selbstständigkeit zu ermöglichen, das durchschnittliche Erstberufungsalter zu senken. Zudem sollte durch die Möglichkeit von Tenure-Track-Optionen – der Möglichkeit der Übernahme auf eine unbefristete Professur – nach amerikanischem Vorbild die Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren gesteigert werden. Diese Ziele wurden nur teilweise erreicht: Der Grad der Selbstständigkeit schwankt; Juniorprofessoren sind bei Auslaufen der Stelle nicht wesentlich jünger als habilitierte Forscher; nur ein kleiner Anteil der

Juniorprofessuren verfügt über eine Tenure-Track-Option. Die Zahl von Juniorprofessuren stagniert auf einem niedrigen Niveau.

Nachwuchsgruppen an Universitäten sind drittmittelgeförderte Forschungsprojekte, die auf meist fünf Jahre befristet sind; 1996 legte die VolkswagenStiftung erstmalig ein entsprechendes Förderformat auf. Sie sollten ebenfalls eine frühe wissenschaftliche Selbstständigkeit und zugleich den Aufbau einer eigenen Arbeitsgruppe ermöglichen. Eine Tenure-Track-Option besteht für Nachwuchsgruppenleiter an Universitäten nicht.

Die akademischen Laufbahnen in den Vereinigten Staaten und Deutschland unterscheiden sich in mehreren, teilweise miteinander zusammenhängenden Punkten. Beide Länder kennen ein formales Berufungsverfahren, wobei dieses in den Vereinigten Staaten nach der Promotion, in Deutschland nach der Habilitation (beziehungsweise äquivalenten Leistungen) stattfindet. Dem deutschen Hausberufungsverbot entspricht in Amerika die Forderung, nicht den eigenen Nachwuchs zu berufen.

MEHR ODER WENIGER PLANBAR

In den Vereinigten Staaten wie in Deutschland fällt die Entscheidung über den Verbleib auf einer unbefristeten Stelle vergleichsweise spät (anders als etwa in Frankreich oder Großbritannien). Wenn man also konstatiert, in Deutschland sei die wissenschaftliche Laufbahn weniger planbar als in Amerika, so ist dies weniger dem Unterschied zwischen einem Habilitations- und einem Tenureverfahren geschuldet, sondern dem Umstand, dass in Amerika das Berufungsverfahren der Entscheidung über eine unbefristete Anstellung vorausgeht: In den Vereinigten Staaten gilt die Promotion als hinreichende Qualifikation für eigenständige Forschung und Lehre, in Deutschland hingegen schließt sich eine weitere Qualifikationsphase an.

Der Unterschied zwischen der Bewährung als Forscher und der Qualifikation zum Forscher spiegelt sich in der Zahl der Wissenschaftler auf den verschiedenen Qualifikationsstufen wider. Mehr als vier Fünftel des wissenschaftlichen Personals in den Vereinigten Staaten sind Professoren, die meisten davon entfristet; daneben gibt es eine geringere Zahl von Wissenschaftlern auf drittmittelfinanzierten Forschungsstellen. (*Postdocs* werden – als nur kurzzeitig beschäftigte (Gast-)Wissenschaftler – in der Statistik nicht erfasst.)

In Deutschland hingegen stellen Professoren weniger als ein Fünftel des Personals; ihnen stehen mehr als viermal so viele Assistenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und sogenannte Lehrkräfte für besondere Aufgaben gegenüber, von denen nur ein kleiner Teil unbefristet beschäftigt ist. Wenn man bedenkt, dass Professuren bei einem durchschnittlichen Erstberufungsalter von über vierzig Jahren für einen Zeitraum von etwa 25 Jahren besetzt bleiben, lässt sich leicht erkennen, dass das Verhältnis von Nachwuchsforschern zu

Professuren in Deutschland deutlich ungünstiger (für die Nachwuchsforscher) ist. Es ist vor allem dieses im Vergleich zu den Vereinigten Staaten ungünstigere Verhältnis von befristeten zu unbefristeten Stellen an Universitäten, in dem sich die größere Unsicherheit der universitären Laufbahn ausdrückt; die Einrichtung zusätzlicher befristeter Stellen im Rahmen der Exzellenzinitiative hat dieses Verhältnis in den vergangenen Jahren noch einmal merklich verschoben. Die Zahlen differieren allerdings je nach Fachgebiet stark.

Dass diese Lage von vielen als unbefriedigend empfunden wird, ist bekannt; sie beeinflusst die Attraktivität einer wissenschaftlichen Laufbahn in Deutschland gegenüber Karrieren außerhalb der Wissenschaft, aber auch gegenüber einer wissenschaftlichen Karriere im Ausland. Besonders für Frauen stellt sich die Frage, ob sich eine wissenschaftliche Karriere mit einer Familiengründung vereinbaren lässt, und die immer noch geringe Anzahl von Professorinnen in Deutschland resultiert auch daraus, dass viele Frauen diese Frage für sich verneinen: Es werden zwar mehr Frauen auf eine Professur berufen, als ihrem Anteil an den Bewerbungen entspräche, zugleich aber weniger, als es angesichts ihres Anteils an berufungsfähigen Forschern zu erwarten wäre.

NICHT ANZIEHEND GENUG

Eine nicht geringe Zahl von Nachwuchswissenschaftlern verlässt Deutschland. Ein Indikator für die Attraktivität Deutschlands als Forschungsstandort ist das Ergebnis der Förderentscheidungen des Europäischen Forschungsrats (*European Research Council – ERC*) bei der Vergabe von Fördermitteln für jüngere Wissenschaftler (*ERC Starting Grants*) und etablierte Wissenschaftler (*ERC Advanced Grants*) – etwa zwei Drittel der Bewilligungen entfallen dabei auf *Starting Grants*. Betrachtet man die Herkunftsländer der Geförderten, liegt Deutschland an erster Stelle; betrachtet man hingegen die Länder, in denen die beantragten Forschungsvorhaben durchgeführt werden, findet sich Deutschland auf dem dritten Platz nach Großbritannien und Frankreich. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass Forschern in Deutschland attraktive Alternativen zur Beantragung von *ERC Grants* zur Auswahl stehen, belegt diese Diskrepanz, dass viele gute Wissenschaftler aus Deutschland das Land verlassen haben, Deutschland aber umgekehrt nicht im gleichen Maße Forscher aus dem Ausland anzieht.

Man muss aber nicht nur fragen, ob das Laufbahnsystem gut für (jüngere) Wissenschaftler ist, sondern auch, ob es gut für die Wissenschaft ist – wenngleich beides nicht unabhängig voneinander ist. Für das deutsche System wird angeführt, es diene der Bestenauslese, und es ist nicht unplausibel, zu vermuten, dass sich nach einer langen Qualifikationsphase die Leistung von Wissenschaftlern besser beurteilen lässt als kurz nach der Promotion. Zwar

deuten die Erfolge des amerikanischen Wissenschaftssystems nicht darauf hin, dass eine frühe Auswahl notwendig schlechter sein muss. Doch wenn man auswählt, muss es einen Überschuss an Bewerbern geben, damit man tatsächlich eine Wahl hat, und insofern könnte es sinnvoll sein, dass wenigen Professuren eine größere Zahl von Mitarbeiterstellen gegenübersteht.

Doch die Auswahl ist bei einem Berufungsverfahren oft nicht so groß, wie man meinen könnte. Erstens ist ein Teil potenzieller Kandidaten nicht mehr in der Wissenschaft (oder nicht mehr in Deutschland). Zweitens – und nicht weniger wichtig – bedeutet eine späte Auswahl auch eine Einschränkung der Zahl der potenziellen Bewerber, denn in Frage kommen nur Forscher, die einerseits schon berufungsfähig, andererseits aber noch nicht zu alt sind, um berufen zu werden. Hinzu tritt drittens in Deutschland ein Umstand, der die Auswahl nochmals einschränkt: Anders als in den Vereinigten Staaten werden Professuren häufig mit einem sehr spezifischen Profil – einer besonderen Forschungsrichtung, bestimmten Schwerpunkten – ausgeschrieben, aber zugleich mit der Anforderung versehen, „das Fach in seiner Breite“ vertreten zu können. Dies war früher oft durch den Wunsch bedingt, den Schwerpunkt einer Professur bei der Neubesetzung fortzuführen. Heute wird dieser Anspruch oft durch die Anforderung begründet, sich in institutionelle Schwerpunkte einzufügen.

OFFEN UND FLEXIBEL BERUFEN

In den Vereinigten Staaten können Professuren offener ausgeschrieben werden. Zum einen können Professuren ohne Spezifizierung der Stellung ausgeschrieben und je nach der Erfahrung des erfolgreichen Kandidaten als *Assistant Professor*, *Associate Professor* oder *Full Professor* besetzt werden; zum anderen lassen Ausschreibungen häufig die genaue Spezialisierung und die Forschungsschwerpunkte offen. Diese Art der Ausschreibung ermöglicht es, aus einer großen Zahl von potenziellen Bewerbern auswählen zu können, ohne dass es dafür einer vergleichbar großen Zahl von Nachwuchsforschern wie in Deutschland bedürfte. Zugleich ermöglicht dies Wissenschaftlern, sich auf weniger etablierte Forschungsrichtungen zu spezialisieren, ohne befürchten zu müssen, später nicht in ausgeschriebene Stellenprofile zu passen. Universitäten können umgekehrt umso leichter spezialisierte Forscher berufen und dennoch die Fächer breit vertreten, je höher der Anteil und damit die Zahl von Professuren auf einem Gebiet ist.

Die wissenschaftliche Laufbahn und die Personalstruktur amerikanischer Universitäten einerseits und die Offenheit und Flexibilität der Berufungen andererseits hängen zusammen; von beidem kann man lernen.

Wonach Studierende streben

Vier individuelle Perspektiven

Vom Promovieren träumen: Ich stellte mir vor, eine Promotion sei die Kür nach dem Studium. Endlich ausgestattet mit reichlich Forschungsgeldern und eingebettet an den Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Sie ist das Karrieresprungbrett und die ersten Jobangebote liegen bereits auf dem Tisch. Wer muss sich bei diesen Aussichten noch eigenständig bewerben? Eine zügige Promotion ist der Traum schlechthin.

Szenenwechsel, zurück in die Wirklichkeit. Ich habe nicht gezielt darauf hingearbeitet. Vielmehr hat es sich in der Phase der Masterprüfungen so ergeben. Seit knapp zwei Jahren lese ich nun auf meinem Studentenausweis: „Angestrebter Abschluss: Promotion, Studienfach: Politische Wissen-

schaft“. Statt üppige Forschungsgelder einzustreichen, zahle ich weiterhin meinen Semesterbeitrag. Von wegen Kür – es ist die Verlängerung meines Studiums.

Ich bin Promotionsstudent und, zugegeben, als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung in einer sehr glücklichen Lage. Denn so genieße ich das Privileg, vollständig meiner Neugierde nachzugehen und forschen zu dürfen zu einer Fragestellung meiner Wahl. „Sicherheit als Kultur in Israel“ lautet mein Arbeitstitel, und die materialisierten Abgrenzungen in Form von Mauern oder Zäunen sind die Forschungsgegenstände. Jedoch wird deren Relevanz beschränkt, denn die Wissenschaft bleibt in der Universität und findet immer weniger Gehör in der Gesellschaft und in der politischen Landschaft.

Die eingangs erträumte Schnittstelle fehlt, und die Universitäten scheinen darüber hinaus noch keinen Mechanismus gefunden zu haben, um auf neue Einflüsse von außen zu reagieren. Rege Diskussionen über Plagiate setzten fast zeitgleich mit dem Beginn meiner Promotion ein. Teilweise wohl gerechtfertigt, größtenteils wohl eher nicht. Doch wirkt sich die öffentliche Auseinandersetzung, angeführt von anonymen und mehr als fragwürdigen Ad-hoc-Zusammenschlüssen im virtuellen Raum des Internets, auf den Wert meines angestrebten Abschlusses aus. Das wissenschaftliche Qualitätsmerkmal eines Dokortitels leidet unter diesen Entwicklungen, und von einem Karrieresprungbrett außerhalb der Universitäten mag man derzeit wohl lieber nicht sprechen. Doch genau das sollte den Universitäten zu denken geben und jene intensiv beschäftigen, die stattdessen Dissertationen aus den 1970er-Jahren anhand der gegen-

wärtigen Maßstäbe erneut prüfen wollen. Erschöpft sich die Auseinandersetzung innerhalb der Universitäten etwa schon allein in solchen Reaktionen auf den Druck von außen? Oder muss sie nicht aus eigenem Antrieb heraus diesem Aushöhlungsprozess Einhalt gebieten? Ein längerer Forschungsaufenthalt in Jerusalem wird den wissenschaftstechnischen Bereich um die Komponenten Forschung, Praxis und Lehre erweitern. Das ist die eigentliche Ergänzung zu meinem Masterabschluss und im Hinblick auf meine beruflichen Perspektiven von entscheidender Bedeutung. Diese Qualitäten müssen von den Universitäten verstärkt in die aktuellen Diskussionen eingebracht werden, denn sie sind der wahre Türöffner für spätere Bewerbungsgespräche. Eine Reduzierung von qualifizierender Promotionsbegleitung auf Plagiatsprüfung, so wichtig das Thema auch erscheinen mag, greift zu kurz.

*Simon Falke, geboren 1981 in Trier,
Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung
im Fach Politische Wissenschaft*

Pflegewissenschaft ... und was macht man da so? Das neue Studienfach der Pflegewissenschaften geht darauf aus, neues Wissen in und über die Pflege zu generieren und es in die Pflegepraxis zu übertragen. Forschungsfragen erwachsen aus Erfahrungen in der eigenen beruflichen Praxis (als Krankenschwester) und aus den sich wandelnden Erfordernissen der Gesellschaft. Derzeit wird beispielsweise darüber diskutiert, wie der Pflegebedürftigkeitsbegriff so definiert werden kann, dass die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen in ihm berücksichtigt werden. Es geht aber auch um die Erfassung von Schmerzen bei Menschen mit Demenz, die sich selbst nicht mehr äußern können, um Bewegungsförderung bei

Altenheimbewohnern, um Gesundheitsförderung von pflegenden Angehörigen oder darum, wie eine häusliche Pflegesituation so stabilisiert werden kann, dass die Verlegung in ein Heim zu verhindern oder hinauszuzögern ist.

Pflegewissenschaft kann man in Deutschland erst seit knapp zwanzig Jahren studieren. Im Ausland ist das Fach schon seit rund hundert Jahren etabliert, zum Beispiel in Großbritannien oder den USA. Inzwischen gibt es die Studiengänge Pflegewissenschaft, Pflegepädagogik und Pflegemanagement an circa siebzig Hochschulorten in Deutschland. Universitär ist die Pflegewissenschaft nur an wenigen Orten verankert.

Ich selbst hatte das große Glück, nach dem Abitur 2001 und dem Krankenpflegeexamen 2004 am Department für Pflegewissenschaft der Fakultät für Gesundheit an der Universität Witten/Herdecke studieren zu können. Die Universität wird als das „pflegewissenschaftliche Mekka“ in Deutschland bezeichnet und bot damals den ersten universitären Studiengang dieser Art (seit 1996) an. Ich begann mein Studium im Oktober 2004 mit dem Ziel, den Abschluss als Bachelor of Science in Nursing zu machen. Mein Forschungsinteresse war auch durch mein politisches Interesse bedingt. Entsprechend befasste ich mich in meiner Bachelorarbeit mit dem „Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklungen im Gesundheitswesen“.

2007 schloss ich mein Bachelorstudium ab und wechselte in den dreisemestrigen Masterstudiengang, in dem die zuvor angerissenen Forschungsmethoden vertieft und eingeübt wurden. Das Besondere war, dass wir Studierenden durch Forschungswerkstätten (*Evidence-based Nursing Projects*) die Gelegenheit bekamen, in konkreten Studien mitzuarbeiten, um so alle Projektschritte kennenzulernen.

In meiner Masterarbeit beschäftigte ich mich mit dem Thema „Pflegende als politische Akteure“ und interviewte Landtags- und Bundestagsabgeordnete, die selbst eine Pflegeausbildung absolviert hatten. Die darauf folgende Promotion gab mir wiederum Gelegenheit, mich mit dem politischen Interesse von beruflich Pflegenden auseinanderzusetzen. In der Arbeit geht es nicht um politisch tätige Pflegende, sondern um „ganz normale“ Pflegende und ihre Anknüpfungspunkte zur Politik.

Seit Abschluss der Promotionsförderung bin ich an der Universität Witten/Herdecke als Wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Forschungsprojekt „Quartiersnahe Unterstützung pflegender Angehöriger“ – kurz „Quart-UpA“ – tätig.

*Tanja Segmüller, geboren 1982 in Wuppertal,
ehemalige Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung,
seit Ende Februar 2013 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der
Universität Witten/Herdecke im Fach Pflegewissenschaft*

Integriert, aber nicht angekommen:
Meine persönlichen Erfahrungen
beziehe ich aus den Hochschulbil-
dungssystemen zweier europäischer
Länder: aus Bosnien-Herzegowina und
aus Deutschland.

Als ich mich Ende des Jahres 2002 entschloss, das Studium an der Universität Sarajevo abzubrechen und nach Deutschland zu wechseln, war ich nicht sicher, welche Veränderungen auf mich zukommen würden. Der Wille, ein stark vom Klientelismus bestimmtes Bildungssystem zu verlassen, überwog die zu erwartende Ungewissheit. Für meinen Entschluss war auch die Bindung zu Deutschland, die sich während meines Flüchtlingsaufenthalts von 1992 bis 1997 entwickelt hatte, entscheidend. In Deutschland angekommen, war ich zunächst völlig überrascht von der reflektierenden und offenen Kommunikation zwischen Dozenten und Studenten. Neu für mich war auch die Möglichkeit, sich im Masterstudiengang durch Wahlfächer selbst einen Schwerpunkt schaffen zu können. Als geschichtliche Ironie erschien mir der einfache Zugriff auf Literatur im Gegensatz zu den Möglichkeiten in Sarajevo: 1992 wurde dort der Zugang zur weltbekannten Nationalbibliothek Vijećnica durch die Kriegseinwirkungen auf Dauer zerstört.

Die Nutzung der Vorteile des deutschen Bildungssystems ist jedoch vor allem mit finanziellen Hürden verbunden für jemanden, der weder Deutscher noch EU-Bürger, also nicht BAföG-berechtigt ist: Das heißt, sich zuerst Gedanken über existenzielle Grundbedürfnisse machen zu müssen. Erst danach kann man sich dem Studium widmen. Bei der Bewältigung dieser Schwierigkeiten half es mir,

mich an meine Herkunft zu erinnern; sie spornte mich zum Erfolg des Studiums und zur Optimierung meiner Berufschancen an. Die Finanzierung des Studiums ist mit gesetzlichen Einschränkungen verbunden. Das Studentenvisum gestattete es nach Paragraph 16 Aufenthaltsgesetz, 120 Tage im Jahr für den Lebensunterhalt zu arbeiten. Die Verlängerung des Visums ist mit Anspannung verbunden, auch bei hervorragenden Studienleistungen.

Unter diesen Bedingungen, bei denen man einerseits durch das Studium beansprucht wird und andererseits hofft, dass der Aufenthalt verlängert wird, gelang mir der Studienabschluss mit überdurchschnittlichen Noten. Wie sollte es aber weitergehen? Der Abschluss der Hochschulausbildung durch die Promotion erschien mir als gute Option. Damals wie heute stehen Fragen zur Finanzierung meines wissenschaftlichen Vorhabens im Raum. Nach meiner Aufnahme in die Deutsche Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Frage der Finanzierung für mich vorerst geklärt. Zum ersten Mal in meiner wissenschaftlichen Laufbahn habe ich die Möglichkeit, mich voll und ganz dem (Promotions-) Studium zu widmen. Meine sprachliche und kulturelle Integration kann ich wohl als geglückt betrachten. Das Gefühl, angekommen zu sein, kann ich aufgrund meines rechtlichen Status und der damit verbundenen Probleme dennoch nicht entwickeln. Nach meinen bisherigen Erfahrungen fürchte ich, dass ich auch nach meiner Promotion behördlich und rechtlich nicht als „Kandidat für eine vollwertige Mitgliedschaft“ in der deutschen Gesellschaft anerkannt sein werde.

*Kerim Kudo, geboren 1981 in Gorazde (Bosnien-Herzegowina)
Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung im
Fachbereich Europapolitik und Europäische Integration*

Wie sich eine Berufsperspektive konkretisiert: Neue berufliche Perspektiven eröffnete mir ein Kurs während meines Masterstudiums, der sich mit strategischer Verhandlungsführung befasste. Während dieses Kurses lernten wir Teilnehmer in stetig komplexer werdenden Simulationen Techniken zwischenmenschlichen und internationalen Handelns. Das Masterstudium hat mein Interesse an der Verhandlungsdiplomatie geweckt, dem ich in der Promotion vertieft nachgehe. Anhand des Themas „Die Rolle und Strategie der Europäischen Union in multilateralen Verhandlungen“ untersuche ich, wie erfolgreich Europa in seinen Außenbeziehungen verhandelt.

Ich habe das Glück, am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg ideale Bedingungen vorzufinden. Die intensive Begleitung durch meinen Doktorvater sowie der regelmäßige Austausch über die Forschungsergebnisse in einem Doktorandenkolloquium sind hilfreich. Weiterhin trägt zu der positiven Konstellation bei, dass die vielen Interviews, welche die Fallstudien meines verhandlungsstrategischen Themas erfordern, mich dazu zwingen, den vermeintlichen akademischen Elfenbeinturm wieder und wieder zu verlassen. Die Bereitschaft auch höchster politischer und administrativer Vertreter der Bundes-, Europa- und UN-Ebene, ausführliche Gespräche zu führen, ist erstaunlich. Die natürliche Schwellenangst hat sich infolge dieser Erfahrungen verflüchtigt.

Durch die regelmäßige persönliche Begegnung mit der Verhandlungswelt kann ich gleichfalls prüfen, ob meine berufliche Perspektive, in der Verhandlungsdiplomatie zu wirken, tatsächlich meinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Heute weiß ich, dass eine Tätigkeit als Mittler von Interessen deutlich eher meiner Person entspricht, als dies ein Verhandeln für eine Partei je sein könnte.

Die entscheidende Frage lautet für mich: Ist das, was ich tue, echt? Echt nicht nur im Sinne originärer Forschungsbeiträge, sondern und vor allem im Sinne der Authentizität. Die Konfrontation mit anderen Forschungsprojekten ist eine ständige Versuchung, andere zu kopieren oder deren Weg nachzuahmen. Nichts spricht dagegen, von anderen zu lernen. Noch mehr spricht allerdings dafür, dem einmal eingeschlagenen Weg treu zu bleiben. Denn: Es gibt für jeden Forscher einen einzigartigen wissenschaftlichen Weg.

*Andreas Isensee, geboren 1982 in Bonn,
Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung
im Fach Internationale Beziehungen*



„Man muss dafür glühen ...“ ?

Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Arbeit unter Gleichstellungsaspekten

JUTTA DALHOFF

Geboren 1958 in Recklinghausen, seit 2006 Leiterin des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung, GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln.

Die Unterrepräsentanz von Wissenschaftlerinnen in den Führungspositionen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird unter anderem auch dem allgemein postulierten Erfordernis der 100-prozentigen Verfügbarkeit von Wissen-

schaftler(inne)n zur Erfüllung ihrer Aufgabe zugeschrieben. Das Selbstverständnis dieser Berufsgruppe trägt dem Spannungsverhältnis zwischen Erwerbstätigkeit und Berufung nach wie vor Rechnung, wie die Aussage „Man muss dafür glühen ...“ in einer aktuellen Untersuchung der Technischen Universität Dortmund zeigt (www.zhb.tu-dortmund.de/hd/mobile_dropouts). Andererseits wachsen die Widerstände von Nachwuchswissenschaftler(inne)n, sich diesem Diktat zu unterwerfen.

Annette Schavan hat 2008 in dieser Zeitschrift konstatiert: „Wissenschaft braucht den Menschen ganz. Fest steht aber auch: Wissenschaft und Forschung brauchen ganze Menschen“ (Nr. 459, Februar 2008). Sie folgerte daraus, dass die Forschungsstrukturen einer besseren Organisation bedürften, um die Verschiedenheit von Lebensentwürfen besser unterstützen zu können.

WAS PASSIERT WISSENSCHAFTSPOLITISCH?

Seitdem sind fünf Jahre vergangen, in denen wichtige Maßnahmen von Bund und Ländern ihre Wirkungen entfaltet haben: Offensive für Chancengleichheit, Professorinnen-Programm des Bundes und der Länder, Hochschulpakt 2020, forschungsorientierte Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Pakt für Forschung und Innovation, Zielquoten-Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK).

Insgesamt haben diese Programme in den wissenschaftlichen Einrichtungen eine positive gleichstellungspolitische Dynamik entfaltet, die es weiter zu stabilisieren und auszubauen gilt. Gemeinsam ist diesen Programmen allerdings auch, dass sich die darin vereinbarten Ziele und Vorgehensweisen als zu wenig verbindlich und ihre Erreichung als zu wenig überprüfbar herausgestellt haben, wie etwa ein Rechtsgutachten von Susanne Baer konstatiert (www.bmbf.de/pub/massnahmenfoerderung_chancengleichheit_wissenschaft.pdf). Diese Erkenntnis spiegelt sich in den aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrates wider: „Die gleichstellungspolitischen Ziele sind konkreter als 2006 zu formulieren, überprüfbarer zu strukturieren und mit organisationsinternen finanziellen Anreizen auszugestalten“ (www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2218-12.pdf).

GENDER PAY GAP

Der Frauenanteil an den Professuren in Deutschland hat sich über alle Besoldungsgruppen und Fächer hinweg in der Dekade 2000 bis 2010 insgesamt von 10,6 Prozent auf 19,2 Prozent erhöht, die vier außeruniversitären Forschungsorganisationen Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und Leibniz-Gemeinschaft (WGL) wiesen in ihren Führungspositionen im selben Zeitraum eine Steigerung von 5,7 Prozent auf 11,3 Prozent auf (www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-29-Chancengleichheit.pdf). Vor dem Hintergrund der langjährigen, zahlreichen und vielfältigen Gleichstellungsbemühungen von Bund und Ländern können diese Steigerungsraten nicht befriedigen. Bei gleichbleibendem Tempo würden sie bedeuten, dass erst gegen Ende dieses Jahrhunderts eine Geschlechterparität an deutschen Hochschulen eintreten würde. Hinzu kommt, dass bei einer genauen Analyse des GWK-Datenmaterials durchaus auch negative Details und Tendenzen zutage treten.

Herausgenommen seien hier nur die Differenzen bezüglich des Frauenanteils bei den aktuell sechs möglichen Besoldungsstufen für Hochschulprofessuren. Die Zahlen aus dem Jahr 2010 geben Aufschluss darüber, wie sich der Gesamtanteil von Frauen – 19,2 Prozent (absolute Zahl: 7.769) – verteilt:

C-4-Professuren besetzen Frauen mit 10,6 Prozent, W 3 mit 19,0 Prozent, C 3 mit 15,2 Prozent, W 2 mit 25,0 Prozent, C 2 mit 21,1 Prozent und W 1 mit 37,8 Prozent.

Prozentual ist der in der vergangenen Dekade gestiegene Frauenanteil in den Besoldungsgruppen wesentlich höher, die 2006 eingeführt wurden und im Grundgehalt geringer bezahlt werden (W3, W2 und W1). Die W-Besoldung verstärkt daher paradoxerweise die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern, den sogenannten *gender pay gap* bei wachsendem Frauenanteil. Frauen kommen zu einem Zeitpunkt verstärkt in solche Führungspositionen, deren Dotierung und Reputation sinken. Sogar die raren Spitzenpositionen in der Wissenschaft bieten also keine außergewöhnlichen Verdienstperspektiven für Nachwuchswissenschaftler/-innen (mehr).

WAS TUN?

In der aktuellen Situation muss Gleichstellung als strategische Aufgabe in den wissenschaftlichen Einrichtungen verankert werden. Es sollten möglichst konkrete Entscheidungen getroffen werden; im Vordergrund steht dabei Folgendes:

Die Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sollten über das Jahr 2013 hinaus in der übergeordneten Zuständigkeit der DFG verbleiben, um die hohe Reputation dieser Wissenschaftsorganisation für das Gleichstellungsthema zu nutzen. Die Standards sollten im Rahmen des Umsetzungsprozesses qualitativ weiterentwickelt und die Förderentscheidungen der DFG – auch im Rahmen der Exzellenzinitiative – an die Bewertung der Umsetzung der Gleichstellungskonzepte gebunden werden. Außerdem ist der Beschluss gefasst worden, das Professorinnen-Programm von Bund und Ländern von 2013 bis 2017 weiterzuführen, um der positiven Evaluation seiner grundlegenden gleichstellungsfördernden Impulse Rechnung zu tragen und die nachhaltige Wechselwirkung mit den DFG-Gleichstellungsstandards fortzuführen (siehe Karin Zimmermann, www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_6_2012.pdf).

Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollten dazu verpflichtet werden, flexible, am Kaskadenmodell orientierte verbindliche Zielquoten zu implementieren. Ihre Einführung und Überprüfung muss transparent sein, und Misserfolge bei der Zielerreichung sollten in der regulären Mittelzuweisung angemessen berücksichtigt werden. Das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (*Center of Excellence Women and Science* – CEWS) hat zu dieser Empfehlung ein ausführliches Positionspapier mit konkreten Umsetzungsvorschlägen vorgelegt (www.gesis.org/cews/fileadmin/cews/www/download/CEWS-Position-Quote_2-12.pdf). Der Monitoring-Bericht 2010 des Paktes für Forschung und Innovation hält fest, „dass aktive Rekrutierungsbemühungen und Zielquoten für die forschungsorien-

tierte Förderung von Frauen unverzichtbar sind und die Anwendung des Kaskadenmodells – Orientierung an der Frauenquote in der jeweils darunterliegenden Qualifikationsstufe – bei der Besetzung von Beschäftigungspositionen unbedingt erforderlich ist“ (GWK-Page siehe oben, Heft 23). Auch der Wissenschaftsrat kommt 2012 auf dieses unbedingte Erfordernis zurück, nachdem er sich bereits in seinen Empfehlungen 1998 für Zielquoten nach dem Kaskadenmodell ausgesprochen hat.

Die Beschäftigungsbedingungen für Wissenschaftler/-innen unterhalb der Beschäftigungskategorie Professur müssen verbessert werden, um eine bessere Planbarkeit der Karrierewege zu gewährleisten. Das bedeutet im Einzelnen, dass mehr unbefristete Stellen für promovierte Wissenschaftler/-innen geschaffen werden sollten, die Laufzeiten von befristeten Arbeitsverträgen zu verlängern sind und vermehrt Tenure-Track-Modelle angeboten werden sollten. Dem *gender pay gap* im Wissenschaftsbereich sollte durch eine transparente Professorenbesoldung, die Einführung eines Wissenschaftstarifvertrags und die angemessene Ausstattung von Sonderprogrammen entgegengewirkt werden. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat die umfassenden Erfordernisse eines attraktiven Arbeitsplatzes Wissenschaft im Jahr 2012 im sogenannten Herrschinger Kodex vorgelegt (www.gew.de/Binaries/Binary92222/Bro_Hersch_Kodex_web.pdf).

Aktive Rekrutierungsbemühungen durch die Wissenschaftsorganisationen sollten die Maßnahmen ergänzen.

WORK-LIFE-BALANCE

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) hebt Ende 2012 in seiner Publikation *Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben als Voraussetzung für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt* folgende Feststellungen besonders hervor:

- Nach wie vor nutzen hauptsächlich Frauen den Anspruch auf Elternurlaub.
- Das festgelegte EU-Ziel von Barcelona eines mindestens 33-Prozent-Anteils von Kindern unter drei Jahren, die sich in formeller Betreuung befinden, wird von der Mehrzahl der Mitgliedstaaten immer noch verfehlt.
- Die Prozentsätze einer formellen Betreuung von pflegebedürftigen älteren Personen – stationär, semistationär oder zu Hause – sind niedrig.

Alle drei Schlussfolgerungen aus europaweiten Untersuchungen gehen auch in Deutschland vor allen Dingen zulasten der Chancengerechtigkeit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen würden in Deutschland eine zwischen Männern und Frauen gleichmäßigere Aufteilung von Betreuungsaufgaben und der Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglichen. Dieser Weg zur besseren Vereinbarkeit von Wissenschaft und Elternschaft wird aber auch in Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus unterschiedlichen Gründen noch nicht in

zufriedenstellendem Umfang beschritten. Es gilt deshalb, die Rahmenbedingungen sukzessive zu erweitern und verbindlicher zu gestalten.

Allgemein gesellschaftspolitisch bedeutet das: Das familienpolitische Instrument der Elternzeit hat zu ersten Veränderungen hinsichtlich der gleichmäßigeren Verteilung der Betreuungsarbeit zwischen Müttern und Vätern geführt; diese Entwicklung sollte durch geeignete politische Initiativen weiter vorangetrieben werden. Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen – insbesondere für unter Dreijährige – sollte wie geplant weiter forciert und gefördert werden. In wissenschaftlichen Einrichtungen muss dabei den besonderen Belangen von wissenschaftlichen Beschäftigten und studierenden Eltern Rechnung getragen werden – unter Wahrung angemessener Qualitätsstandards. Das bereits in Kraft getretene Gesetz zur Familienpflegezeit sollte weiterentwickelt werden, um flexiblere Arbeitszeitregelungen mit einem Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und Rückkehr in den Beruf zu gewährleisten. Zudem sollte die pflegebedingte Auszeit nicht allein von den Arbeitnehmer/-innen finanziert werden müssen, wie es bisher der Fall war.

Die familienpolitische Komponente des Wissenschaftszeitvertrages (§ 2 Absatz 1 Satz 3 WissZeitVg) wird in der Praxis nach wie vor zu selten genutzt; die bisher optionale Regelung sollte in einen Rechtsanspruch der beschäftigten Wissenschaftler/-innen auf Vertragsverlängerung umgewandelt werden, um ihnen und den wissenschaftlichen Einrichtungen eine sichere Rechtsgrundlage zu bieten. Außerdem sollten der Ausfall oder die Teilzeittätigkeit von Mitarbeiter/-innen in einem befristeten Drittmittelprojekt aus familiären Gründen – Mutterschutz, Elternzeit und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger – durch eine einheitliche Regelung für alle Zuwendungsgeber entsprechend den Standards der bestehenden DFG-Regelungen gesetzlich vorgegeben werden. Das Work-Life-Balance-Konzept muss allerdings weit über familienfreundliche Maßnahmen hinausgehen und zum Beispiel auch Aspekte des lebenslangen Lernens, altersgerechter Arbeitsgestaltung und der Gesundheitsprävention berücksichtigen, um Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Mitarbeiter/-innen während einer ganzen Lebensspanne attraktiv zu machen. Grundlegend müssen sich vereinbarkeitsrelevante Einstellungen von Vorgesetzten, Mitarbeiter/-innen und Studierenden hin zu größerer Geschlechtergerechtigkeit verändern und in der Folge diesbezügliche Verhaltensmodifikationen im Arbeitsalltag verfestigt werden. Die wissenschaftliche Arbeitspraxis sollte ein ausgewogenes Verhältnis von Berufs-, Familien- und individuellem Privatleben im Interesse aller Beteiligten ermöglichen. Erst wenn die geschlechtergerechte Teilhabe an Führungspositionen in der Wissenschaft erreicht ist, die Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler/-innen grundlegend verbessert sind, ihre Karriereperspektiven berechenbarer sind und eine gute Balance zwischen ihrem Berufs- und Privatleben gewährleistet ist, könnten wir auf „ganze Menschen“ zählen, die in der Lage und willens sind, in Wissenschaft und Forschung kontinuierlich sehr gute Arbeit zu leisten.

Das Ziel fest im Auge

Das Deutschlandstipendium fördert Leistung und Engagement

NIKOLAUS RISCH

Geboren 1949 in Lemgo, Präsident der Universität Paderborn und Vorsitzender der Stiftung Studienfonds OWL.

Betrachtet man die deutsche Stipendienkultur im internationalen Vergleich, so wird schnell deutlich, dass es hierzulande noch einen großen Nachholbedarf gibt.

In den USA beispielsweise ist ein Stipendienwesen bereits seit Jahren etabliert; ein Großteil der Studierenden wird dort durch Stipendien unterstützt. Die Förderung junger Talente durch Unternehmen aus der Wirtschaft, aber auch durch Privatpersonen oder Alumni ist dort keine Seltenheit und ermöglicht oft erst die Aufnahme eines Studiums. Es ist richtig, dass sich dies nun auch in Deutschland – gerade in Zeiten des Fachkräftemangels – ändern soll. Hier hat die Bundesregierung den Grundstein für die Entwicklung einer neuen Stipendienkultur gelegt. Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg dieses Programmes ist, dass die Förderung von talentierten jungen Menschen hierzulande als eine dringende gesellschaftliche Aufgabe anerkannt wird und neben den Hochschulen auch Gesellschaft und Politik dazu bereit sind, sich für Bildung zu engagieren. Eine Stipendienkultur, in der die Spitzenkräfte von morgen Unterstützung finden können und für ihre sehr guten Noten und ihre harte Arbeit im Studium belohnt werden, stellt unbestritten eine langfristige

Investition in die Zukunft Deutschlands dar. Auf diese Weise können wirtschaftliche Entwicklung und Innovationskraft langfristig gestärkt werden, denn die Studierenden erhalten so Anreize, ihr Studium weiter erfolgreich zu betreiben.

Am Beispiel der Stiftung Studienfonds OWL, einer gemeinsamen Stiftung der fünf staatlichen Hochschulen in Ostwestfalen-Lippe, wird schon heute deutlich, welche Vorteile sich für die beteiligten Partner ergeben: Stipendiaten erhalten finanzielle, persönliche und berufliche Entwicklungsförderung. Förderer bieten ein ideelles Förderprogramm mit Seminaren, Workshops und beruflichen Perspektiven. Sie tragen zur langfristigen Bindung der Stipendiaten als Arbeitnehmer und engagierte Bürger bei und schaffen somit auch einen Mehrwert für die Region. Die Hochschulen profitieren durch die Erhöhung der Attraktivität des Studienortes und steigern somit ihre allgemeine Reputation. Das Programm der Stiftung zeigt, wie gut die ideelle Förderung funktioniert und zur Persönlichkeitsentwicklung und Berufsfindung beitragen kann. Bereits 900 Stipendiatinnen und Stipendiaten hat die Stiftung seit ihrer Gründung im Jahr 2006 hervorgebracht. Viele von ihnen sind heute in der Region tätig.

WEITER LEISTUNGSBEGRIFF

Auch das Deutschlandstipendium wird diese Erfolge zeigen: Durch das Stipendienprogramm werden Studierende, deren Werdegang herausragende Leistungen in Studium und Beruf erwarten lässt, mit 300 Euro im Monat gefördert. Sie erhalten neben der finanziellen Unterstützung durch den engen Kontakt zu ihren Förderern eine intensive Betreuung, etwa in Mentorenprogrammen oder Patenschaften. Das neue Bündnis aus zivilgesellschaftlichem Engagement und staatlicher Förderung soll mittelfristig bis zu acht Prozent aller Studierenden an deutschen Hochschulen zugutekommen. Der Leistungsbegriff, der dem Stipendium zugrunde liegt, ist bewusst weit gefasst: Gute Noten und Studienleistungen gehören ebenso dazu wie die Bereitschaft, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, oder das erfolgreiche Meistern von Besonderheiten im eigenen Lebens- und Bildungsweg. Darunter fallen zum Beispiel Engagement in Vereinen, die Erziehung eigener Kinder, die Pflege von Angehörigen oder die Mithilfe im elterlichen Betrieb. Entscheidend sind auch herausragende Leistungen in der Schule oder im Studium sowie Auszeichnungen und Preise, wie beispielsweise eine Auszeichnung des Bundeswettbewerbs „Jugend forscht“. Es geht bei dem Deutschlandstipendienprogramm nicht nur um die Studienfinanzierung, sondern auch darum, Studierende zu ermutigen, ihr Ziel weiterhin fest im Auge zu behalten – und das mit finanzieller und ideeller Unterstützung.

Die Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten das Stipendium für

mindestens zwei Semester und höchstens bis zum Ende der Regelstudienzeit unabhängig von ihrem eigenen oder dem Einkommen ihrer Eltern. Eine verlässliche Förderung ist während der gesamten Studienzeit ebenso gewährleistet wie ein intensiver Kontakt mit Förderern und Mentoren über die gesamte Studienzeit hinweg.

Das Deutschlandstipendium bietet einen neuen Ansatz und ist eine wichtige zusätzliche Säule, die die bestehenden Studienfinanzierungsmöglichkeiten sinnvoll ergänzt. Dass das einkommensunabhängige Fördergeld zusätzlich zu den BAföG-Leistungen vergeben wird und die Mittel nach dem BAföG und das Deutschlandstipendium als zwei sich ergänzende Programme gewertet werden, bei denen die geförderten Studierenden beide Fördermöglichkeiten gleichzeitig ohne Abschläge in Anspruch nehmen können, sorgt vielfach für Kritik. So wird immer wieder gefragt, warum nicht lieber solidarisch das BAföG erhöht werde, anstatt das Geld punktuell in die Förderung besonders begabter Studierender zu stecken. Auch die Frage nach sozialer Gerechtigkeit wird dabei laut. Betrachtet man die BAföG-Thematik jedoch genauer, so fällt auf, dass die für das Deutschlandstipendienprogramm zur Verfügung stehenden Mittel kaum eine spürbare Erhöhung des BAföG auslösen könnten.

MEHRWERT DURCH BINDUNGEN, MOTIVATION UND NETZWERKE

2011 wurden laut Erhebung des Statistischen Bundesamtes insgesamt 643.578 Studierende durch BAföG gefördert, wobei der finanzielle Aufwand dafür 2.269.706 Euro betrug. Vergleicht man dies mit den für das Deutschlandstipendienprogramm aufgewendeten Mitteln – 2011 wurden 5.375 Stipendien vergeben, dafür wurden laut Statistischem Bundesamt 3.427.986 Euro aufgewendet, zudem unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Hochschulen beim Fundraising mit einer Akquisepauschale von sieben Prozent der maximal einzuwerbenden Mittel –, so wird deutlich, dass eine Erhöhung des BAföG um diesen Betrag für die einzelnen Geförderten nur einen kaum merklichen Unterschied darstellen würde. Dies gilt auch unter der Bedingung, dass die Zahl der zu vergebenden Deutschlandstipendien in den nächsten Jahren gesteigert werden soll. 2012 hat sie sich bereits auf rund 11.000 geförderte Studierende mehr als verdoppelt, zum kommenden Wintersemester 2013/14 soll die Quote der zu vergebenden Stipendien (diese wird gemessen an der Anzahl der Studierenden pro Hochschule) auf 1,5 Prozent erhöht werden. Demgegenüber bieten die Stipendien einen großen Mehrwert an Bindungen, Motivation und Netzwerken, die zu besseren Studienbedingungen und Studienergebnissen führen.

Die bereits nach einem Jahr rasant angestiegene Zahl verdeutlicht zudem, dass sich das Deutschlandstipendium bereits an den Hochschulen etabliert hat. Der Kritik, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht genutzt und somit verfallen würden, wurde bereits entgegengewirkt: Ungenutzte Mittel können auf Länderebene an andere Hochschulen umgeleitet werden, die die eigentliche Höchstquote an zu vergebenden Stipendien eigentlich schon erreicht haben. Diese Umverteilung zeigt auch die flexible Gestaltung des Stipendienkonzepts, das eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen möglich macht.

NACHHALTIGES INVESTMENT

Das Konzept des Deutschlandstipendiums besticht zudem dadurch, dass eine Hälfte der Stipendiengelder aus Mitteln des Bundes und die andere Hälfte aus Privatmitteln finanziert wird und der Zusammenhalt und die Vernetzung zwischen Hochschulen und Gesellschaft deutlich gestärkt werden. Der Austausch zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Wirtschaft und Wissenschaft kann Türen öffnen und neue Möglichkeiten ergeben. Neben den Stipendiatinnen und Stipendiaten wird die gesamte Hochschule von den neu entstandenen Kontakten profitieren. Bereits viele Unternehmen, Stiftungen und Privatpersonen beteiligen sich am Deutschlandstipendium und schaffen so mit ihrem Geld ein nachhaltiges Investment; sie fördern die Entwicklung junger Talente und leisten damit einen wichtigen Beitrag gegen den wachsenden Fachkräftemangel. Zudem bekommen sie die Möglichkeit, bereits früh an potenzielle Fachkräfte heranzutreten und sich als Arbeitgeber zu präsentieren.

Für den Aufbau eines Stipendienwesens in Deutschland ist die Einführung des Deutschlandstipendiums ein Schritt in die richtige Richtung. Jeder erhält die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und sich als Förderer für Bildung und junge Talente von morgen zu engagieren, während diese dabei unterstützt werden, ihre Potenziale zu entfalten. Unbezahlbar sind zudem die neuen Impulse, die beide Seiten durch den persönlichen Austausch gewinnen können. Somit entsteht eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Inzwischen bieten schon zwei Drittel der deutschen Hochschulen das Deutschlandstipendium an, rund hundert konnten 2012 die entsprechenden Mittel einwerben und die Förderhöchstquote von 1,0 Prozent zugunsten ihrer Studierenden ausschöpfen. Zukünftig erkennen sicherlich noch weitere Hochschulen sowie potenzielle Förderer die Chancen des Stipendienprogramms. Das Deutschlandstipendium ist auf dem besten Wege, eine Erfolgsgeschichte zu werden.

Engagierte Bürger sollt ihr sein!

Warum Politische Stiftungen Begabte fördern –
eine Standortbestimmung

FRANK MÜLLER

Geboren 1964 in Bonn, leitet die Abteilung Studienförderung der Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Die Universität sieht sich im 21. Jahrhundert mit neuen und schwer überschaubaren Herausforderungen konfrontiert, doch verharrt sie in ihrem Denken und ihren Methoden im 19. Jahrhundert.“ Mit diesem harten

Urteil wirbt die Körber-Stiftung für eine ihrer Studien, die der 2012 verstorbene Wissenschaftstheoretiker Yehuda Elkana zusammen mit Hannes Klöpper verfasst hat.¹ „Engagierte Bürger“ solle die Universität ausbilden, sie auf die globalen Fragen der Zukunft vorbereiten, vernetztes Denken vermitteln, kurz: Die Universität solle – und das so rasch wie möglich – ihre intellektuelle Krise überwinden.

Die Ergebnisse der Studie sind nicht unbedingt neu, aber sie treffen oft genug den Kern der Sache. Die Umsetzung ihrer Empfehlungen könnte einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lehre leisten. Eines aber können diese Empfehlungen nicht: Universitäten wie Studierende davor bewahren, dass sie sich ihrer – unteilbaren – politischen Verantwortung entziehen.

Neue Curricula, eine neue Didaktik, vernetztes Lernen in Kleingruppen, der gezielte Einsatz digitaler Technologie, die abgestimmt wird auf die unterschiedlichen Aufgaben der Wissensvermittlung, des Feedbacks durch die Lehrenden und des Austauschs der Lernenden untereinander – all das ist im Wettbewerb um hoch qualifizierte Fachkräfte – oder plakativ: im „Kampf um die besten Köpfe“ – überlebensnotwendig. Auf das ebenso überlebensnotwendige Engagement in der Zivilgesellschaft können die Hochschulen nicht auch noch hinreichend vorbereiten.

GRENZEN DER HOCHSCHULEN

Gegenwärtig erleben wir einen Studentenboom, auf den die Universitäten und Hochschulen nicht eingerichtet sind. Inflationsbereinigt stehen den Universitäten pro Studierenden heute sechs Prozent weniger Mittel zur Verfügung als noch im Jahr 2000. Bei den Fachhochschulen beträgt der Rückgang sogar 18 Prozent. Es mag immerhin möglich sein, dass neue Vermittlungsformen die deutliche Verschlechterung des Betreuungsverhältnisses halbwegs kompensieren helfen. Ein Aufbruch zu neuen Ufern wird angesichts dieser Rahmenbedingungen nicht gelingen.

Austausch ist die konstitutive Voraussetzung für die Ausbildung zum engagierten Bürger. Immer mehr Universitäten jedoch entwickeln sich förmlich zu Absenzhochschulen. Das betrifft keineswegs nur die Zunahme der Immatrikulationen an den Fernhochschulen; auch dort verändert es den Charakter der Ausbildung, wo Hochschulen sich angesichts zunehmender Überfüllung gezwungen sehen, auf die Anwesenheit ihrer Studierenden zu verzichten. Zu glauben, der Austausch von Lehrenden und Studierenden ließe sich ohne eine Verbesserung der Ressourcensituation auf digitale Netzwerke verlagern, ist illusorisch. Die gezielte Vernetzung erfordert Steuerung und Begleitung – mithin ein höheres Engagement aller Beteiligten. Sie bleibt *eine* – zweifellos unverzichtbare – Form der Vermittlung, die gleichwohl den unmittelbaren persönlichen Austausch nie vollständig wird ersetzen können, einen Austausch, der einen entscheidenden Vorteil bietet: die Ausbildung von Verlässlichkeit im Umgang von Menschen untereinander, ohne die niemand bereit ist, für andere Verantwortung zu übernehmen.

Schließlich: So wichtig neue Curricula sind – auch sie müssen erarbeitet und laufend angepasst werden. Schon jetzt lässt sich an unseren Hochschulen eine Tendenz zu selbstreferenziellem Arbeiten und zu symbolischen Maßnahmen beobachten. Evaluierungen, so notwendig sie sein mögen, um das eigene Tun an Zielen auszurichten, fordern ihren Preis: Zeit und Personal. Beides aber haben die Hochschulen nicht.

Allein die Ausstattung der Hochschulen ist kaum geeignet, in Euphorie zu verfallen, wenn es darum geht, zum „engagierten Bürger“ auszubilden; mehr noch unterliegt die Vorstellung, die Institution Universität sei der geeignete Ort für diese Aufgabe, einem Missverständnis. Die Übernahme von Verantwortung in der demokratischen Zivilgesellschaft setzt die Vermittlung von Werten, setzt Persönlichkeitsbildung voraus.

Bei der Vermittlung gibt es in einer pluralistischen Gesellschaft jedoch kein Monopol; niemand kann für sich beanspruchen, den allein selig machenden Weg zur Wahrheit zu kennen. Es geht also um den Wettbewerb von Ideen und Lösungsvorschlägen; ständig muss – oft ein mühsames Unterfangen – um Kompromisse gerungen werden. Diesen Wettbewerb zu organisieren, ist nicht Aufgabe der Hochschulen.

Wollen wir uns die Möglichkeit bewahren, verschiedene Interessen und Lebensstile zuzulassen, dann lässt sich die Ausbildung zum „engagierten Bürger“ nicht in Curricula fassen. Überfordern wir die Hochschulen nicht! Die Orte dieser Aufgabe sind andere: Es sind die Begabtenförderwerke, die neben der finanziellen Unterstützung eine ideelle Förderung anbieten.²

DIE WAHL DER „PASSENDEN DENKFABRIK“

Grundvoraussetzung für zivilgesellschaftliches Engagement in der pluralistischen Gesellschaft ist die Möglichkeit, zwischen Alternativen zu wählen – eine bewusste Entscheidung darüber zu treffen, mit wem die oder der Einzelne zusammenarbeiten möchte. Die Entscheidung für eine Universität orientiert sich – sofern überhaupt möglich – an anderen Maßstäben: Für die heutige Generation der Studierenden stehen die Verwertbarkeit und der konkrete Nutzen von Erfahrungen an erster Stelle.

Anders die Auswahl des Förderwerks: Der Bewerbung soll eine bewusste Entscheidung vorausgehen, welches Werk am besten „passt“, wo die eigenen Überzeugungen die größtmögliche Resonanz finden. Die Wahl haben, gleichwohl nicht wahllos entscheiden – das ist eine erste Voraussetzung für die Teilhabe am Gemeinwesen und für die Übernahme von Verantwortung.

Fällt die Wahl dabei auf das Förderwerk einer politischen Stiftung wie das der Konrad-Adenauer-Stiftung, so erwartet die Studierenden – im Falle eines erfolgreichen Auswahlverfahrens – zudem die Infrastruktur einer weltweit operierenden „Denkfabrik“ und damit eine Art institutioneller Einladung zum Mitdenken und Handeln.

IDEELLE FÖRDERUNG KANN PRÄGEN

Das entscheidende Stichwort ist schon gefallen: die ideelle Förderung. In der Konrad-Adenauer-Stiftung speist sie sich aus der individuellen Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten durch die Referentinnen und Referenten der Begabtenförderung, aus der Kooperation der Stipendiatinnen und Stipendiaten in den Hochschulgruppen und mit den eigens berufenen Vertrauensdozenten. Im Mittelpunkt des ideellen Förderangebotes steht ein umfangreiches, interdisziplinär ausgerichtetes Seminarprogramm. Es dient nicht nur der Wissensvermittlung, sondern der Vermittlung von Werten und der Persönlichkeitsbildung. Gefördert werden Persönlichkeiten, keine Karrieren; Lernort ist die Kleingruppe. Es kommt darauf an, die Sprech- und Argumentationsfähigkeit der Stipendiaten auch zu Themen zu gewährleisten, die jenseits der eingeschlagenen Studienrichtungen liegen. Das bedeutet nicht, dass die Entwicklung der Fachkompetenz aus dem Blickfeld geraten darf, sie muss vielmehr fortwährend begleitet werden. So bilden in der Konrad-Adenauer-Stiftung die bis zu zweimal jährlich stattfindenden Hochschulortgespräche in einem strukturierten Verfahren den Fortschritt der Stipendiaten im Studium, aber eben auch die Entwicklung des politischen oder gesellschaftlichen Engagements und die Teilhabe und Mitwirkung in der Hochschulgruppe ab. Sensibilisiert wird in diesen Gesprächen für Vertiefungen oder Korrekturen – eine besonders wichtige Aufgabe bei angehenden Erstakademikern und bei Studierenden mit Migrationshintergrund.

Dass die unabhängige Evaluierung des ideellen Programms, mit der das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Förderwerke seit 2008 kritisch unter die Lupe genommen hat,³ diesen ein ausgesprochen gutes Zeugnis ausstellt, ist hilfreich, aber kein Grund auszuruhen. Schließlich gilt es, einer zunehmenden Unzufriedenheit in unserer Gesellschaft mit einem angeblich defizitären demokratischen System Herr zu werden.

AN RAHMENBEDINGUNGEN ORIENTIEREN

Ideelle Förderung im einundzwanzigsten Jahrhundert muss sich daher an folgenden Rahmenbedingungen orientieren:

Erstens: Die Ausbildung von Stipendiaten zu „engagierten Bürgern“ setzt beiderseitige Zielvereinbarungen voraus. Stipendien sind nicht Instrument einer Gnadenerteilungspraxis, die sich am Wohlergehen des Einzelnen orientiert. Sie sind vielmehr Ergebnis eines an eindeutig definierten Anforderungen orientierten Auswahlverfahrens, das bereits eine Entwicklungssper-

spektive abbilden muss, die anschließend kontinuierlich begleitet wird. Auf diese Perspektive hat nicht nur die Gesellschaft ein Anrecht, die Stipendien mit Steuermitteln finanziert, sondern auch der Stipendiat, der – will er sich auf die Übernahme von Verantwortung vorbereiten oder sie weiter ausbauen – sich auf die Infrastruktur der unterstützenden Institution verlassen können muss. Zielvereinbarungen können nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn in ihnen *gemeinsame* Ziele auf der Grundlage dafür benannter Voraussetzungen festgehalten werden.

Zweitens: Angesichts einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen, die Partizipation ermöglichen oder anregen, reicht es nicht, lediglich auf diese Möglichkeiten zu verweisen und eine Beteiligung zu fordern beziehungsweise zu kontrollieren. Eine fördernde Institution muss vielmehr die Frage beantworten, welchen Zielen demokratische Teilhabe aus ihrer Sicht dient und welche Instrumente sie dafür bevorzugt. Diese Instrumente sind im Umgang mit den Geförderten selbst einzusetzen.

Kurz: Politische Stiftungen müssen ihren Stipendiaten mittels aktiver Beteiligungsmöglichkeit vermitteln, welches Bild von Demokratie sie haben, wenn sie die Begriffe Bürgergesellschaft, Zivilgesellschaft und Partizipation verwenden. Das reicht weit über die Vermittlung theoretischer Grundlagen im Seminarprogramm oder über die bilaterale Betreuung hinaus. Die Zusammenarbeit mit den Vertretungskörperschaften der aktiven und der ehemaligen Stipendiaten ist Teil dieses Auftrags, sie müssen daher kontinuierlich in die Gestaltung der Förderung einbezogen werden und müssen sich umgekehrt aber auch einbeziehen lassen. Wichtig sind feste Regeln, die zugleich der Gefahr einer Selbstselektion vorbeugen. Partizipation stirbt, falls der Eindruck entsteht, dass sie instrumentalisiert wird oder lediglich der Information über andernorts getroffene Entscheidungen dient.

Drittens: Da die Hochschulen ihre Angebote immer stärker fächerübergreifend organisieren und die Grenzen der Fakultäten und der einzelnen Fachbereiche häufig überschreiten, darf sich das Seminarprogramm eines Begabtenförderwerks heute weder an der klassischen Form der universitären Wissensvermittlung noch am Prinzip des Studium Generale orientieren. Das gilt sowohl für Themen wie Personen. Gefragt sind ein inhaltlich strukturiertes und erläutertes Gesamtprogramm mit aufeinander abgestimmten Teilbereichen, fest umrissene – mittels Teilnehmerevaluierung überprüfbare – Lernziele sowie Seminarleiter, die über den geistigen Standort des Förderwerks jederzeit Auskunft geben können, dessen Demokratiebild „leben“ und durch die Kombination von Seminarleitung und individueller Betreuung Identität stiften. Nur wer alle Fähigkeiten in einer Person vereint, kann der „beste Kritiker“ seiner Stipendiaten sein. Ohne eine solche Vorbildfunktion wird die Aufforderung, Verantwortung in der und für die Gesellschaft zu übernehmen, nicht oder nur bedingt Früchte tragen.

Viertens: Stipendiaten brauchen nicht nur ihre Förderwerke, Förderwerke brauchen auch ihre Stipendiaten und ihre Altstipendiaten. Die Einbindung eigener wissenschaftlicher Expertise der Stipendiaten sowie ihrer Erfahrungen im Umgang mit neuen Formen und Methoden der Wissensvermittlung ist auch für die Arbeit eines Begabtenförderwerks beziehungsweise einer politischen Stiftung von großem Wert. „Kreativ voneinander lernen“ – so könnte das Motto zukünftiger Wissensvermittlung lauten. Kreativität zu steuern, mit Lernzielen zu versehen und eine ausgewogene Mischung zwischen Präsenzkultur und digitaler Vernetzung bereitzustellen – diese Aufgaben werden zukünftig die Qualifikationsanforderungen, denen sich die Förderwerke stellen müssen, ergänzen.

Fünftens: Demokratie lebt vom Wettbewerb. Das gilt auch für die Begabtenförderwerke. Wer über einen eigenen Kompass, über Zielvereinbarungen mit seinen Stipendiaten, über Instrumente der Partizipation verfügt, wer in der Lage ist, inhaltliche Lernziele zu benennen, wer bereit ist, neue Formen der Vermittlung einzusetzen, dem muss vor einer Begegnung der Stipendiaten verschiedener Förderwerke nicht bange sein. Das Ringen um die beste Lösung, der demokratische Wettbewerb beginnt dort, wo die Zivilgesellschaft aus guten Gründen Ressourcen bereitstellt: nicht nur *in*, sondern auch *zwischen* den Begabtenförderwerken.

Längst ist der intellektuelle Austausch nicht mehr zeit- und ortsgebunden. Dies ist keine Entwicklung, die aufgehalten werden könnte oder gar sollte. Es ist eine Entwicklung, die wir nutzen müssen, um global wettbewerbsfähig zu bleiben. Dennoch – oder vielmehr deshalb – gilt es, Schneisen in das Informationsdickicht zu schlagen und einen Ort zu erhalten, an dem Orientierung gegeben wird und an dem Studierende tatsächlich zu „engagierten Bürgern“ ausgebildet werden: die Begabtenförderung.

¹ Elkana, Yehuda/Klöpper, Hannes: Die Universität im 21. Jahrhundert. Für eine neue Einheit von Lehre, Forschung und Gesellschaft. Hamburg 2012.

² Über die zwölf vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützten Förderwerke und ihre Schwerpunkte informiert die gemeinsame Plattform www.stipendiumplus.de. Die Förderwerke spiegeln das pluralistische Spektrum der politischen, weltanschaulichen, konfessionellen, wirtschafts- oder gewerkschaftsnahen Strömungen in Deutschland wider. Die Werke erhalten vom BMBF die Mittel zur finanziellen Unterstützung ihrer Stipendiaten (materielle Förderung), nicht jedoch – abgesehen von Sonderprogrammen – für die ideellen Förderangebote.

³ Der zusammenfassende Gesamtbericht über die „Begleitende Evaluierung der ideellen Fördermaßnahmen der Begabtenförderungswerke im Rahmen der Begabtenförderung im Hochschulbereich“ findet sich unter www.bmbf.de/pubRD/GIFTSUP-Evaluationsbericht.pdf (Abruf: 15.2.2013).

„Das Wählerbiest“ oder doch nur der ganz normale Wahnsinn?

Eine Nachlese zur Landtagswahl in Niedersachsen

MICHAEL BORCHARD

Geboren 1967 in München, Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und des Öffentlichen Rechts in Bonn, Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Das Wählerbiest“. Diese reißerische Überschrift prangt am Tag nach der Niedersachsenwahl nicht etwa, wie vielleicht zu erwarten, auf der ersten Seite von Deutschlands bekanntester Boulevardzeitung. Nein, es war das intellektuelle Grundnahrungsmittel par excellence, die Wochenzeitung *DIE ZEIT*, die diese drastische Formulierung wählte. Der Autor des Beitrags, Bernd Ulrich, lässt den Leser im Untertitel wissen, warum er den Wähler so grimmig charakterisiert: „Die Bürger

sind unberechenbar und schlau – das blamiert alle Parteitaktik und zwingt zum Kampf um die Sache.“

Trifft diese halb jubelnde, halb erschrockene Einschätzung zu? Hat der Wähler wirklich eine neue Seite von sich gezeigt, liegt das alles, was sich da in Niedersachsen zugetragen hat, neben der gewohnten Spur? Ist die „Laune“, die der Wähler da an einem kalten, aber schönen Sonntag im Januar an der Urne gezeigt hat, Ausdruck klügsten strategischen Denkens oder das krasse Gegenteil? Ist die Niedersachsen-Wahl gar das Ende aller Parteiverdrossenheit oder, wie andere sagen, erst recht eine neue Variante, um diese Unzufriedenheit in wirksamer Weise zu zeigen? Ist der gute alte Lagerwahlkampf wieder

da, irgendwie goutiert vom Wähler, oder führt gerade diese Wahl zur endgültigen Überwindung des Lagerdenkens?

Man kann sich schon denken, was Radio Eriwan auf alle diese Fragen in seiner bauernschlaun Weisheit geantwortet hätte: „Im Prinzip ja.“ Kurz gesagt und damit die Pointe schon vorweggenommen: Diese Wahl bestätigt Trends, die die Wahlforschung schon eine Weile verfolgt. In gleichem Ausmaß ist sie allerdings überraschend und in Teilen sogar nur schwer erklärbar. Erkennbar ist jedenfalls, dass das Phänomen „Niedersachsen 2013“ der genaueren Betrachtung bedarf. Leider tritt aber in der medialen Nachwahlbetrachtung an die Stelle eines tiefen Erkenntnisinteresses und des Bemühens, diese ungewöhnliche Wahl wirklich zu verstehen, die vorgefertigte Meinung.

KOMMENTARE VON EKLATANTER UNKENNTNIS

Viele Kommentare in den Medien zeugen jedenfalls von einer eklatanten Unkenntnis der relevanten Wahldaten und der Union in Niedersachsen. In seinem Beitrag „Wie man Stärke verspielt“ im *Handelsblatt* wirft Michael Inacker David McAllister vor, eine „profillose Kampagne“ geführt zu haben. Dieses Vorgehen, so Inacker, trage einen Namen: „asymmetrische Demobilisierung“. Programmatische Grenzen seien verschwommen, die Union sei ein Gemischtwarenladen geworden. „Je schwammiger das Profil, desto mehr erwägen die CDU-Strategen eine weitere Sozialdemokratisierung und Vergrünung der Partei.“ So kunstvoll auch immer dieses Lamento in Worte gekleidet sein mag, es bleibt dennoch unwahr, ja unsinnig!

Die Fakten sprechen in Niedersachsen eindeutig gegen Inackers Thesen. Von wegen Wählerdemobilisierung – die CDU konnte im Nichtwählerlager mobilisieren, wenngleich die Anzahl mit 49.000 Stimmen zugegebenermaßen deutlich geringer ist als bei der SPD und den Grünen. Noch eindrucksvoller ist der Blick auf die Kompetenzdaten: Es sind die traditionellen Felder, die harten Brot-und-Butter-Themen, bei denen die Union besonders gepunktet hat: bei der Wirtschaftspolitik mit 46 (CDU) zu 24 (SPD) Prozent (Forschungsgruppe Wahlen), bei den Finanzen mit 44 (CDU) zu 25 Prozent (SPD). Bei der Zukunftskompetenz, die immer ein Gradmesser für Wahlchancen ist, liegt mit 38 zu 29 Prozent ebenfalls ein sehr deutlicher Vorteil bei der CDU. Damit ist auch der Vorwurf Inackers an anderer Stelle seines Beitrages widerlegt, wo es heißt, dass man „den Markenkern (falls den in der Union überhaupt noch jemand kennt) weiter verwässert“ habe und sich nicht wundern müsse, dass die Menschen das „grüne oder rote Original wählen“.

Schon allein das Eintreten für Studiengebühren, das möglicherweise zu den schlechteren Kompetenzwerten der Union im Bereich der Bildung mit beigetragen hat, zeigt, dass der Wahlkampf nicht mit grünen und roten Anleihen geführt worden ist, sondern durchaus „gegen den Strich“. Besonders absurd ist allerdings die Unterstellung, der Kandidat sei nicht genügend profiliert und habe deshalb nicht gezogen. Sieben von zehn Niedersachsen waren der Auffassung, dass er ein guter Kandidat für die CDU sei, zwei Drittel waren zufrieden mit seiner Arbeit. In der klassischen Beliebtheitsskala erzielte er einen Wert von 2,2. Das ist der

beste Wert, den ein CDU-Kandidat für ein Ministerpräsidentenamt seit 2009 erzielt hat. Besonders schön hat Jasper von Altenbockum in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* deutlich gemacht, dass David McAllister nicht der ausschlaggebende Grund für diese Niederlage war: „McAllister war in Niedersachsen, was Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen“ war.

KEINE WECHSELSTIMMUNG WEG VON DER CDU

Eine Wechselstimmung weg von der Union hat es nicht gegeben: Gut jeder zweite Niedersachse hat für eine CDU-geführte Regierung unter David McAllister votiert. Auch ist das Zutrauen zur Regierungsfähigkeit der SPD nicht sehr ausgeprägt gewesen. Im Jahr 2012 waren nur etwa dreißig Prozent der Menschen der Auffassung, eine SPD-geführte Landesregierung sei besser in der Lage, die anstehenden Aufgaben und Probleme in Niedersachsen zu lösen. Eine eindeutige Wechselstimmung hin zur SPD hat es also nicht gegeben. Nicht zu leugnen ist hingegen – und das ist entscheidend für die Interpretation des Wahlergebnisses –, dass es eine Wechselstimmung weg von der CDU-FDP-Koalition gegeben hat.

Während sich noch im Jahr 2008 etwa 49 Prozent für eine schwarz-gelbe Koalition aussprachen, waren es vor der Wahl nur noch 36 Prozent.

Die Daten, die vor der Wahl erhoben worden sind, erhärten den Verdacht, dass diese Wechselstimmung weg von der Koalition vor allem der FDP zuzuschreiben ist. Das Zutrauen zur FDP war erschreckend gering: In keinem der abgefragten Kompetenzfelder kam sie über einen niedrigen Prozentwert um die drei Prozent

hinaus. Noch nicht einmal zwanzig Prozent haben dem Spitzenkandidaten Stefan Birkner gute Arbeit bescheinigt. Zum Vergleich: Wolfgang Kubicki hat in Schleswig-Holstein Werte um die fünfzig Prozent erzielt. Auch in der Regierungsbilanz wird die Partei gravierend schlecht eingeschätzt und fällt dabei auf der +5/-5-Skala mit -0,5 Punkten weit hinter die CDU mit 1,4 zurück. Neben dem zerstrittenen Bild, das die FDP in ganz Deutschland abgibt, hat dabei offensichtlich auch der Bundesvorsitzende eine ganz besondere Rolle gespielt: 53 Prozent der Befragten gaben in Niedersachsen an, dass Rösler der Partei massiv geschadet habe. Den einhelligen Bekundungen der FDP-Granden am Wahlabend, es sei der Parteivorsitzende gewesen, der die Wahl für die FDP gewonnen habe, entziehen diese Zahlen die Grundlage.

Die schlechten Zahlen der FDP, die sich schon seit längerer Zeit andeuten und damit alles andere als eine kurzfristige Laune des Wählers sind, verbieten jeden falschen Jubel! Nein, die herrliche Karikatur, die am Tag nach der Wahl in der *Berliner Zeitung* und im Netz zu sehen war, beschreibt die tatsächliche Situation zumindest teilweise treffend: Sie zeigt einen ermatteten David McAllister im Krankbett mit zwei deutlich sichtbaren Vampir-
malen am Hals und einer besorgten Kanzlerin am Bett stehend; vor allem aber sieht man im Hintergrund ein offenes Fenster, durch das sich gerade eine Fledermaus aus dem Staub macht. Auf ihrem Rücken prangt eine Aufschrift: FDP. Und die Liberalen haben – Leihstimmendiskussion hin oder her – wirklich ausschließlich von dieser milden Gabe der CDU-Anhänger gelebt. Die Wählerwanderungsbilanz zeigt, dass sie so gut

wie keine Wähler außerhalb dieser „Transfusion“ hinzugewonnen und ihre klassische Klientel kaum mobilisiert haben. Ganz gleich übrigens, ob die angebliche Zweitstimmenkampagne der CDU für die FDP nun geflüstert oder unüberhörbar war, ob sie explizit oder implizit oder gar nicht ausgesprochen worden ist: Niemand hätte damit rechnen können, dass die Wählerwanderung so deutlich ausfallen würde, wenngleich Infratest dimap festgestellt hat, dass rund 46 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Aussage zugestimmt haben: „Wer McAllister als Ministerpräsidenten behalten will, sollte überlegen, FDP zu wählen.“

STAMMWÄHLER NICHT HOMOGEN, NICHT SATTELFEST

Es könnte allerdings ein Trugschluss sein, zu glauben, dass Stimmensplitting in der Art, wie wir es in Niedersachsen erlebt haben, auf den klug abwägenden, an Sachthemen interessierten, informierten und analysierenden Wähler hindeutet, wie das in den Medien gelegentlich interpretiert worden ist. Selbst die Gruppe der Stammwähler, die gemeinhin als die „eiserne“ homogene und politisch sattelfeste Einheit betrachtet werden, ist – wie Forschungen der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigen – extrem heterogen: Sie sind oft wenig politisch informiert. Wenn sie sich für die Parteien interessieren, dann ist ihre Wahrnehmung eher selektiv und an den eigenen Interessen orientiert. Die emotionale Zuneigung zur Partei ist habituell, ja fast traditionell und wird in der Familie „vererbt“. Selbst bei Stammwählern spielt Politik eine untergeordnete Rolle.

Der Wahlforscher Matthias Jung hat die Vermutung geäußert, dass wegen dieses geringeren politischen Interesses auch unwahrscheinlich sei, dass die Umfragen signifikante Auswirkungen auf das Wahlverhalten gezeitigt hätten – schlicht, weil sie nicht wirklich wahrgenommen worden seien. Die Forschung ist aus guten Gründen immer noch weitgehend unschlüssig, ob Wahlumfragen solche „Echo-Effekte“ auslösen. Allerdings ist es durchaus an der Zeit, zu überlegen, ob man die allgemeine Zurückhaltung, kurz vor der Wahl keine Umfrage mehr zu veröffentlichen, vielleicht aufgeben sollte. Die Tatsache, dass sich die Wähler immer später entscheiden und dass sich bei dieser Niedersachsen-Wahl rund 57 Prozent erst unmittelbar in den Wochen vor der Wahl entschieden haben, zeigt, dass Umfragen, die spätestens eine Woche vor der Wahl geheim gehalten werden, ein völlig anderes Bild liefern, als das Umfragen unmittelbar vor der Wahl tun.

Richtig vorausgesagt haben die Umfragen zwar nicht das Ergebnis für die CDU, wohl aber das Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden politischen Lager. Allerdings wäre es wohlfeil, die extrem knapp „gescheiterte Aufholjagd“ des schwarz-gelben Lagers nur mit dem strategischen Wahlverhalten der FDP-Wähler zu erklären. Stärken der SPD und der Grünen und gewisse Schwächen der Union dürfen in einer ehrlichen Analyse nicht verschwiegen werden.

DIE NICHTWÄHLER GABEN DEN AUSSCHLAG

Ein klares Lagerwahlverhalten war entscheidend für den Ausgang der Wahl. Diese These wird auch durch die

Wählerströme bestätigt. Dabei war durchaus entscheidend, dass am Ende die SPD und die Grünen, möglicherweise auch wegen der gestiegenen Chancen von Schwarz-Gelb, vor allem aber wegen der messbaren Wechselstimmung gegen dieses Bündnis, gemeinsam besser mobilisieren konnten. Während die CDU und die FDP zusammen noch nicht einmal 60.000 Stimmen der Nichtwähler für sich gewinnen konnten, waren es bei Rot-Grün addiert fast 150.000 Stimmen. Es sind die Nichtwähler, die am Ende für dieses sehr knappe Wahlergebnis den Ausschlag gegeben haben.

Vielfach ist nach der Wahl mit Besorgnis darauf hingewiesen worden, dass die Union gerade in ihrem wichtigsten Reservoir, bei den Wählerinnen und Wählern über sechzig Jahre, acht Prozent weniger erzielen konnte. Übersehen wurde dabei, dass ein ganz erheblicher Teil dieser Wähler zur FDP gewechselt, somit dem „bürgerlichen Lager“ nicht verloren gegangen ist. Allerdings hat die Union auch bei den unter 25-Jährigen deutliche Verluste erzielt – wie bei einigen anderen Landtagswahlen zuvor. Wenn man das zu der altbekannten Tatsache in Beziehung setzt, dass das politische Interesse in dieser Altersgruppe insgesamt überdurchschnittlich gering ist, dann zeigt sich hier ein erheblicher Handlungsbedarf für alle Demokraten!

STEINBRÜCK UND NIEDERSACHSEN

Warum Rot-Grün am Ende mit hauchdünnem Vorsprung die Landtagswahl gewonnen hat? Dafür gibt es personelle und inhaltliche Gründe. Relativ wenig Beachtung hat die Tatsache gefunden, dass der

neu gewählte Ministerpräsident Stephan Weil kurz vor der Wahl in Sachen Bekanntheit und Sympathie einen beachtlichen Rückstand kompensiert hat. Auch ihm ist – ebenso wie das bei David McAllister zu Unrecht geschehen ist – verschiedentlich Profillosigkeit vorgeworfen worden. Die Umfragen vor der Wahl zeigen zumindest in der Schlussphase ein etwas anderes Bild. Nachdem der landespolitische Neueinsteiger Weil den damaligen Landesvorsitzenden Olaf Lies 2011 zunächst nur mit Mühe und Not ausgestochen hatte, konnte er gerade in den allerletzten Wochen vor der Wahl noch einmal beachtlich aufholen. Während nur ein Drittel der Niedersachsen ihm um den Jahreswechsel herum gute Arbeit bescheinigt hatte, tat das doch in der Woche vor der Wahl fast jeder Zweite. Den massiven Schaden, den Kanzlerkandidat Peer Steinbrück in den Wochen vor der Wahl in dem norddeutschen Bundesland angerichtet hat – sogar 44 Prozent der Anhänger seiner Partei hatten in Niedersachsen diesen Eindruck –, konnte die SPD vor Ort so wenigstens teilweise ausgleichen.

Ob das mit Blick auf die Bundestagswahl gelingen wird, darf zumindest angezweifelt werden, denn jeder zweite Niedersachse unterstellt Peer Steinbrück, dass ihm das Thema der „sozialen Gerechtigkeit“ nicht wirklich wichtig sei. Die SPD hat immer dann Landtagswahlen verloren, wenn es ihr nicht gelang, mit der sozialen Gerechtigkeit als dem glänzenden, imagebildenden Diadem auf dem Haupt der Sozialdemokratie ihren Positionen Glanz und Glaubwürdigkeit zu verleihen. Soziale Gerechtigkeit aber wird, dafür muss man nicht einmal ein mäßig begabter Prophet sein, durchaus Thema der Bundestagswahl sein. Wer sich das vor

Augen führt, wird sich mit dem viel beschworenen Modellcharakter, den diese Wahl angeblich für die Bundestagswahl hat, deutlich schwerer tun.

Auch andere Indikatoren deuten darauf hin, dass sich an dem Lehrsatz, „eine Landtagswahl ist eine Landtagswahl“, auch in Niedersachsen nichts geändert hat. Trotz aller Rücken-, Gegen- und sonstigen Winde aus dem Bund ist in Niedersachsen wieder spürbar gewesen, was in allen zurückliegenden Landtagswahlen nachweisbar war: Landtagswahlen werden in allererster Linie landespolitisch entschieden. Hier waren es erneut mehr als fünfzig Prozent, die landespolitische Motive für ihre Wahlentscheidung angeführt haben.

Damit richtet sich fast automatisch der Blick auf die wahlentscheidenden Themen. Hier gibt es eine zweite Gesetzmäßigkeit, die den Ausgang fast jeder zurückliegenden Landtagswahl mehr oder minder besiegelt hat: Die Bildungspolitik ist mit weitem Abstand das Sorgenthema Nummer eins für die Menschen – noch deutlich vor der Arbeitslosigkeit. Nur reicht die Tatsache, dass die von der CDU regierten Länder in sämtlichen Bildungsrankings deutlich besser abschneiden, leider nicht, um diesen Trend zu nutzen. Die einhellige Ablehnung des Festhaltens an den Studiengebühren – nach Infratest dimap 72 Prozent der Niedersachsen – wird zwar ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass die CDU in diesem Feld nicht reüssieren konnte. Aber hinreichend erklären, wieso es der Union insgesamt bereits seit einiger Zeit nicht gelingt, in der Bildungspolitik zu punkten, trotz deutlicher und kommunizierter programmatischer Fortschritte, kann diese Ablehnung nicht. Offenbar hat sich hier, ähnlich wie bei der „sozialen Gerechtigkeit“ ein wirkmächtiges „Image“

herausgebildet. Umso mehr muss die Union an dieser Stelle neue Stärke und Überzeugungskraft entwickeln – nicht zuletzt, indem sie die Sorgen der Eltern ernst nimmt und diese als politische Zielgruppe noch stärker in ihre Zielkoordinaten aufnimmt.

LINKE WIRD IM WESTEN NICHT MEHR GEBRAUCHT

Ein „echter Verlierer“ dieser Wahl ist im Windschatten des „kuriosen“ CDU-FDP-Ergebnisses zumindest medial einigermaßen unbemerkt „um die Ecke gehuscht“. Die Linke hat in Niedersachsen einen massiven Absturz erlebt. Die spannende Frage bleibt, ob sich das Phänomen „Linke im Westen“ schon wieder erledigt hat. Wenn es nach den Wählerinnen und Wählern in Niedersachsen geht, dann ist die Frage klar beantwortet. Hier haben sechzig Prozent die Ansicht bestätigt, dass die Linke als „Partei im Westen nicht mehr gebraucht wird“. Auch die „Bluttransfusion“ durch die Präsenz von Sarah Wagenknecht hat den miserablen Eindruck, den die Partei geboten hat, nicht wettmachen können. Das muss sogar die Rosa-Luxemburg-Stiftung zähneknirschend eingestehen. In ihrer Analyse verweist sie auf die Daten von Infratest dimap, nach denen nur vierzehn Prozent der Befragten die streitbare Leitfigur als „guten Grund“ für eine Wahlentscheidung angegeben haben. Besonders bemerkenswert ist, dass die Linken bei den Arbeitslosen deutlich verloren und deshalb offensichtlich bei ihren Kernthemen kein glaubwürdiges Bild geboten haben.

Wenn die Entscheidung zwischen zwei Lagern eine Wahl so deutlich dominiert, dann hat Protestwahlverhalten wenig

Raum. Deshalb haben auch die Piraten, die trotz allem „Netzgeplänkel“ unter dem Strich immer noch und vor allem Protestpartei sind, bei dieser Wahl ebenso wenig profitieren können wie die Linke. Den Bestatter sollte man für die Piraten allerdings noch nicht vorschnell bestellen. Bei einer Bundestagswahl, bei der das Protestwahlpotenzial erfahrungsgemäß deutlicher ausgeprägt ist als in den Ländern, kann sich die Sache auch noch anders darstellen, zumal die Piraten jenen Heimat bieten könnten, die sich weder für das eine noch für das andere politische Lager entscheiden können.

AUSBLICK

Bleibt am Ende die Frage, was diese Lagerentscheidung nun für die Politik in Niedersachsen bedeutet und ob – frei nach dem SPD-Evergreen „Wenn wir schreiten Seit an Seit“ – nun die „neue Zeit“ mit der neuen Koalition einzieht. Die neue Regierung hat sich mit einer denkbar knappen Mehrheit konstituiert. Die SPD in Niedersachsen ist mit einer grünen Fraktion verbunden, die deutlich nach links gerückt ist. Als die eigentlichen Wahlsieger mit dem besten Ergebnis, das sie in Niedersachsen jemals hatten, können die Bündnisgrünen vor Kraft kaum laufen. Gerade deshalb wird die SPD in Niedersachsen aufpassen müssen, dass der Schwanz nicht mit dem Hund wedelt.

Die Bauern in Niedersachsen jedenfalls werden die Ankündigung des neuen Landwirtschaftsministers Christian Meyer, man wolle die Agrarwende „sanft“ angehen und Niedersachsen als Agrarland Nummer eins in Deutschland erhalten, trotz aller Milde im Ton nicht falsch interpretieren. Sie werden das als Drohung begreifen. Es

steht nicht zu erwarten, dass Christian Meyer, der sich durch markige Rhetorik gegen die Massentierhaltung hervorgetan hat, nun plötzlich durch Koalitionsdisziplin handzahn wird. Und dass sich grüne Ideen durchsetzen, ist auch bei der Frage der Abschaffung des „Sitzenbleibens“ zu befürchten! Die freche Mutmaßung, dass dahinter auch der eigennützige Gedanke der bildungsbürgerlichen „grünen Eltern“ stehe, ihrem „hochbegabten“ Nachwuchs einen Makel zu ersparen, entbehrt wohl auch nicht jeder Grundlage. Von Gorleben und anderen unangenehmen Baustellen muss man erst gar nicht reden.

Stephan Weil, so schreibt Robert von Lucius zu Recht, „weiß um die Begrenztheit seiner Macht – und dass er Probleme eher mit den Grünen haben wird als mit der Opposition“. Auch wenn es in einem so bodenständigen Land wie Niedersachsen, in dem ein ruhiger und überlegter politischer Stil gepflegt wird, unwahrscheinlich ist, dass mitten in der Legislatur „das Koalitions-Pferd“ gewechselt wird, so erscheint es angesichts dieser fragilen Situation dennoch umso dringender, dass sich die CDU in Niedersachsen nicht lange mit der Pflege ihrer Wunden aufhält, sondern sich schnellstens dazu in die Lage versetzt, mit großer Geschlossenheit eine glaubwürdige und kompetente Alternative zu bieten. Die Voraussetzungen dafür hat die Union – und zwar personell wie inhaltlich, das zeigen alle Daten – in Niedersachsen allemal.

Benedikt XVI. – ein mutiger Papst

Vom zukunftsweisenden Ende eines Pontifikates

BERNHARD VOGEL

Geboren 1932 in Göttingen, Ministerpräsident a. D. und Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist einer der Herausgeber der Zeitschrift „Die Politische Meinung“.

Die Überraschung ist groß! Nach fast 500 Jahren wählten die Kardinäle wieder einen Deutschen zum Nachfolger Petri, und er setzt im achten Jahr seines Pontifikates ein Zeichen, wie es über sieben Jahrhunderte kein Papst gesetzt hat: Er tritt aus freien Stücken, „mit voller Freiheit“, wie er selbst formuliert hat, von seinem Amt zurück. Ein Paukenschlag, der Hochachtung und Respekt verdient.

Von einem auf den anderen Tag wandelt sich sein öffentliches Erscheinungsbild.

Aus dem der Tradition verpflichteten, bewahrenden, zurückhaltenden, fast schüchternen Papst wird ein mutiger Reformers, der neue Maßstäbe für die Zukunft der katholischen Kirche setzt. Zwar wird er der herausragende Theologe auf dem Stuhl Petri bleiben, der lieber Bücher schreibt als auf Reisen geht, aber mit seinem Namen wird künftig verbunden sein, dass er mit einer jahrhundertealten und dadurch ehrwürdigen Tradition gebrochen hat. Der Kirche, nicht seiner selbst wegen. Er hat sich nicht, wie Kritiker meinen, abgewandt oder ist gar resigniert – er hat der Zukunft ins Auge gesehen. Der junge, dialog- und reformfreudige deutsche Professor, der Konzilsberater von Kardinal Frings wird wieder sichtbar.

PETRUSDIENTST IN UNSICHEREN ZEITEN

„Ein Papst stirbt, er tritt nicht zurück“, meinte eine Passantin in einer deutschen Einkaufsstraße und hatte dabei wohl Johannes Paul II. vor Augen, dessen langes, leidvolles Sterben die Menschen bewegt hat.

Auch sein Vorbild wird bleiben, aber mit Benedikt XVI. wird sich verbinden: Auch ein Papst ist ein Mensch, der unter den Beschwerden seines hohen Alters leidet und fühlt, dass seine Kräfte schwinden, der zur Gewissheit gelangt ist, dass „meine Kräfte infolge des vorgerückten Alters nicht mehr geeignet sind, um in angemessener Weise den Petrusdienst auszuüben“. Der darum rechtzeitig Vorsorge trifft, weil er weiß, dass die Kirche in unsicheren Zeiten einen sicheren Steuermann braucht, der kraftvoll den Kurs bestimmen kann. Wissen und Glauben waren für Benedikt nie ein Widerspruch. Aus seinem Wissen um den Ernst der Situation der Kirche hat er gläubig seine Entscheidung getroffen.

Wir sollten ihm für seine mutige Entscheidung danken. Wohl wissend, dass sich nach ihm jeder künftige Papst die Frage stellen wird – und sich von anderen stellen lassen muss –, wie lange er seiner Aufgabe gewachsen ist. Das jetzt gesetzte Beispiel wird Folgen haben.

DRÄNGENDE AUFGABEN

Das Konklave, das „älteste Parlament“ der Welt, das mit einer besonders qualifizierten Mehrheit wählen muss, steht

vor einer schwierigen Entscheidung. Ganz ohne Mitwirkung des Heiligen Geistes werden die Kardinäle nicht auskommen.

Ungewöhnlich große Aufgaben warten auf den 266. Nachfolger Petri. Christen, vor allem Katholiken, werden wegen ihres Glaubens in vielen Staaten der Welt verfolgt. Der Weltfriede ist nicht nur im Vorderen Orient in Gefahr. Die Botschaft der Katholischen Soziallehre droht zu verblassen. Die Zahl der Gläubigen steigt zwar in Lateinamerika, in Afrika und in Asien, aber in Europa geht sie besorgniserregend zurück. Die Ergebnisse des Zweiten Vatikanums sind zum großen Teil noch nicht umgesetzt. Die von ihm geforderte Eigenverantwortlichkeit der regionalen Bischofskonferenzen stagniert, der Kurie fehlt es an modernen Führungsstrukturen, frische Luft braucht der Vatikan. Die christlichen Kirchen erfüllen die Abschiedsbitte Jesu, dass alle Eins seien, noch immer nicht – nicht nur bei uns in Deutschland nicht. Auch der Dialog mit der Orthodoxie kommt nicht zügig genug voran. Die Fragen, ob neben zölibatären Priestern auch *virī probati*, in Familie, Beruf und Kirche bewährte Männer, zu Priestern geweiht werden sollen, ob es ein Diakonat der Frauen geben wird, stehen auf der Tagesordnung. Auch hier steht zwar nicht ein Gebot Christi, aber eine alte ehrwürdige Tradition auf dem Prüfstand.

Wird der achte Papst, den ich erleben darf, noch einmal ein Europäer sein? Das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass er erkennt, dass die Dominanz Europas auch in der Weltkirche zu Ende geht, dass auch für die katholische Kirche ein neues Zeitalter beginnt und dass die Gläubigen ihm in dieser Erkenntnis folgen.





Seitenblick Jubiläum

Der ewige Kampf ums Zeitgemäße

Die SPD wird 150

NORBERT SEITZ

Geboren 1950 in Wiesbaden, unter Peter Glotz leitender Redakteur der Zeitschrift „Frankfurter Hefte“, seit 2008 Kulturredakteur beim Deutschlandfunk, Köln.

Es ist das immer wiederkehrende Ritual. Wenn Parteitage kurz vor Mitternacht im öffentlich-rechtlichen Fernsehen in knappen Viertelstundenberichten zusammengefasst werden, hört man – im Falle der SPD – eine müde Truppe nach zweitägi-

gem Rede- und Geselligkeitsmarathon die Parteihymne singen: „Mit uns zieht die neue Zeit / Mit uns weht ein neuer Geist.“ Ist es nur die gestresste Einfallslosigkeit von Journalisten, ihre Kurzberichte seit ewigen Zeiten damit beginnen oder enden zu lassen? Oder soll hier die älteste Partei Deutschlands mit ihrem Traditionalismus stets aufs Neue vorgeführt werden? Es gleicht schon deshalb einer Vorführung, weil die Sozialdemokratie schon lange keine „neue Zeit“ und keinen „neuen Geist“ mehr repräsentiert. Eher nimmt man sie in der defensiven Rolle wahr, wie sie die Auswüchse des Zeitgemäßen zu bekämpfen versucht.

Die SPD war in ihrer langen Geschichte immer nur erfolgreich, wenn sich ihre Politik auf der Höhe des Trends der Zeit bewegte. Dies war unter den Gründern Ferdinand Lassalle und August Bebel so, als die Arbeiterbewegung sich zur neuen gesellschaftlichen Kraft emporkämpfte und die Partei hernach die stärkste Fraktion im Reichstag stellte. Trotz massiver Behinderungen durch Bismarcks Sozialistengesetze (1878 bis 1890) ging es voran, konnte die Arbeiterbewegung in ihrem gerechten Kampf für eine demokratische und soziale Verfassung auch nicht von staatlicher Repression aufgehalten werden.

DIE LUST AN DER OHNMACHT

Doch entgegen ihres avantgardistischen Anspruchs tat sich die Partei in Zeitenwenden wie 1918, 1949, 1968 oder 1989 immer schwer – meist mit dramatischen Konsequenzen. Während der Novemberrevolution trug sie im Verein mit rechten Republikfeinden (und späteren Nazis) einen mörderischen Bruderkrieg gegen spartakistische Republikgegner von links aus. Gebracht hat ihr das nicht viel, nicht einmal den Beifall von der falschen Seite. Die Sozialdemokraten blieben zwar in der Weimarer Republik die einzig ernsthafte „Systempartei“, aber erfolglos, weil sie „1926 so taten, als lebe man immer noch im Jahre 1890“ (Franz Walter). So schloss sich der junge Willy Brandt am Ende von Weimar einer linkssozialistischen Abspaltung der SPD an, weil ihm „die passive Mittelmäßigkeit“ der Mutterpartei kaum mehr erträglich schien: „Julius Leber nannte die Lust an der Ohnmacht eine sozialdemokratische Erbsünde. Immobilismus und Phantasielosigkeit waren nicht nur für den letzten Abschnitt der Republik kennzeichnend.“

Nach den bitteren Jahren der Emigration wandte sich Brandt auch indirekt gegen den moralischen Hochmut des KZ-Überlebenden und ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, und anderer mutiger Gegner des NS-Regimes, die für sich in Anspruch nahmen, „auf der richtigen Seite“ gekämpft zu haben, um deshalb die Macht im neuen Staat wie eine reife Frucht für sich beanspruchen zu dürfen. Solche Anwandlungen waren dem langjährigen SPD-Vorsitzenden eher fremd: „Mir war durchaus bewusst, dass ich mich als Angehöriger einer Bewegung, die versagt hatte, ins Exil begab [...] Wir ließen uns nicht ins Ungeheuerliche verstricken, doch im Laufe der Jahre wurde mir immer klarer, dass man auch als deutscher Antinazi keinen Grund hatte, sich auf ein hohes Ross zu setzen“ (in: *Links und frei*, 1983).

Zu Beginn der Bonner Republik bewegte sich die Partei nicht auf der Höhe der Zeit. Fast ein Jahrzehnt wurde ihr die Tradition einer überkommenen Subkultur zum „Ballast“ (Carlo Schmid). So beschreibt Willy Brandt, wie er seit seiner Rückkehr nach Deutschland verwundert feststellen musste, dass deutsche Genossen trotz aller vollmundigen Erneuerungsschwüre immer noch „auf sozialistische Weise turnten, wanderten und Briefmarken sammelten“.

Unverdrossen drückte sie sich mit ihrem moralischen Sendungsbewusstsein um bittere Lehren aus schweren Niederlagen herum, ehe ihr mit dem Godesberger Programm 1959 der historische Befreiungsschlag gelingen sollte. Auf jenem Wende-Parteitag erklärte Fritz Erler unmissverständlich: „Wir kämpfen nicht gegen den Staat, sondern um den Staat, und zwar nicht um einen Staat in ferner Zukunft, sondern auch und gerade um den Staat in dieser Bundesrepublik, die wir regieren wollen und werden.“ Dem Kampf um eine verbesserte Ordnung kamen mit solchen Losungen das umstürzlerische Pathos und die visionäre Spannung abhandeln.

Von der Außenwirkung her stellt Godesberg noch heute das symbolträchtigste Parteiprogramm in der nachkriegsdeutschen Parteiengeschichte überhaupt dar. Es dient als Musterbeispiel dafür, dass es Momente in der Geschichte gibt, wo von einer Kurskorrektur eine größere missionarische Wirkung ausgehen kann als von der Ödnis, ewig recht behalten zu wollen.

Unter Brandt und dem marktwirtschaftlichen Ökonomen Karl Schiller sollte sich die SPD zu einer modernen Volkspartei entwickeln, die auch einen weiten Bogen zur Wählerschaft der „neuen Mitte“ zu schlagen verstand. Dies ging mit einem reformerischen Politikanspruch einher, der sich lange Zeit von dem Überlegenheitsgefühl nährte, die „geistigen Arbeiter“, Intellektuellen und Künstler, auf seiner Seite zu wissen. Hinzu kam die Selbstpreisung der innerparteilichen Diskussionsfreudigkeit – vulgo: Zerstrittenheit und Flügelkämpfe – als Repräsentativdiskurs für die Gesellschaft. Darin sah sich die Partei als gemäßigte Erbin der 68er-Bewegung, obwohl diese sich doch auch am Eintritt der SPD in die Große Koalition entzündet hatte. Die Ost- und Entspannungspolitik, symbolisiert durch Willy Brandts große Kniefallgeste in der Gedenkstätte des Warschauer Ghettos, konnte nach der langen Phase des Kalten Kriegs positive Veränderungen auf ihr historisches Konto buchen. Die daran geknüpften Hoffnungen auf eine Reform des Kommunismus oder gar eine Liberalisierung der DDR sollten sich jedoch als unrealistisch erweisen.

VOM FORTSCHRITTSOPTIMISMUS ZUR WACHSTUMSKRITIK

In den frühen 1980er-Jahren, noch während der Ära Helmut Schmidt, gab die Partei das immer eisern beanspruchte Fortschrittsmonopol aus der Hand. „Wer Angst verbreitet, ist kein guter Sozialdemokrat“, warnte der zweite SPD-Kanzler seine ebenso friedensbewegte wie technikkritische Partei. Die gesellschaftliche Entwicklung setzte sich über die SPD hinweg. Wer mit der Zeit ging, ging nicht mehr mit den inzwischen zweiflerisch auf der Stelle tretenden Sozialdemokraten, sondern mit den furchtloseren Neokonservativen, die sich die Durchsetzung der neuen Technologien auf die Fahnen geschrieben hatten.

So kämpfte der Modernisierer Peter Glotz vergeblich gegen die fortschrittskritischen Tendenzen in seiner Partei. Es war die Zeit, als Ralf Dahren-

dorfs These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (1983) die Runde machte, womit der liberale Soziologe nicht die SPD als traditionsreiche Organisation, sondern deren falsche Erwartung an eine schier unabschließbare Ausbaufähigkeit des Sozialstaats und den unverbrüchlichen Glauben an die Effizienz einer keynesianischen Politik meinte.

Vom historischen Epochenbruch 1989 sind weite Teile der SPD, allen voran ihr damaliger Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, auf dem falschen Fuß erwischt worden. Die Geschichte lief an ihr vorbei, auch wenn Strategen wie Egon Bahr bemüht waren, der alten Ostpolitik einen destabilisierenden Nebeneffekt für die bereits bröckelnde Herrschaft der Kommunisten hinterherzureichen. Doch diese Art der begradiigten Geschichtsschreibung stieß in osteuropäischen Dissidentenkreisen auf manchen Widerspruch.

Als Partei des sozialen Aufstiegs mit starker Bindung an die Arbeitnehmermilieus im Industriezeitalter musste die SPD in den 1990er-Jahren erfahren, wie nach gelungenem Aufstieg die traditionellen Bezüge zur Herkunftskultur brüchig wurden. Gerhard Schröder bemühte sich zu Beginn seiner Regentschaft, seiner Partei eine ungefähre Orientierung von gesellschaftlicher Innovation mit auf den Weg zu geben. Sein aufrüttelndes „Wer, wenn nicht wir?“ war gleichsam das vorweggenommene „Yes, we can“ auf Sozialdemokratisch. Er wies die ideologische Frage nach einer „rechten“ oder „linken“ Wirtschaftspolitik als nicht mehr zeitgemäß zurück. So wollte der dritte SPD-Kanzler der Bundesrepublik seine sperrige Partei mitnehmen auf dem Weg zu einer dringend erforderlichen Reform des Sozialstaats in kostenexplodierenden Zeiten des demografischen Faktors.

DAS DOPPELSPIEL AUS REGIERUNG UND OPPOSITION

Doch Schröder musste erleben, was auch zuvor schon den beiden anderen SPD-Kanzlern, Brandt und Schmidt, widerfahren war: dass die SPD an der Regierung immer auch gleichzeitig Opposition spielen möchte, um die von der pragmatischen Politik abweichenden hehren Grundsätze stets aufscheinen zu lassen. Dies erfuhr Willy Brandt 1972, als in Rekordzeit mit übersteigerten Erwartungen sein großer Wahlsieg verspielt wurde, wofür nicht nur der Fall Guillaume, sondern auch eine trübe innerparteiliche Mischung aus Neid, Ranküne und ideologischer Verblendung verantwortlich gemacht werden musste. Helmut Schmidt erfuhr nach seinem Kanzlersturz 1983 auf einem Kölner Sonderparteitag die bis dato einmalige Demütigung, dass der von ihm mit angedachte NATO-Doppelbeschluss mit einer Volkskammermehrheit wieder abserviert wurde. Und für Gerhard Schröders erfolgreiche Reformpolitik der „Agenda 2010“ schämen sich viele Kader der Partei noch heute.

Die Partei geriet durch solche Distanzen zum eigenen Kanzler vor allem bei Wählern der „neuen Mitte“ erheblich in Misskredit. Darunter zu leiden hatten die herausragenden SPD-Minister der zweiten Großen Koalition (2005 bis 2009), wie zum Beispiel Finanzminister Peer Steinbrück, der tapfer an der Seite von Kanzlerin Angela Merkel am Abgrund der Weltökonomie gekämpft hatte, als es nach der Lehman-Pleite in den USA (2008) darum gegangen war, nicht noch weitere große Finanzinstitute tatenlos kollabieren zu lassen, und Bürger um ihre Spareinlagen fürchteten. Währenddessen wurde in anderen Teilen der Partei wieder die Systemfrage gestellt. Doch trotz aller Dämonisierung der Wirtschaft und Attacken auf Spekulationswut und Managergier verfehlte die SPD die Stimmung im Lande bei Weitem und landete 2009 mit 23 Prozent ein historisches Katastrophenresultat.

ZWISCHEN SYSTEMFRAGE UND REPARATURARBEIT

Tiefe Ratlosigkeit machte sich breit. Nicht nur die neoliberale Vorstellung war gescheitert, dass deregulierte Märkte und globaler Finanzverkehr permanentes Glück zu schaffen imstande seien. Auch die sozialdemokratische Rückkehr zu mehr Staat mit alten Keynes-Rezepten schien bei einer Staatsquote von fünfzig Prozent und einer achtzigprozentigen Überschuldung geradezu abenteuerrisch. Die Partei musste die bittere Erfahrung machen, dass von ihren staatsfrommen Rezepten selbst in Zeiten der größten Krise des Kapitalismus seit 1945 keine zündende Idee oder gar Vision zum Aufbruch mehr ausgeht.

So setzt die deutsche Sozialdemokratie im Jahr ihres 150-jährigen Bestehens nahezu ausschließlich auf das Thema „Gerechtigkeit“. Sie hält damit trotzig an der bereits 2009 enttäuschten Hoffnung fest, mit der Wiederbelebung alter Leitbegriffe Wählerängste am besten bedienen zu können. Vor dem Wahlgang im September ist der Feiertag im Mai. Ehre, wem Ehre gebührt, zumal wenn es sich um die älteste existierende Partei in Deutschland handelt. Doch hohe runde Daten verleiten zu geschönten Bilanzen und nostalgischen Blicken auf große Erfolge und verpasste Chancen.

Die SPD hat in hundertfünfzig Jahren viele Zeitenwenden mit ihren Höhen und Tiefen, Aufbrüchen und Katastrophen durchlebt. Dabei musste sie im Kampf um eine demokratische und soziale Ordnung viele Opfer auf sich nehmen. Deshalb darf sie auch stolz sein auf ihre lange Existenz. Aber sie steht ebenso in der Pflicht, über die zumeist abgeschliffene sentimentale Traditionsroutine hinaus zu begründen, warum die jubelnde Partei nicht nur als Partner einer Großen Koalition noch gebraucht wird.

Dazu möchte man der hochbetagten Jubilarin mit ihrem größten Sohn, Willy Brandt, zurufen: „Meine Lebenserfahrung sagt mir: Das Lager der sozialen Demokratie muss seine Bereitschaft zur Selbstkritik immer wieder schärfen.“

„Genossen, lasst die Tassen im Schrank!“

Die SPD und die Marktwirtschaft

OSWALD METZGER

Geboren 1954 in Grabs (Schweiz),
freier Publizist und Politikberater,
ist heute Mitglied der Christlich-
Demokratischen Union.

Ziemlich exakt vierzig Jahre ist es her, dass ich
als junger Gymnasiast – fasziniert von Willy
Brandts Ostpolitik und seiner Losung „Mehr
Demokratie wagen“ – Mitglied der SPD wurde.
Meine Mitgliedschaft beendete ich schon sie-

ben Jahre später, reichlich ernüchtert von linker Verteilungsideologie, aber auch
von der Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte unter Helmut Schmidt (als
Reaktion des Staates auf den RAF-Terror).

Der Sozialdemokrat Karl Schiller, Ende der 1960er-Jahre populärster
Politiker Deutschlands und in der ersten Großen Koalition von 1966 bis 1969
mit seinem CSU-Kollegen Franz Josef Strauß als „Plisch und Plum“ legendär
geworden, war zum Zeitpunkt meines SPD-Eintritts schon seit gut einem hal-
ben Jahr nicht mehr Superminister für Finanzen und Wirtschaft. Er hatte im
Juli 1972 das Handtuch geworfen und war zurückgetreten, weil die Genossen
– entgegen seiner unverblühten Aufforderung – „ihre Tassen“ nicht mehr „im
Schrank“ ließen, sondern bei einem Bundesparteitag einen Spitzensteuersatz
von sechzig Prozent in der Einkommensteuer und von 58 Prozent in der Kör-
perschaftssteuer beschlossen hatten. In den frühen 1970er-Jahren war in der
SPD Schillers „soziale Symmetrie“ zwischen Arbeit und Kapital nicht mehr

angesagt, erst recht nicht sein Appell zur Ausgabendisziplin. Ganz im Gegenteil: Nun wollten viele Sozialdemokraten die „Belastbarkeit der Wirtschaft“ (Jochen Steffen) testen. Die Jungsozialisten lieferten dazu gleich noch den passenden Einkommensdeckel: Mehr als 5.000 D-Mark im Monat sollte niemand im Land verdienen dürfen. Übersteigendes Einkommen sollte der Staat zu 100 Prozent wegsteuern. Selbst die Linkspartei würde sich heutzutage nicht trauen, solche Radikalpositionen zu vertreten.

EXKURS

Der Zeitgeist ist wankelmütig. Wer sich mit ihm verheiratet, ist manchmal schnell verwitwet. Die Sozialdemokraten als mit Abstand älteste deutsche Partei haben in ihrer 150-jährigen Geschichte schon viele Irrungen und Wirrungen erlebt. Im Kampf für eine „Neue Gesellschaft“ strebten sie wie in der SPD-Parteihymne als „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, schwankten aber stets zwischen Revolutionspathos und Pragmatismus. „Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten“, skandierten in den 1920er-Jahren die Genossen, die sich als Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) abspalteten und später in der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) landeten.

Doch die Sozialdemokraten, geächtet und verfolgt schon zu Zeiten der Bismarck'schen Sozialistengesetze, bekämpften in Preußen erfolgreich das Dreiklassen-Wahlrecht, setzten das Prinzip „Ein Mensch – eine Stimme“ ebenso durch wie später das Frauenwahlrecht. Eine Sternstunde der Sozialdemokratie markiert für alle Zeiten die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Otto Wels am 23. März 1933 in der Berliner Krolloper, als er das Nein der SPD zu Hitlers Ermächtigungsgesetz in den Ersatzplenarsaal für den ausgebrannten Reichstag schleuderte. Elf SPD-Abgeordnete befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits in NS-„Schutzhaft“. Die 81 KPD-Mandate waren von den Nazis schon annulliert. Viele aufrechte SPD-Abgeordnete wurden Stunden und Tage danach verhaftet, über Jahre eingesperrt und viele ermordet.

GODESBERG

“It’s the economy, stupid!” – dieser längst legendäre Slogan, geboren in Bill Clintons Wahlkampagne 1992, mit der er Amtsinhaber George H. W. Bush aus dem Feld schlug, hätte in sozialdemokratisch-deutscher Abwandlung 33 Jahre vorher als Motto über dem Godesberger Programm der SPD stehen können: „Wir stehen zur sozialen Marktwirtschaft!“ Die Aufgabe der alten marxistischen Klassenkampfbotschaften, die Absage an die Verstaatlichung wichtiger Industriesektoren und die Akzeptanz der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die sich mit dem Godesberger

Programm verbinden, bereiteten der deutschen Sozialdemokratie im nächsten Jahrzehnt den Weg in die Bundesregierung. Ohne Karl Schillers Popularität, die sich in der ersten Regierungsbeteiligung von Sozialdemokraten im Nachkriegsdeutschland herausbilden konnte, hätte die SPD im Wahlkampf 1969 nicht erstmals die CDU in der Wirtschaftskompetenz überflügeln können. Historische Tatsache jedenfalls bleibt, dass die 1970er-Jahre in Deutschland das Jahrzehnt waren, in dem Sozialdemokraten (mit einem liberalen Koalitionspartner) die Staatsquote um sage und schreibe zehn Prozentpunkte nach oben katapultierten. In diesem sozialliberalen Jahrzehnt verzeichnete Deutschland die gemessen am Bruttoinlandsprodukt höchsten staatlichen Defizitquoten aller Zeiten. Der Öffentliche Dienst wurde ohne Rücksicht auf die Folgekosten aufgebläht, unzählige neue Sozialleistungen eingeführt. Kreditfinanzierte staatliche Konjunkturprogramme traten an die Stelle kluger wirtschaftspolitischer Strukturreformen. Der Staat sollte alles richten, doch die Staatsgläubigkeit der SPD funktionierte nicht. Die Staatsverschuldung explodierte.

1982 kam die Wende durch die FDP. Die konservativ-liberale Koalition unter Helmut Kohl leitete danach eine mehrjährige Phase der Konsolidierung ein – mit einer klugen Steuerreform unter Finanzminister Gerhard Stoltenberg. Nur so erklärt sich, dass die Staatsquote in Deutschland selbst nach der Wiedervereinigung den hohen Wert am Ende der sozialliberalen Ära nicht überschritten hat.

AGENDA 2010

Wie marktorientiert und reformfähig Sozialdemokraten in Verantwortung sein können, hat Kanzler Gerhard Schröder mit seiner Agenda 2010 im Jahr 2003 bewiesen. Ohne die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und ohne die Abschaffung der steuerfinanzierten lebenslangen Arbeitslosenhilfe im Zuge der Hartz-IV-Gesetze wäre das deutsche Beschäftigungswunder der vergangenen Jahre nicht erklärbar. „Fordern und fördern“ wurde plötzlich zum Leitmotiv im Umgang mit den Empfängern von Sozialtransfers. „Wer arbeitet, muss mehr haben als jemand, der nicht arbeitet, obwohl er arbeiten könnte!“ – diese Ansage war bis dato in linken politischen Kreisen verpönt. Transferempfänger galten immer nur als Opfer, die unverschuldet in Not geraten waren. Ihnen auch eigenes Engagement abzuverlangen, um schnell wieder auf eigenen Beinen zu stehen, galt Sozialdemokraten und Sozialverbänden, aber auch den Grünen, als unsoziale Zumutung. Sanktionen gegen Sozialhilfeempfänger? Igittigitt!

Schröder konnte dieses Reformpaket mit Mühe in seiner Partei durchsetzen. Den Bundesrat passierten die Hartz-IV-Reformen fast leichter, weil Union und FDP diesen Kurs mit ihrer dortigen Mehrheit grundsätzlich befürworteten.

Doch die SPD als Partei wurde fast zerrissen, die Linkspartei feierte bei der Bundestagswahl 2005 plötzlich fröhliche Wiederauferstehung. Nie stand die SPD wirklich hinter diesen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen, genauso wenig, wie sie als Partei mit Überzeugung der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 während der zweiten Großen Koalition zustimmte.

LINKER ZEITGEIST

Deshalb weht der Zeitgeist in der SPD – vielleicht aber auch in der ganzen Gesellschaft – wieder deutlich links. Heute distanziert man sich auf breiter Front von der als „neoliberal“ stigmatisierten Agenda-2010-Politik. Alles soll wieder der Staat richten, obwohl die Verschuldung der öffentlichen Budgets größer denn je ist. Jetzt soll Schluss sein mit dem sogenannten „Kaputtsparen“, neue wohlfahrtsstaatliche Leistungen werden wieder ausgelobt: mehr Kindergeld, mehr Rente, mehr Hartz IV. Die Reihe ist nicht abgeschlossen. Und wer soll das bezahlen? Die Reichen natürlich, die Wirtschaft, die starken Schultern. So tönt es unisono aus der SPD-Schar, aber auch aus anderen Lagern. Und der „Gerechtigkeits-Wahlkampf“ zur Bundestagswahl liefert dafür die Metabotschaft. Mit Karl Schiller möchte man der traditionsreichen Sozialdemokratie – doch nicht nur ihr – heute wieder zurufen: „Genossen, lasst die Tassen im Schrank!“

Viele Sozialdemokraten spüren zwar, dass die Umverteilungsorgien der frühen 1970er-Jahre in Zeiten überschuldeter öffentlicher Budgets eigentlich passé sind. Doch weil die SPD über kein marktwirtschaftliches Konzept verfügt, versucht sie den Spagat zwischen weiterer Volksbeglückung und massiver Steuererhöhung: mehr soziale Leistungen für viele und massive Steuererhöhungen für wenige! Als ob dieses Rezept je funktioniert hätte. Ohne florierende Wirtschaft gibt es keinen Sozialstaat.

In der Person des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück manifestiert sich diese kognitive Dissonanz zwischen der Realität und der wirtschaftspolitischen Verortung der SPD. Der Mann muss heute linke Verteilungspolitik propagieren, obwohl er viele Jahre als Ministerpräsident und als Bundesfinanzminister deutlich andere Töne anschlug. Er muss sich verbiegen bis zur Unkenntlichkeit. Es scheint sich zu wiederholen, was im Innenverhältnis zwischen der SPD und ihren pragmatischen Führungspersönlichkeiten seit Jahrzehnten zu beobachten ist. Man denke nur an Karl Schiller, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder oder Wolfgang Clement und ihre sprichwörtliche Distanz zur eigenen Partei. Peer Steinbrück verleugnet sich als Wahlkämpfer selbst. Er persönlich verliert damit seine Authentizität, die SPD aber ihren Rest an marktwirtschaftlicher Kompetenz.

„Verfeindete Indianerstämme“

Von kritischer Distanz zwischen Literatur und Politik

KLAUS STÜWE

Geboren 1966 in Nürnberg,
Professor für Politische Systemlehre
und Vergleichende Politikwissenschaft
an der Katholischen Universität
Eichstätt-Ingolstadt, Vertrauensdozent
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Günther Rüther: Literatur und Politik.
Ein deutsches Verhängnis? Wallstein
Verlag, Göttingen 2013, 352 Seiten,
24,90 Euro.

Günter Grass schreibt Gedichte. Seine Karriere als Schriftsteller begann 1955 mit einem Gedicht, als er bei einem Lyrikwettbewerb den dritten Preis gewann. Und ein Gedicht war es auch, mit dem der Literaturnobelpreisträger im April 2012 weltweit große Aufmerksamkeit fand. Grass warf darin Israel vor, einen Angriff auf den Iran zu planen, was den Weltfrieden gefährden könne. Doch am Ende richtete sich die Anklage gegen den Autor selbst. Inhalt und Form des Gedichts wurden

weltweit kritisiert. Politiker fast aller deutschen Parteien distanzierten sich. Israel erklärte den Schriftsteller zur Persona non grata.

Die Aufregung legte sich rasch, aber die Grass-Episode spiegelte eine alte Konfliktlinie wider: die Beziehung von Literatur und Politik. Das Verhältnis von „Geist“ und „Macht“: Wohl in keinem anderen Land Europas war es von so viel Distanz und gegenseitigem Misstrauen, mitunter jedoch auch von verhängnisvoller Nähe geprägt. Mit dieser schwierigen Beziehung befasst sich das im Wallstein Verlag erschienene Buch des Politikwissenschaftlers Günther Rüther.

Rüthers grundlegende These ist, dass es erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 zu einer „Normalisierung“ des Verhältnisses von Literatur und Politik gekommen sei. Dies deute auf einen Zusammenhang mit der nationalen Frage hin: „Ist es ein Zufall, dass wir eine Entspannung zwischen Literatur und

Politik zu einem Zeitpunkt konstatieren, wo Deutschland in Grenzen lebt, die sowohl von unseren Nachbarn als auch von uns selbst als endgültig bezeichnet werden?“

EIN FOLGENSCHWERER DUALISMUS

Die Wurzeln dieser verhängnisvollen Beziehung zwischen Literatur und Politik sieht der Autor bereits in der Zeit des Absolutismus, verstärkt aber nach dem Ende des Alten Reiches gegeben. In Deutschland sei im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern eine innere Verbindung zwischen Aufklärung und Nationalstaat misslungen. Die nationale Einigung sei der Aufklärung weit hinterhergehinkt. Dadurch habe sich ein „folgenschwerer Dualismus“ zwischen der geistigen und der politischen Welt herausgebildet, der eine Überhöhung des kulturellen gegenüber dem politischen Denken begünstigte. Diese Überhöhung habe dazu geführt, dass sich das Bürgertum „in eine Welt politikferner und kulturverliebter Innerlichkeit“ zurückgezogen habe; der Staat wiederum habe die Literaten als Gegenspieler wahrgenommen und sie unerbittlich verfolgt, wenn er seine Interessen berührt sah.

Nicht wenige Schriftsteller konnten sich dem Zugriff der staatlichen Macht nur durch Flucht entziehen: Friedrich Schiller und Heinrich Heine gingen ebenso ins Exil wie später im zwanzigsten Jahrhundert Thomas und Heinrich Mann, Anna Seghers und die über einhundert Schriftsteller, die der DDR den Rücken kehrten.

Zum deutschen Verhängnis zwischen Geist und Macht zählt aber auch, dass sich

Schriftsteller häufig auf die falsche Seite schlugen: „Das geschah 1914, als sie sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vorbehaltlos und öffentlich wahrnehmbar mit dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat in den Ersten Weltkrieg stürzten.“ Nach 1933 wiederholte sich die Geschichte. Obwohl es an mahnenden Stimmen nicht gefehlt hatte, kam es nach der Machtergreifung Hitlers bei denen, die nicht ins Exil gingen, zu einem Bündnis zwischen Literaten und Repräsentanten des nationalsozialistischen Regimes: „Wo es nicht zu einem Bündnis kam, arrangierte man sich.“ Widerstand zeigten nur Einzelne. Thomas Mann war einer der wenigen, die sich dem Nationalsozialismus mit aller Kraft entgegenstellten, weil er dessen zerstörerische Kraft vorhersah.

VOM HERZENSMONARCHISTEN ZUM VERNUNFTREPUBLICANER

Mit Thomas Mann beschäftigt sich das ganze erste Kapitel des Buches. In einem gelungenen Porträt zeichnet Rüther nach, wie sich der Schriftsteller von einem überzeugten Monarchisten und gefeierten Repräsentanten des wilhelminischen Obrigkeitsstaates nach 1919 zögernd zu einem Verteidiger der Republik und ihrer Werte wandelte. Mit seiner Rede „Von deutscher Republik“ trat er 1922 zum ersten Mal als politischer Mahner und Befürworter der demokratischen Staatsform auf. Demokratie und Humanität, so Mann, seien eins, und da der Mensch dem Prinzip der Humanität folgen solle, habe er also nach einem demokratischen Zusammenleben zu streben. Seinen politischen Standort-

wechsel vom „Herzensmonarchisten“ zum „Vernunftrepublikaner“ (Rüther) erklärte Mann bezeichnenderweise mit literarischen Mitteln. Sein öffentliches Bekenntnis zur Weimarer Republik stützte er auf drei Schriftsteller: Gerhart Hauptmann, Novalis und Walt Whitman.

Mann konnte die Katastrophe freilich nicht verhindern. Im amerikanischen Exil wandte er sich mit Radioansprachen an die deutschen Hörer. Nachdem das Dritte Reich endlich untergegangen war, sprach er von der Kollektivschuld der Deutschen. Im September 1945 rechnete er in einem offenen Brief mit den Schriftstellern ab, die in Deutschland geblieben waren: „[...] in meinen Augen sind Bücher, die von 1933 bis 1945 in Deutschland überhaupt gedruckt werden konnten, weniger als wertlos [...] Ein Geruch von Blut und Schande haftet ihnen an; sie sollten alle eingestampft werden.“

Ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg kam Thomas Mann auch nach dem Zweiten Weltkrieg in eine „Orientierungskrise“. Nach Deutschland wollte er nicht zurückkehren. Aber auch von den USA hatte er sich zunehmend distanziert. Erst im Goethejahr 1949 stattete er Deutschland, das inzwischen zweigeteilt war, einen Besuch ab. Die politische Entwicklung im Westen Deutschlands beurteilte er kritischer als die im Osten. In Westdeutschland, so Mann, klopfe der Nationalsozialismus erneut an die Tür, während er im Osten „den Idealismus und die Menschenfreundlichkeit der kommunistische Grundidee“ lobte.

Wie konnte ein Literat, der die Methoden der Gewalt und Unterdrückung im nationalsozialistischen Deutschland auf Schärfste verdammt hatte, die kommunistische Diktatur weit positiver beur-

teilen? Thomas Mann rechtfertigte sich damit, wie beeindruckt er vom guten Willen und dem Idealismus der Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sei, die einen Rückfall in Krieg und Barbarei verhindern wollten.

Doch für Günther Rüther hat die „Widersprüchlichkeit“ und „Wirklichkeitsblindheit“ Manns tiefere Ursachen: „Die Trennung von Geist und Leben, von Idee und Wirklichkeit, von Kunst und Politik, diese großen Gegensätze seines Lebens, gelang es ihm nie restlos zu überwinden.“

LITERATUR IN DER DIKTATUR

Intellektuelle, so beginnt Rüther im zweiten Kapitel, hätten vor allem die Aufgabe, Distanz zur Macht zu wahren. In der Diktatur aber sei dies schwieriger zu realisieren als in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Doch gerade in der Diktatur sei es für den Intellektuellen besonders geboten, sich nicht den Verführungen der Macht auszusetzen, sondern sie in Zweifel zu ziehen: „In der totalitären Gesellschaftsordnung zählt er zu den wenigen noch verbleibenden Instanzen, die aus ihrem Selbstverständnis heraus dazu berufen sind, die zeitlosen Werte Gerechtigkeit, Wahrheit und Vernunft zu verteidigen.“

Gemessen an dieser normativen Erwartung, wird man Rüther wohl zustimmen können, wenn er sagt, dass ein erheblicher Teil der geistigen Elite in beiden deutschen Diktaturen versagt hat. Schon kurz nach der Machtergreifung Hitlers beteiligten sich einhundert Schriftsteller an Loyalitätserklärungen für den neuen Reichskanzler: „Darunter fanden sich an-

erkannte Namen wie Rudolf Binding, Oskar Loerke, Walter von Molo, Ernst Barlach, Bruno Frank, Rudolf Alexander Schröder, Jakob Wassermann und Gottfried Benn.“

Rüther schließt aus deren Unterschriften nicht unbedingt auf eine intensive Bindung an den Nationalsozialismus; letztendlich sei der Kreis derjenigen, die ihre literarische Arbeit aus Überzeugung in den Dienst des NS-Regimes stellten, klein gewesen. In einer totalitären Diktatur seien die Möglichkeiten des Widerstands begrenzt gewesen. Dies dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, „dass viele Schriftsteller Verrat geübt und ein unmittelbares Bündnis mit der Macht eingegangen sind“.

OPTIONEN DES VERHALTENS IN DER DIKTATUR

Ganz der systematisch denkende Politikwissenschaftler, versucht Rüther, die Optionen, die dem Schriftsteller in der Diktatur idealtypisch offenstehen, zu typologisieren. Es folgen insgesamt acht Porträts von Schriftstellern, die deren Probleme und Haltungen in der Diktatur exemplarisch veranschaulichen sollen: Franz Fühmann, Johannes Bobrowski, Anna Seghers, Christa Wolf, Günter de Bruyn, Hans Joachim Schädlich, Herta Müller und Volker Braun. Bis auf Herta Müller lebten alle in der ehemaligen DDR.

Eindrucksvoll schildert Rüther die verschiedenen Charaktere und zeichnet nach, wie sie allmählich ihre Illusionen über die humanitären Ideale des Sozialismus verloren und – freilich in unterschiedlichem Ausmaß – auf kritische Distanz zum SED-Staat gingen.

Franz Fühmann etwa, der sich vom begeisterten Nationalsozialisten zum überzeugten Stalinisten gewandelt hatte, vermied zunächst in der schuldbewussten Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit jeden Zweifel an der neuen Weltanschauung. In den aufständischen Arbeitern des 17. Juni 1953 erkannte er „faschistische Provokateure“. Erst als 1968 sowjetische Panzer den Prager Frühling beendeten, distanzierte er sich und wurde zum Oppositionellen.

Vorschnelle Urteile über die Schriftsteller der DDR lehnt Rüther deshalb ab. Zwar habe es bei vielen Autoren eine „Komplizenschaft“ mit dem Regime gegeben. Aber er widerspricht zugleich denjenigen, die in der Literatur grundsätzlich keine kritische Grundhaltung glauben entdecken zu können. Diese pauschale Verurteilung werde dem Stellenwert der DDR-Literatur nicht gerecht: „Sie verkennt ihr literarisches und ästhetisches Niveau und übersieht die Anerkennung, die sie gerade auch im Westen Deutschlands in den Jahren der Teilung aus diesem Grund gefunden hat.“

Rüthers Sympathie gilt deshalb zum Beispiel Christa Wolf, die in der DDR blieb, aber mit ihrer Schreibhaltung und Poetik „literarische Botschaften des Unangepasstseins“ formulierte. Voller Bewunderung wird die Haltung der Nobelpreisträgerin Herta Müller beschrieben, die als Banater Schwäbin in Rumänien dem Terror des Ceaușescu-Regimes ausgesetzt war. Rüther würdigt ihr Werk als „Literatur der Angstüberwindung“ und hält sie für die glaubwürdigste literarische „Chronistin der Diktaturschäden unserer Zeit“.

LITERATUR IM GETEILTEN DEUTSCHLAND

Im dritten Teil des Buches geht es schließlich um das schwierige, meist spannungsgeladene Verhältnis der Schriftsteller zur Politik im geteilten Deutschland bis in die jüngste Gegenwart hinein. Die Deutschen, so Rüther, hätten eine ausgeprägte Neigung, in Antinomien zu denken. Zu solchen Antinomien zählten eben auch Gegensatzpaare wie Geist und Macht oder, konkreter, Literatur und Politik. „Dort, wo man deutsch spricht“, wird Hans Magnus Enzensberger zitiert, „sind Politiker und Intellektuelle – wer wüßte das nicht – seit eh und je miteinander verfeindete Indianerstämme“.

Dies äußerte sich in den Jahren der deutschen Teilung vor allem in der „antiwestlichen Grundhaltung“ vieler Schriftsteller der Bundesrepublik. Rüther kritisiert, dass die Kanzlerschaft Adenauers vielfach – etwa von Mitgliedern der Gruppe 47 – als Restaurationspolitik dargestellt wurde. Das Jahr 1968 interpretiert er nicht nur als Jahr der Studentenbewegung, sondern auch als „Radikalisierung der Schriftsteller und Intellektuellen, die eine politische Alternative nur mehr links der SPD sahen“. Die Debatte um den NATO-Doppelbeschluss und die Nachrüstung der Bundeswehr löste Ende der 1970er-Jahre weitere Proteststürme der Schriftsteller aus.

Erst mit der Wiedervereinigung, wie Rüther mit vielen Zitaten abschließend belegt, habe sich das Verhältnis der Schriftsteller zum Staat „normalisiert“. Alte Feindbilder und die in der deutschen Geschichte wurzelnden Vorbehalte und Verhaltensmuster seien endlich überwunden worden.

VON ALTER LAST ZU NEUEN PERSPEKTIVEN

Günther Rüther hat ein lesenswertes Buch geschrieben. Sachkundig und sicher im Urteil zeichnet er das von vielen wechselseitigen Missverständnissen und falschen Erwartungen bestimmte Spannungsverhältnis von Geist und Macht in Deutschland nach und stellt es in einen historischen Kontext. Vielleicht wird der Zusammenhang der nationalen Frage mit dem schwierigen Verhältnis von Literatur und Politik etwas überbetont. Aber das Buch macht ja zugleich in eindrucksvoller Weise deutlich, dass es selten eindeutige Kausalitäten gibt. Und vielleicht hätte man sich auch wünschen können, dass ein wenig mehr über den deutschen Tellerand hinausgeblickt wird. In Lateinamerika etwa ist Literatur ohne Politik kaum vorstellbar, auch in Russland oder in der Tschechischen Republik nicht. Aber Rüther wollte sich eben bewusst auf das „deutsche Verhängnis“ beschränken.

Wie sich hierzulande das Verhältnis zwischen Politik und Literatur weiter entwickeln wird, muss der Autor am Ende offenlassen. Die deutschen Schriftsteller hätten zwar ihre alte Rolle aufgegeben, aber eine neue noch nicht für sich gefunden. Rüther bedauert indes, dass sich viele Schriftsteller zu sehr mit der Last des zwanzigsten Jahrhunderts beschäftigten: „Es mangelt jedoch an einer Auseinandersetzung über die große globale Perspektive des Zusammenlebens der enger miteinander verbundenen Kontinente in den nächsten Jahrzehnten.“

Ein religiös imprägnierter Humanismus

Thomas Manns amerikanische Religion

KARL-JOSEF KUSCHEL

Geboren 1948 in Oberhausen, lehrt Theologie der Kultur und des interreligiösen Dialogs an der Fakultät für Katholische Theologie der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er ist Verfasser des Buches „Weihnachten bei Thomas Mann“ (2008). Zuletzt erschien von ihm: „Leben ist Brückenschlagen. Vordenker des interreligiösen Dialogs“ (2011).

Heinrich Detering: Thomas Manns amerikanische Religion. Theologie, Politik und Literatur im kalifornischen Exil, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2012, 352 Seiten, 18,99 Euro.

Neu ist die Information nicht. Spätestens seit Erika Mann 1965 eine dreibändige Ausgabe mit Briefen ihres Vaters herausgebracht hatte, hätte man im dritten Band den entsprechenden Hinweis finden können, einen Brief, gerichtet an einen gewissen Stephen H. Fritchman, „seit 1948 Pfarrer an der First Unitarian Church in Los Angeles“, wie die Herausgeberin im Anhang vermerkt. Ein höchst aufschlussreiches Schreiben, zumindest für diejenigen, die am „Faktor“ Religion in Werk und Leben Thomas Manns Interesse haben. Denn in dem Brief, geschrieben zwei Jahre nach Rückkehr der Familie Mann aus den USA im schweizerischen Kilchberg und auf den 5. Dezember 1954 datiert, stehen mehr als die üblichen Liebenswürdigkeiten Menschen gegenüber, an die man

sich gerne erinnert. Thomas Mann macht hier zwei bemerkenswerte Angaben, die hätten aufhören und weiterfragen lassen sollen.

Er fühle sich der Unitarian Church „auf mancherlei Weise verbunden“, schreibt Thomas Mann, „auf persönliche und allgemein geistige“ Art. *Persönlich*, weil alle seine vier Enkel (die beiden Töchter von Elisabeth Mann-Borgese, Angelica und Dominica, sowie die beiden Söhne von Michael Mann und seiner Schweizer Frau Gret Moser, Frido und dessen Bruder Anton) in dieser Kirche „die Taufe empfangen“ hätten und Pastor Fritchman persönlich auch seinen Bruder Heinrich, der im März 1950 fast achtzigjährig in Kalifornien verstorben war, „für die Ewigkeit eingesegnet“ habe. „*Allgemein geistig*“, weil der „Geist“ der unitarischen Kirche für Thomas Mann der Geist eines „christlichen Humanismus“ ist, den er nicht nur bejaht, sondern „in wahrer Sympathie bewundert“, seit er ihn kennengelernt habe. Ja, angesichts des gegenwärtig grassierenden Ungeistes eines denunziatorischen Antikommunismus unter Federführung des damals berühmt-berüchtigten US-Senators McCarthy, unterstützt von bestimmten christlichen Kirchen in den USA, eines Ungeistes, der auch ihn, Thomas Mann, aus den USA zu vertreiben half, bescheinigt der Autor der Unitarian Church, „jene westlichen und christlichen Ideale in ihrer Reinheit“ vertreten zu haben, „und zwar unter Opfern“! War doch Fritchman wie Thomas Mann in den Verdacht der Kommunismusunterstützung geraten.

So neu also ist die Information über eine enge persönliche und sachliche Beziehung Thomas Manns zu einer Kirche in der Tradition des Unitarismus nicht.

Denn spätestens seit die entsprechenden Bände der Tagebücher vorliegen, hätte man noch Genaueres erfahren können: dass beispielsweise Tochter Elisabeth ihren Mann Giuseppe Antonio Borgese am 21. November 1939 in der Kapelle der Universität Princeton im Rahmen einer unitarischen Feier geheiratet hat.

OHNE INNERE BINDUNG?

Nur: Nachgegangen war diesen von Thomas Mann selbst gesetzten Signalen in der Forschung bisher niemand. Man nahm sie nicht ernst, unterstellte stillschweigend, dass Thomas Mann, ohnehin stets auf korrekte Formwahrung bedacht, für Familienanlässe die unitarische Kirche ohne jede innere Bindung fallweise ausgenutzt habe, weil diese ihm theologisch und „dogmatisch“ am wenigsten zumutete. In der Tat leitet sich schon der Name „Unitarier“ von Auseinandersetzungen ab, die bereits im sechzehnten Jahrhundert um das Dogma von der Trinität geführt worden waren. „Unitarier“ halten aus Gründen von Schrifttreue und Vernunft an dem „Ein-Gott“-Glauben fest. Ihre Verwerfung des Dogmas hatte den ersten Unitarier, Michael Servet, auf den Scheiterhaufen gebracht. Kein Geringerer als der Reformator Calvin hatte ihn dort verbrennen lassen. Unitarismus, ab 1800 vor allem unter Intellektuellen Neuenglands populär geworden, steht so mit seiner Distanz zum Dogmatismus und seiner Betonung von Vernunft und Ethik von Anfang an unter dem Verdacht der Häresie und ist entsprechend von den etablierten christlichen Kirchen verworfen worden.

Und Thomas Mann? Berührungen mit Unitariern sind vielfach belegt. Und doch kam man gar nicht auf die Idee, zu

fragen, ob seine Bejahung einer rituellen kirchlichen Praxis im Kontext der Unitarier „stimmig“ und getragen war von einem tiefer liegenden Interesse an einer bestimmten Form von Religion. Eine solche Zustimmung war in langen Jahren im Zuge der Arbeiten an den „Josephs“-Romanen gewachsen, die 1943 in vier Bänden abgeschlossen vorlagen und religions- und kulturgeschichtlich eindrucksvoll dokumentieren, dass Religiosität und Humanität eine wechselseitig sich befruchtende Synthese eingehen können. Selbst die noch 2011 unter dem programmatischen Titel *Thomas Mann, der Amerikaner. Leben und Werk im amerikanischen Exil 1938–1952* vorgelegte Untersuchung von Hans Rudolf Vietgen, einem der besten Kenner des Werkes von Thomas Mann, der seit Jahren in den USA lehrt, gibt von Princeton bis Hollywood, von der Verlegergattin Agnes E. Meyer bis zu Präsident Roosevelt über vieles Auskunft und über vieles erschöpfend; sie hat aber für die Beziehung Thomas Manns zur unitarischen Kirche und damit zum Komplex „Religion“ auf ihren nahezu 600 Seiten nur einige Randbemerkungen übrig. Dabei hatte man doch schon in Thomas Manns Rechenschaftsbericht „Die Entstehung des Doktor Faustus“ von 1949 Hinweise auf die Bindung an die Unitarian Church finden können.

SPÄTE ENTDECKUNGEN

Deshalb liest man die 2012 vorgelegte relativ kleine Studie von Heinrich Detering mit besonderer Spannung. Ihr Titel ist nicht weniger programmatisch: *Thomas Manns amerikanische Religion*. Man liest und staunt über all das, was zu entdecken gewesen wäre, hätte man sich wie der Göt-

tinger Germanist derselben gründlichen Recherche unterzogen. Dabei kann Detering einen Fingerzeig aufnehmen, den Thomas Manns Enkel Frido zuerst 2005 bei einem Vortrag in Lübeck und zuletzt 2008 in seiner Autobiografie *Achterbahn* gegeben hatte. Schon der einstige „Lieblingsenkel“ habe, so Detering, die unitarischen Kontakte Thomas Manns mit den religiösen Sujets in Zusammenhang gebracht, die im „biblischen Werk“ des „Joseph“-Romans und der Mose-Novelle *Das Gesetz*, dann im *Doktor Faustus* und schließlich im „Erwählten“ so unübersehbar in den Vordergrund getreten seien. Allerdings sei Frido Mann dieser Spur selbst nur wenige Schritte nachgegangen. Es ist ein glücklicher Einfall, Frido Mann am Ende des Buches von Detering in einem eigenen Beitrag „Was mich betrifft“ zu Wort kommen und persönliche Erinnerungen und Schlussfolgerungen schildern zu lassen.

Detering aber ist in das Archiv der unitarischen Kirche eingestiegen, angesiedelt in Boston bei der Bibliothek der Harvard University, hat vor Ort in Los Angeles recherchiert und ist dabei fündig geworden. Das Wesentliche knapp zusammengefasst, hat er Folgendes, versehen mit einer Fülle dokumentarischer Fotos, zutage gefördert:

1. Erste Kontakte zur unitarischen Kirche dürften schon auf das Jahr 1940 zurückgehen. Nie hat Thomas Mann vergessen, dass es Unitarier waren, zusammengeschlossen in einer Hilfsorganisation für Flüchtlinge aus Europa (*Unitarian Service Committee*), die 1940 seinem Bruder Heinrich, seinem Sohn Golo und dem Ehepaar Alma und Franz Werfel ihre riskante, abenteuerliche Flucht aus Frankreich über Spanien und Portugal in

die USA ermöglichten. Ein sichtlich erleichteter Thomas Mann misst diesem Ereignis derart viel Gewicht bei, dass er diese Rettung seiner Lieben geradezu ein „Familien-Dünkirchen“ nennen kann. Detering zufolge spricht alles dafür, „dass Thomas Manns bewusste, praktische, tatkräftige Sympathie mit den organisierten Unitariern hier ihren Anfang genommen hat: in der Hilfeleistung für verfolgte und bedrohte Hitler-Gegner, unter denen auch seine Nächsten waren“.

2. Nicht erst zu Stephen Fritchman, sondern schon zu dessen Vorgänger im Amt hatte Thomas Mann eine enge Verbindung. Er hieß Ernest Caldecott. Zum ersten Mal in der biografischen Thomas-Mann-Forschung hat Detering Rolle und Profil dieses Mannes „aufgedeckt“. Mit ihm dürfte Thomas Mann sich bei mehreren Besuchen vor allem über den Themenkomplex „Religion, Christentum, Demokratie“ ausgetauscht haben. Das wird nicht immer im Konsens geschehen sein, ist Caldecott doch „einer der profiliertesten Vertreter des radikal-humanistischen Flügels seiner Kirche“. So hatte er 1933 (im Jahr seines Amtsantritts in Los Angeles) ein „Humanistisches Manifest“ unterzeichnet, das die unitarische Bewegung erschüttern und in einen jahrelang geführten Streit zwischen „Theisten“ und „Humanisten“ hineintreiben sollte. Es ging hier buchstäblich „ums Ganze“, sprich: um das Gottesverständnis der Unitarier und damit um ihren Status als „Religion“ oder als „christliche“ Kirche. An den Überzeugungen des radikalen „humanistischen Agnostikers“ Ernest Caldecott, der nach Widerständen gegen seine Amtsführung 1948 sein Amt an Stephen Fritchman abgeben musste, konnte Thomas Mann sein eigenes Religions- und

Gottesverständnis überprüfen. Detering fördert ein Dokument vom 30. Oktober 1948 zutage, eine Weihnachtsbotschaft zu Händen von Caldecott, in dem Thomas Mann sein Verständnis von „Religiosität“ unter deutlicher Bezugnahme auf „Gott“ präzisiert.

3. Wie eng dann die Beziehungen Thomas Manns zu Stephen Fritchman sind, kann Detering ebenfalls anhand neuer Dokumente eindrucksvoll belegen. Darunter ist Fritchmans umfassende Würdigung von Thomas Manns Werk nach dessen Tod 1955, vor allem aber eine Kanzelrede, die der Autor auf Einladung des Pfarrers am 4. März 1951 in der First Unitarian Church in Los Angeles gehalten hat. Drei Informationen aus diesem Text sind besonders aufschlussreich: *Zum einen* spricht Thomas Mann jetzt öffentlich davon, dass er besonders mit dieser Gemeinde in Los Angeles „intimately connected“ sei, was Detering zufolge „auf eine formelle Mitgliedschaft“ ebenso schließen lässt „wie darauf, dass er auch ohne Beitrittsakt faktisch als Mitglied angesehen wurde“. *Zum Zweiten* verweist der Kanzelredner ausdrücklich auf seine „lutherische“ Herkunft, („I am a Lutheran“), was in diesem Kontext ein klares Signal ist. Thomas Mann hatte nie daran gedacht, die eigene geistige Verwurzelung in einem lutherischen Christentum zu verleugnen. Zugleich aber macht er *drittens* klar, dass er jetzt dazu neige, Religion in einem „etwas breiteren Sinn“ zu verstehen, „allgemeiner moralisch und ethisch“ und nicht in den engen Grenzen „irgendeines Einzel-Dogmas“. Zu Erläuterung fügt Thomas Mann noch an: „Was heute, vielleicht dringlicher als jemals zuvor vonnöten ist, das ist angewandte Religion, angewandtes Christentum – oder, wenn Sie wollen, ein

neuer, religiös imprägnierter Humanismus, aggressiv darauf ausgerichtet des Menschen Stand und Zustände auf der Erde zu verbessern, indem er sich zugleich ehrend und ehrfürchtiger vor dem Geheimnis verneigt, das aller menschlichen Existenz zugrunde liegt und das niemals gelüftet werden kann und wird, denn es ist heilig.“

RESPEKT VOR DEM HEILIGEN

Das war nicht das Statement eines radikalen „humanistischen Agnostikers“, wohl aber ein Signal der geistigen Übereinstimmung mit solchen Kräften innerhalb der unitarischen Bewegung, die Religion nicht auf Humanität und Humanität nicht auf religionsfreien Humanismus reduzieren wollten. Das Schlüsselwort heißt „religiös imprägnierter Humanismus“, ein Wort, das genau kalkuliert und in allen seinen Komposita ernst genommen werden will, einschließlich des Respekts vor dem Geheimnis des „Heiligen“. Es ist damit ein Signal an alle diejenigen, die mit Thomas Mann eine Religiosität mit dem Primat zwar nicht des Dogmas, wohl aber der *praxis pietatis* suchen, der tätigen Nächsten- und Fernstenliebe, und die so nicht ein sozial und politisch folgenloses, sondern ein „angewandtes Christentum“ leben wollen. Weil Thomas Mann für diese Form des Christentums bei den Unitariern der USA Verständnis und Bundesgenossen fand, kann man dafür mit Fug und Recht wie Detering das Etikett „amerikanische Religion“ benutzen. Er selber nennt es in seinem letzten Brief an Fritchman vom Oktober 1954 sachgemäßer einen „christlichen Humanismus“. Diesem gilt seine ganze „Sympathie“, ja seine

„Bewunderung“, seit er erstmals davon hörte – in Kalifornien, wie wir jetzt ergänzen dürfen.

Wie sehr Kirchenpraxis und Gemeindeverbundenheit eine spezifisch amerikanische Erfahrung war und blieb, macht Frido Mann in seinem Beitrag noch einmal deutlich. Thomas Mann als aktives Mitglied einer Gemeinde von Unitariern in Los Angeles – das war stimmig. Als aktives Mitglied einer katholischen oder protestantischen Gemeinde in Europa? Undenkbar! „Seit der Einstellung seiner Gottesdienstbesuche in der protestantischen Marienkirche in Lübeck als Halbwüchsiger hat Thomas Mann in Europa nur ganz ausnahmsweise noch protestantische Gottesdienste [...] besucht. Anders im amerikanischen, genauer: erst im kalifornischen Exil an der Pazifikküste. Hier äußert sich Thomas Manns Überzeugung an der Schnittstelle zwischen Humanismus und Religion zum überhaupt ersten Mal über das Schriftstellerische hinaus auch praktisch: in seiner aktiven und engagierten Mitwirkung in einer Kirche, im Gemeindeleben und in den dort von ihm selbst initiierten Riten von Taufe und Beerdigung. Hier schlägt sich seine Überzeugung auch in sehr persönlichen Zeugnissen nieder.“

Wie informativ diese Zeugnisse sind und wie stimmig sie von Thomas Manns höchst reflektiertem Verständnis von Religion „gedeckt“ sind, macht das Buch von Heinrich Detering anschaulich nachvollziehbar. Ein Gewinn für alle, die dem Thema „Thomas Mann und Religion“ Bedeutung zumessen.

„Das Ästhetische muss zunächst einmal dienen“

Fragen an einen Solitär der deutschen Literatur

PATRICK ROTH

Geboren 1953 in Freiburg im Breisgau, Schriftsteller und Regisseur. Zuletzt erschienen: „SUNRISE. Das Buch Joseph“ und „Die amerikanische Fahrt – Stories eines Filmbesessenen“ im Wallstein-Verlag, Göttingen.

37 Jahre lebte und arbeitete Patrick Roth in Los Angeles (USA), angezogen und inspiriert von der „Traumfabrik“ des amerikanischen Films. Über mehrere Jahre wirkte er in der Filmbranche, knüpfte dort zahlreiche Kontakte und produzierte eigene Filme. Patrick Roth wandte sich dann aber immer intensiver dem Schreiben zu. Eines seiner Markenzeichen ist ein drehbuchähnlicher, aber lyrisch anmutender Schreibstil, der den Leser in den Sog mitreißender Szenen zieht. Bekannt wurde er insbesondere durch die *Christustrilogie*, eine Novelle und zwei Romane, die urchristliche Themen aufgreifen. Die

Konrad-Adenauer-Stiftung zeichnete ihn für diese literarische Meisterleistung 2003 mit ihrem Literaturpreis aus. Sein vielleicht bedeutendster Roman *SUNRISE. Das Buch Joseph* ist 2012 erschienen und hat großes Aufsehen erregt. Bereits im Erscheinungsjahr wurde seine Lesung im Südwestrundfunk ausgestrahlt. Das Buch erzählt die Geschichte des Joseph von Nazareth, dem in biblischen Texten nur eine Nebenrolle zukommt. Mit diesem Werk hat Patrick Roth seine Lebensspanne in den USA abgeschlossen und ist in seine Heimat zurückgekehrt.

Was bewegt Sie zu schreiben – auch im Unterschied zum Filmemachen?

Patrick Roth: Es sind letztlich immer wieder die Träume – die Träume, die nicht nur den Anstoß geben zu einer Arbeit, sondern sie dann auch unterstützen, die



Foto: Gerster/laif

Arbeit tragen. Sonst hätte ich für ein Buch wie das letzte – also für *SUNRISE. Das Buch Joseph*, das über sechs Jahre hin entstand – einfach nicht den Atem gehabt. Den „langen Atem“ – den geben mir die Träume. Ich würde sagen: Ohne deren kompensierende, ermutigende Inspiration hätte ich nach einem halben Jahr schlappgemacht.

Kennen Sie dieses intensive Arbeiten an einem Stoff nicht auch aus Ihrer Erfahrung als Filmemacher?

Patrick Roth: Beim Filmen ist das anders. Einerseits arbeitet man da im Team, ist also – auch äußerlich – ständig in einem Dialog: Es wird einem „zugearbeitet“ oder widersprochen. Andererseits liegt gerade im Sicherheitsgefühl, das einem die Crew, der Drehbuchpartner, die Schauspieler oder Produzenten vermitteln, die größte Gefahr. Nämlich: das eigentliche Ziel der Arbeit aus dem Auge zu verlieren. Mit „Ziel“ meine ich: jenes erste geheime Gefühl zu bewahren – jenen ersten Impuls,

die erste Vision, die den Regisseur zur Arbeit drängt, die Arbeit beginnen ließ –, und zwar bis zur Fertigstellung hin kompromisslos zu bewahren. Das ist das Schwerste. Beim Filmen wird diese geheime Kernsekunde der Vision, die alles anstieß, alles färbte, allem erste Form gab, meist durchs Kollektiv verwässert, jener „Kern“ wird entschärft, unscharf, vergessen, durch ständige kleine Kompromisse aufgelöst. Am Schreibtisch aber – um wieder zum Schriftsteller zurückzukehren – habe ich vielleicht bessere Chancen, jenem „Ziel“, dem Kern jener ersten Vision, gerecht zu werden, ihn in der Arbeit aufzubewahren und ihn möglichst getreu – kompromisslos – abzubilden, beziehungsweise aus ihm Bilder entstehen zu lassen. Denn ich brauche am Schreibtisch kein Team, keine Millionen, um mein Buch zu schreiben. Ich bin einzig angewiesen auf mein Unbewusstes – das eben nicht „mir“ gehört. Ich sage: „mein“ Unbewusstes – aber das Possessivpronomen täuscht da eigentlich. Also ist entscheidend für den Fortgang der Arbeit mein Vermögen –

oder Unvermögen –, auf solche Träume zu antworten, sie zu verstehen. So wenigstens sagt mir das meine Erfahrung.

Wie kommen Sie dazu, biblische Figuren wie etwa Jesus und Joseph von Nazareth in Ihren Novellen und Romanen aufzugreifen? Ich meine: Fürchten Sie nicht, so in eine religiöse, für manche deshalb unzeitgemäße Ecke gestellt zu werden? Oder ist das eine bewusste Opposition gegen den Zeitgeist?

Patrick Roth: Also letztlich fragen Sie doch: Hat das Religiöse heutzutage überhaupt einen Platz in der Literatur? Und da kann ich nur subjektiv antworten: Was mich betrifft, geht wirkliche Literatur immer über das Ästhetische hinaus. Geht in einen Bereich des Transzendenten, den man auch mit dem Wort „religiös“ umschreiben kann, insofern damit eine größere, umfassendere Wirklichkeit als unser Alltag gemeint ist. Wenn Literatur im Ästhetischen hängen bleibt, also das Bezogensein auf ein Absolutes, auf ein Unendliches nicht besitzt, dieses Bezogensein nicht anstrebt oder es außer Acht lässt, dann verliere ich einfach das Interesse. Dann bewegt mich die Erzählung, der Roman, der Film – was immer es ist – einfach nicht tief genug. Das heißt umgekehrt aber nicht, dass mich Literatur „packt“ oder packen würde, weil sie sich „das Wort Gott gönnt“ – oder der Protagonist mal eine Kirche besucht, die Handlung des Buchs an einem Sonntag, Karfreitag oder an Weihnachten spielt. Ich finde: Unbeholfene, kraftlos öde Literatur kennt keine „Religionsgrenzen“. Sie „gesundet“ dann auch nicht am religiösen Einsprengsel, am religiösen Spiel.

Wollen Sie damit sagen, dass die Form, die Sprache, der Stil eines Textes Sie gar nicht interessiert?

Patrick Roth: Nein. Verstehen Sie, ich lehne das Ästhetische ja nicht ab – ich muss als Schriftsteller mit allem arbeiten, was mir auch an „techné“, an künstlerischen Ausdrucksmitteln, zur Verfügung steht. Aber die ästhetische Dimension des Textes oder Films muss – meiner Meinung nach – zunächst einmal „dienen“, das heißt, sie muss die aufmerksamste Entsprechung zum Inhalt anstreben. Und dann, letztlich, muss diese ästhetische Dimension durchbrochen werden. Auf ein Anderes, uns Übersteigendes hin. Dieses Andere, dieses Erlebnis des Anderen, ist dann auch verpflichtend – ethisch verpflichtend. Das ist jedenfalls meine Erfahrung mit großen Kunstwerken, ob mit Büchern oder großen Filmen. Ich empfinde da etwas Bindendes, dem ich treu sein sollte, etwas – eben: „Religiöses“ – Verpflichtendes. Das heißt: Ich bin danach verändert.

Wie äußert sich diese Veränderung des Lesers oder Zuschauers?

Patrick Roth: Ich würde sagen: Etwas in mir hat sich – während des Lesens, Sehens, oder Hörens – verwandelt, hat sich ihm – dem Buch oder Film, dem Kunstwerk – nämlich *anverwandelt*. Etwas vom Buch oder Film bleibt in uns – eine *Erfahrung*, die wir an ihnen gemacht haben; und die ihre Wurzeln letztlich in *uns* hat. Nur waren sie – diese Wurzeln, diese Tiefenbereiche in uns – verschüttet, vergraben oder tot. Das Buch oder der Film, das Kunstwerk, hat sie jetzt wieder lebendig gemacht. Das ist der Idealfall, die Ambition. Ich sage nicht, dass meinen Büchern das in jedem Fall gelingt. Aber das ist ihr Ziel.

Dann wäre also das Kriterium für den Aspekt des Religiösen in der Kunst: ob das Werk in der Lage ist, den Leser, den Betrachter zu verändern?

Patrick Roth: ... zu verändern in seiner Einstellung diesen Inhalten gegenüber, ja. Denn ich will eigentlich keine Trennwand mehr zwischen „Religion“ und „Literatur“. Die Literatur, überhaupt: das „Medium“ der Kunst, hat meiner Meinung nach eine verbindende Funktion. Die Funktion der Literatur – wie auch der Religion – ist, so sehe ich es, die *coniunctio oppositorum*, das heißt die Vereinigung oder Zusammenkunft der Gegensätze. Die Literatur – die Kunst überhaupt – ist das einzige Medium (im ursprünglichen Wortsinn) zwischen Tag und Nacht, zwischen unserem Bewusstsein und dem Unbewussten. In der Literatur arbeitet sich individuelles Bewusstsein – das Bewusstsein des Schriftstellers – an der Macht des Unbewussten ab, an Visionen und Traumimpulsen etwa, die wir nicht „gemacht“ haben. So auch in der Religion. Deren Fundament ist kein bewusstes Produkt. Denken wir an die Träume Josephs, an die großen Träume und Visionen der Propheten, an die Mythen.

Das war jetzt ein kleiner Exkurs, den wir da gemacht haben. Darf ich nochmals auf den letzten Teil meiner Frage zurückkommen: Fürchten Sie nicht, in eine religiöse, für manche deshalb unzeitgemäße Ecke gestellt zu werden? Ist das eine bewusste Opposition gegen den Zeitgeist?

Patrick Roth: Vielleicht werde ich vom „Kulturbetrieb“ – jedenfalls was meine Bücher mit biblischen Stoffen angeht – zu den „Unzeitgemäßen“ gerechnet. Aber

meine Bücher verstehen sich nicht als „bewusste Opposition gegen den Zeitgeist“. Denn der Auftrag für solche Bücher kommt, wie gesagt, immer von innen. Und mein Traum, der mich fordert, fragt nur bedingt nach dem „Zeitgeist“, den wir von außen wahrnehmen. Mein Traum schert sich letztlich nicht darum, vom „Zeitgeist“ gebilligt, abgelehnt oder ignoriert zu werden.

Wie sind Sie biografisch mit der Bibel verbunden?

Patrick Roth: Das Interesse an den Geschichten der Bibel und ihren Bildern war eigentlich schon in der Kindheit da. Das verschwand wieder, wurde von anderem überdeckt. Und kam dann wieder auf in den 1960er- und 1970er-Jahren – und zwar über den Film. Über die großen Filme von Wyler, Pasolini, Carl Theodor Dreyer, Bresson, Bergman. Zu jener Zeit auch über Schriftsteller wie James Joyce und Arno Schmidt, deren Sprache diese tiefen Wurzeln ja sichtbar gemacht haben, Wurzeln, die unsere Kultur in den frühen Bibelübersetzungen eben unleugbar hat – also zum Beispiel in der King James- oder der Luther-Übersetzung. Ich habe heute noch ein Faksimile der ersten Lutherbibel, die DTV damals als Taschenbuch druckte. Das war großartig, die ganze Sprache des sechzehnten Jahrhunderts war mir durch diese drei Bände damals wieder nahegerückt. Und Arno Schmidt tat Ähnliches, wenn er mich in seinen *Nachrichten von Büchern und Menschen* zum Beispiel für Herder, Wieland, Klopstock, Barthold Hinrich Brockes oder Schnabels *Insel Felsenburg* begeistert hat. In all diesen Autoren ist diese Sprache und sind mithin diese biblischen Bilder noch wach – natürlich lokal

oder zeitlich überlagert. Später, da war ich schon in den USA, kam die große Übersetzung der hebräischen Bibel durch Buber und Rosenzweig dazu.

Aber die eigentliche Nähe zur Bibel und ihren Inhalten erschloss sich dann – für mich – erst über die Psychologie, genauer gesagt: die Tiefenpsychologie C. G. Jungs. Ich habe einfach nachexperimentiert, anhand seiner Forschungen und an mir selbst, an eigenen Traumserien: nachexperimentiert, ob Erfahrungen mit der Psyche, wie Jung sie gemacht hat, mit psychischen Inhalten überhaupt, auch für mich zutreffen. Ob also dieses „Unbewusste“, von dem Jung spricht, wirklich „objektiv“ existiert, wie es auf uns wirkt und wie, umgekehrt, wir darauf einwirken können – indem wir es ansehen, ihm antworten, uns richtig darauf einstellen.

Welche Erfahrungen haben Sie mit den verschiedenen Reaktionen religiös vorgeprägter und nicht vorgeprägter Leser gemacht?

Patrick Roth: Neulich hat mich mal jemand gefragt, ob ich meinen Lesern einen „neuen Zugang zu Gott“ verschaffen wolle. Also *das* wäre sicherlich zu viel behauptet. Aber manchmal höre ich doch, dass man etwas in einem neuen Licht sieht oder einem etwas neu aufgegangen ist. Nicht nur bei Lesern, denen manches Bild durch den Religionsunterricht aus ihrer Kindheit noch bekannt ist. Wobei deren Bilderinnerungen, stelle ich fest, oft mit Unangenehmem vermischt sind, mit unangenehmen Erinnerungen an die Art und Weise nämlich, wie einem die biblischen Stoffe beigebracht wurden. „Augen zu, das muss man ‚glauben‘“, so in der Art. Genau *diese* Sichtweise meidet mein Buch ja: Neith, die Er-

zählerin in *SUNRISE*. Das Buch Joseph sagt zu ihren beiden Zuhörern: „Nicht glauben sollt ihr, sondern erfahren. Wenn ihr mich hören wollt.“ Ich erinnere mich aber auch an Reaktionen einiger Leser, die in der DDR aufgewachsen sind. Bei ihnen – die mit der Bibel oft nicht vertraut sind – löste *SUNRISE* eine Erschütterung aus, eine emotionale Erfahrung, die einen möglichen Zugang zu diesen Bildern, zu diesen Stoffen freilegte. Die lasen *SUNRISE* viel eher als Vater-Sohn-Geschichte. Das ist auch völlig legitim so – man muss für dieses Buch kein Vorwissen haben. Dass man dann nach der Lektüre – mit der Erfahrung der Lektüre – hier und da neugierig geworden ist, hab ich in einigen Fällen auch gehört.

Da Träume einen entscheidenden Anteil an Ihrem Werk haben: Stellen sich die kontinuierlich ein oder gibt es auch traumlose Zeiten? Wie gehen Sie gegebenenfalls damit um?

Patrick Roth: Ich erinnere meine Träume nicht täglich. Es geht, wie gesagt, bei Träumen auch gar nicht um das „wie oft“ oder das „wie groß“. Eine quantifizierende Einstellung wäre da falsch, meine ich. Es geht um das, was ich tun kann, mit dem Traum tun kann – und dem sind immer ganz menschliche Grenzen gesetzt. Manchmal stürzt das Unbewusste auf mich ein – es kommt dann zu viel, kommt zu mächtig, kommt in sechs, sieben, acht Bildern in einer einzigen Nacht. Und ich muss mir dann sagen: Ich kann vielleicht nur an der Lösung des *einen* Problems, das mir beim Nachdenken über den Traum klarer wurde, weiterarbeiten, kann nur versuchen, *das* ein Mal handelnd umzusetzen, dieses *eine* – so weit ich’s

eben verstehe. Das ist dann auch genug. Umgekehrt sind traumlose Phasen kein Grund zur Beunruhigung; und trotzdem wirken sie auf mich manchmal so. Es ist, als wisse ich dann nicht, was „hinter mir“ vorgeht; als hätte ich den Verbindungsfaden verloren.

Welche Rolle spielt die Tiefenpsychologie in Ihrem Werk? Empfinden Sie eine gewisse Spannung zwischen psychologischer Betrachtung und religiösem Gefühl, das ja weniger von Reflexion als von Hingabe geprägt ist?

Patrick Roth: Naja, die Tiefenpsychologie spielt für mich als Autor eine enorme Rolle. Die wichtigste Rolle, was das Verstehen der Bilder oder der Emotionen, die mich bewegen, angeht. Ohne das Werk – das heißt auch: die Erfahrungen – von Wissenschaftlern wie Sigmund Freud, Carl Gustav Jung, Marie-Louise von Franz und Edward Edinger wäre es heute nicht in dem Maße möglich, Bewusstsein aus vielen dunklen Bildern der Psyche zu ziehen; oder zum Beispiel die Bedingungen psychischer Projektion oder psychischer Inflation zu verstehen und – eben bewusst – „Gegenmaßnahmen“ zu treffen beziehungsweise dagegen anzugehen. Wenn mir ein Bild kommt, das mich fasziniert – dann lasse ich mich zunächst einmal darauf ein. Das käme dem gleich, was Sie gerade mit „Hingabe“ bezeichnet haben. Das ist aber nur die erste Phase der Arbeit. Ich muss es, das Bild, in der zweiten Phase dann, zu *verstehen* suchen, um es einordnen zu können – um auf das, was das Unbewusste mir kreativ zuwirft, kreativ antworten zu können: „mit allem, was ich habe“. Sie sehen: auch hier sind „Reflexion“ und „Gefühl“ oder „religiöse Hingabe“

letztlich notwendig alternierende Phasen *eines* Prozesses, der den Dialog zwischen den Gegensätzen fruchtbar machen will.

Welche Wirkmacht sprechen Sie also der Dichtung zu? Kann sie eine heilende Wirkung auf den Menschen entfalten oder ist das zu viel gesagt?

Patrick Roth: „Sie *kann*“, würde ich meinen, ist nicht zu viel gesagt. Sie könnte... Sie *sollte* es sogar, denn sie, die Dichtung, die Kunst, die Religion: das wären doch Orte, an denen sowohl das Unbewusste auf unser individuelles Bewusstsein Einfluss nimmt als auch unser individuelles Bewusstsein aufs Unbewusste – indem der Künstler reagiert, bewusst reagiert, fordernd, fragend, bedenkend, dem Unbewussten damit seine Antwort gibt, also in einen Dialog mit ihm tritt.

Ein Beispiel: Wenn Sie als Schriftsteller den Bildern, die Ihnen aus dem Unbewussten einkommen, die Ihnen nachgehen, die Sie bedrücken, beschweren, belasten oder freudig stimmen, hoffen machen, neue Kraft zufließen lassen ... wenn Sie diesen Bildern aus dem Inneren *nicht* nachgehen, sie nicht bedenken, nicht Ausdruck suchen für sie, sondern sie verdrängen, zu vergessen suchen: dann können Sie krank daran werden. Seelisch oder physisch krank. Das sagt die Erfahrung. Die Erfahrung sagt, dass der kreative Impuls, das kreative Talent im Leben eines Menschen sich in Gift – in seelisches Gift – verwandelt, wenn solche Impulse nicht angenommen werden, wenn wir dem kreativen Impuls ständig zuwiderhandeln, ihn verleugnen, ihn abtöten.

Das gilt auch für den religiösen Impuls – auch der kommt von innen, muss hervorgebracht, ins Leben gebracht werden,

sonst wirkt er zerstörend auf die Seele. Im apokryphen Thomas-Evangelium gibt es eine interessante Aussage zu diesem Zusammenhang. Das siebzigste Logion lautet: „Jesus sprach: Wenn ihr hervorbringt, was in euch ist, wird das, was ihr habt, euch retten. Wenn ihr das nicht habt in euch, wird das, was ihr nicht in euch habt, euch töten.“

Empfinden Sie Einsamkeit in Ihrer Arbeit oder fühlen Sie sich gewissermaßen im Kontakt, im „Gespräch“ mit Ihrem Leser, vielleicht konkreten Lesern?

Patrick Roth: Nein, es ist – abgesehen vom Dialog mit dem Unbewussten, der die Arbeit begleitet – eine ganz und gar einsame Tätigkeit. Der Gedanke an die Leser, an ein Außen, einen Verlag, gar an Kritiker, würde den Prozess zu diesem Zeitpunkt nur stören. Wenn die Arbeit getan ist, den Inhalten so gut als möglich Ausdruck verschafft wurde – auf dem „Papier“ oder am PC –, dann ist dafür noch Zeit genug. Dann kommen Gedanken wie: „Wem gebe ich das jetzt, welchem Verlag?“ Und davor noch, für mich wenigstens, die Frage: „Wem kann ich das – zunächst einmal – *vorlesen*?“ Ich brauche den ersten Hörer, ersten Zuhörer, der vor mir sitzt; auch um den Text – über diesen Zuhörer – noch einmal selbst „wie zum ersten Mal“ zu hören, ihn zu prüfen.

Ist Dialog nur ein literarisches Mittel für Sie oder stellt er im Grunde genommen auch ein Modell einer Formung der Gesellschaft dar?

Patrick Roth: Der Dialog ist eben nicht „nur“ ein literarisches Mittel. Sie wissen ja,

wie hoch ich ihn einschätze. Der Dialog ist ein Prinzip. Er verkörpert, er inkarniert jenen Ort eines möglichen Zusammenkommens der Gegensätze.

In Ihrem Buch Joseph gibt es extrem gewalttätige Szenen. Welche Eindrücke verbergen sich dahinter?

Patrick Roth: Die Zeit, jene Anfangszeit des Christentums, jene Übergangszeit – die Zeit Jerusalems unter römischer Besatzung beziehungsweise belagert von römischen Legionen im Jahr 70, also im Jahr der Rahmenhandlung von *SUNRISE* –, war eine für uns schier unvorstellbar grausame Zeit. Und doch sind wir – das ist, glaube ich, wichtig zu wissen – immer nur durch eine hauchdünne Schicht von ihr getrennt. Wir sehen doch „in den Medien“ nicht wirklich, was derzeit in Afghanistan, in Syrien oder sonst wo geschieht. Dieses Dunkle, dieses wirkliche tiefe Dunkel, dieses Böse, an dem wir leiden, will Ausdruck; es darf nicht verleugnet werden. Gerade wenn wir von Gott reden.

Bilder des Holocausts haben sich in Ihrer Jugend eingeprägt, wie wir einem Ihrer Interviews entnommen haben. Welche Bilder, glauben Sie, prägen junge Menschen heute am stärksten?

Patrick Roth: Am stärksten prägen uns Kräfte, deren wir uns nur am Rande bewusst sind, die so übermächtig sind, dass man nur punktuell aus ihnen erwacht. Ein Beispiel: Sie fragen „Welche Bilder sind prägend?“ Das klingt, als sei heute die Qualität der Bilder noch der ausschlaggebende Faktor. Das würde aber voraussetzen: Ruhe, eine gewisse Kontemplation,

„judgement“, bewusstes Urteil über die Qualität, den Sinn, Zweck oder die Unbrauchbarkeit eines Bildes. Der prägende Faktor scheint heute aber vor allem die *Quantität* der Bilder zu sein, ihre auflösende, Bewusstsein und Konzentration zersetzende Übermacht, Schnelligkeit und äußere Abrufbarkeit – da sehe ich eine große Gefahr. Die Bilder werden eben, wie in zunehmendem Maße „Wissen“ überhaupt, *außen* gespeichert, „ausgelagert“, von außen her abgerufen. Wissen erscheint so nicht mehr als Erfahrung, die wir uns zu eigen machen, nämlich verinnerlichen müssen, sondern wird, auch und gerade von der jüngeren Generation, als „*knowledge at your fingertips*“ verstanden: als Daten, über die man jederzeit verfügen, die man jederzeit abrufen kann. Damit verliert „Wissen“ eine Funktion, die ich für entscheidend halte. Wirkliches Wissen hat *verwandelnde* Funktion. Es verwandelt seinen Träger, es macht ihn zu einem anderen, *weil* er nun weiß und an diesem Wissen *zu tragen* hat, vielleicht sogar leidet. Dieser Aspekt geht zunehmend verloren – und das allerdings ist ein „Bild“, das uns derzeit prägt. Es passt zu unserer seelischen Wurzellosigkeit, zum Verlust der Wurzeln, an denen das Individuum Verbindung hätte zur Tiefe und zu sich selbst finden könnte. In einer Zeit des Übergangs bedeutet das: die Gefahr des Nur-noch-Mitgerissenwerdens.

„In einer Zeit des Übergangs“ und der Auflösung befindet sich ja auch der Joseph Ihres Romans ...

Patrick Roth: Ja, stimmt. Und wenn ich’s mir recht überlege, wird im zwölften Kapitel von *SUNRISE* dazu auch Stellung genommen. Allgemein kann man viel-

leicht sagen: Es wäre wichtig, den *Sinn* des Zustands zu verstehen, in dem wir uns befinden – diese schier sinn-los gewordene Welt einer Unzahl von Bildern, diesen „heap of broken images“, diesen Scherbenhaufen, in dem wir – wurzellos geworden – uns zu verlieren drohen; ihn nämlich zu verstehen als Auftrag, als unser „*assignment*“, als Herausforderung an das Bewusstsein des Menschen, die Scherben wieder zu lesen, uns auf die Arbeit am neuen „Gefäß“ einzulassen – „*with everything we got*“. Im Bild gesprochen, sind es die Scherben eines zerschollenen Gefäßes, das uns einst „fasste“, das allem und allen „Sinn“ gab – unser Mythos etwa, in dem wir und unsere Kultur gänzlich enthalten waren. Der „Auflösung“ oder dem „Zerschellen“ des Gefäßes entspräche die Gefahr der Wurzellosigkeit, des Sich-Verlierens in den Scherben.

Woran haben Sie zuletzt gearbeitet? Oder musste nach dem wirklich qualitativ wie quantitativ gewichtigen Opus *SUNRISE*. Das Buch *Joseph* eine längere kreative Pause eintreten?

Patrick Roth: Ich habe gerade im März ein neues Buch publiziert: *Die amerikanische Fahrt – Stories eines Filmbegeisterten*. Ich erzähle darin von meiner Zeit in Amerika – „Fahrt“ ist auch im Sinne meiner „Erfahrungen“ gemeint –, von meiner Liebe zu amerikanischen Bildpoeten wie John Ford und Orson Welles, von meinem Alltag als Schriftsteller in Los Angeles und meiner Kino-Faszination, die mich – so sehe ich es im Nachhinein – hinter ihren äußeren Bildern die Tiefe der *inneren Bilder* entdecken ließ, der Bilder des Unbewussten, mit denen meine Arbeit als Schriftsteller begann.

Was macht ihr da eigentlich?

Zum Alltag des Mitarbeiters der
Konrad-Adenauer-Stiftung in Afghanistan

Ein Soldat, im Wüstentarnanzug mit Helm, Schutzweste und Waffe, vor karger Landschaft. Verwackelte Bilder einer grauen Stadt mit Rauchsäulen im Hintergrund: So sehen die meisten Deutschen Afghanistan, denn sie kennen die Fernsehbilder und Fotos aus den Zeitungen, wenn wieder irgendwo ein Anschlag passiert ist. Doch was heißt es, in Kabul zu arbeiten und keine Uniform zu tragen? Keine Patrouille zu fahren oder Minen zu räumen?

Seit elf Jahren sind die Deutschen hier. Und neben den Soldaten, die in Mazar-i-Scharif und in Kabul für Sicherheit sorgen sollen, arbeiten zahlreiche Vertreter ziviler Organisationen im Land, denn es geht um mehr als den Schutz vor Anschlägen. Allein die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz) verfügt über 300 entsandte Mitarbeiter vor Ort, dazu kommen das Goethe-Institut, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und eben auch wir, die Politischen Stiftungen. Ziel der Arbeit ist es, vereinfacht gesagt, die afghanische Gesellschaft auf allen Ebenen in die Lage zu versetzen, einen funktionierenden Staat aufzubauen. Und dazu gehört anderes als nur die Entwaffnung der Aufständischen: Bildung, Verwaltung, Infrastruktur, wirtschaftliche Entwicklung beispielsweise. Dafür sind zivile Experten nötig, in vielen Feldern, von akademischer Lehre bis zur Müllentsorgung.

Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung konzentriert sich auf drei Bereiche: die Ausbildung von Journalisten des staatlichen Fernsehens *Radio Television Afghanistan*, um eine unabhängige Berichterstattung zu fördern, die Unterstützung der Universitäten bei Forschung und Lehre zur Verbesserung des Standards der Hochschulausbildung und schließlich die Ausbildung junger afghanischer Diplomaten in den Bereichen Politische Bildung sowie Friedens- und Konfliktforschung. Die Ziele sind ambitioniert, der Weg zu ihnen ist oft steinig – Erfolge und Rückschläge halten sich die Waage. Was das in der Praxis heißt, werde ich oft gefragt, und die Antwort ist: nichts anderes als in vielen Entwicklungsländern, nur mit noch mehr Einschränkungen; die meisten davon sind der noch immer fragilen Sicherheitslage geschuldet.

SICHERHEITSMAXIME: LOW PROFILE

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ein Büro mitten in Kabul, ein ehemaliges Wohnhaus, umgeben von einer hohen Mauer. Kein Schild weist darauf hin, wer dahintersitzt – aus Sicherheitsgründen. Acht Mitarbeiter arbeiten hier, inklusive Fahrer und Wächtern. Ich bin der einzige Deutsche vor Ort. Hinter der Mauer läuft ein ganz normaler Büroalltag: Mitarbeiterbesprechungen, E-Mails beantworten, Abrechnungsfragen, Planung von Bildungsmaßnahmen, Gesprächstermine, Telefonate. Jeden Morgen gibt es ein kurzes Sicherheitsbriefing. Die giz unterhält in Kabul ein *Risk Management Office*, das auch für uns zuständig ist. Von dort werden Nachrichten und Hinweise darauf verschickt, wenn es Anschlagswarnungen gibt, wo Demonstrationen geplant sind und welche Stadtviertel man besser meiden sollte. Das ist wichtig, wenn man unterwegs ist zu den Partnerorganisationen, in die Deutsche Botschaft, zu afghanischen Behörden – immer mit vorheriger Anmeldung, mit Dienstpass in der Tasche und mit dem Fahrer. Auch am Auto gibt es keinen Hinweis auf die Institution. „Low profile“ heißt das beim *Risk Management*.

Regelmäßig werden von der Konrad-Adenauer-Stiftung Seminare und Workshops veranstaltet, geleitet von lokalen Experten, aber auch von uns selbst. Das sind Vorlesungen an der Universität, Seminare mit künftigen Diplomaten, auch Veranstaltungen in den Provinzen gehören dazu. Aus dem so gewonnenen Wissen werden Berichte geschrieben, Artikel für Publikationen, es gibt Presseinterviews und Stellungnahmen. Rund 5.000 deutsche Soldaten sind in Afghanistan stationiert; das Interesse an diesem Einsatz ist daher nach wie vor groß.

Lieb gewordene Annehmlichkeiten, die unser deutsches Alltagsleben bietet, fehlen in Afghanistan. Was uns selbstverständlich ist und unser Leben zu Hause spontan macht, muss lange vorausgeplant werden. Der Generator muss immer genug Diesel haben, falls der Strom ausfällt; das Auto muss zu jeder Zeit funktionsfähig sein, für Geld muss man Schecks ausschreiben. Viel Zeit

verwendet man, um zu erklären, warum man für alles eine Quittung braucht und warum jeder Euro genau abgerechnet werden muss. Genug Trinkwasser muss da sein, denn das etwas trübe Leitungswasser kommt aus dem eigenen Brunnen, Vorräte für eine Woche sind da, falls in der Stadt Anschläge verübt werden und man „festsitzt“. Gesprächstermine erfordern gründliche Planung, da die Sicherheitsrichtlinien der jeweiligen Partner oft sehr streng sind. Veranstaltungen können kurzfristig ausfallen, wenn es ernst zu nehmende Warnungen gibt. Und nach Einbruch der Dunkelheit geht niemand gern vor die Tür.

GRATWANDERUNG ZWISCHEN ROUTINE UND PARANOIA

Ich wohne in meinem Büro, aus mehreren Gründen: Es ist nicht leicht, eine Wohnung zu finden, in der Heizung und Wasserhahn funktionieren und die auch ein Mindestmaß an Sicherheit bietet. Der Weg zur und von der Arbeit kann zum Risiko werden. Die Freizeit in Afghanistan besteht im Wesentlichen aus dem Lesen von Büchern und dem Anschauen von Filmen auf DVD – eine Form der Isolation, die für viele entsandte zur psychischen Belastung werden kann. Eine solche Lebensweise erfordert ein gewisses Maß an phlegmatischem Temperament.

Was braucht es noch? Man muss Sicherheitsrisiken erkennen können, darf keine Routine aufkommen lassen, aber auch nicht paranoid werden und überall Anschläge vermuten – eine Gratwanderung. Die Afghanen haben viel schlimmere Zeiten erlebt und sind durch unbestimmte Warnungen nicht aus der Ruhe zu bringen. Ist man als Ausländer übermäßig ängstlich, hat man den Respekt schnell verspielt.

Ergibt es Sinn, was wir hier tun? Ja, zweifellos. In jedem Land ist solide Bildung der Schlüssel zu erfolgreicher Entwicklung. Afghanistan hat jahrzehntelange Kriege erlebt, oft unverschuldet, als Spielball der Großmächte im Kalten Krieg. Die Menschen hier brauchen die Chance auf eine lebenswerte Existenz, auf Arbeit und Qualifikation. Wir Deutschen sind beliebt in Afghanistan, niemand unterstellt uns koloniales Anspruchsdenken und viele Projekte werden als echte Hilfe beim Aufbau des Landes wahrgenommen. Gute Voraussetzungen, um einen Beitrag für die Zukunft des Landes zu leisten, auch wenn das für den entsandten Mitarbeiter Einschränkungen und Opfer bedeutet.

Der Weg zu einer besseren Zukunft ist von vielen Rückschlägen begleitet, auch von vermeidbaren. Es dauert, bis auch die Machtelite des Landes verstehen wird, dass mit Korruption und Misswirtschaft langfristig kein Staat zu machen ist. Aber: Auch in Deutschland sind Demokratie und Wohlstand nicht über Nacht und ohne Hilfe von außen entstanden.

Tinko Weibezahl
Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Afghanistan

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2013
zum Thema

Sparen

Tugend oder Untergang?

Hierzu schreiben unter anderen Dorothea Siems, Ursula Weidenfeld,
Thomas Mayer und Erwin Teufel.

IMPRESSUM

Nr. 519, März/April 2013, 58. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

**Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von**
Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung
Walter Bajohr

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistent: Cornelia Wurm
Studentische Hilfskraft: Roman Harbort

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 40
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Der neue Einzelheftpreis beträgt 9,00 €.
Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt
(25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils
um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum
15. November eines Jahres schriftlich abbestellt
wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den
Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der
Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

*Dieser Ausgabe liegt das Jahresinhaltsverzeichnis 2012 bei.
Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Flyer der Don Bosco Mission bei.*

Bundestagswahlkampf 1965: Kurt Georg Kiesinger, damals noch baden-württembergischer Ministerpräsident, begleitet Bundeskanzler Ludwig Erhard auf der Wahlkampftour. Am Straßenrand demonstrieren Studierende. „Mehr Geld für die Wissenschaft“, lautet ihre Forderung. „Genau das wollen wir auch“, ruft Kiesinger aus und bittet seinen Fahrer anzuhalten. Verdutzt lassen es die Demonstranten geschehen, dass sich Kiesinger der Spruchtafel bemächtigt und sich in ihre Mitte stellt.

Kurz nach seinem Amtsantritt hatte Kiesinger die Gründung der Universität Konstanz angeregt. Als an angelsächsischen Vorbildern orientierte „Reformuniversität“ sollte sie neue Formen von Studium, Forschung und Lehre ermöglichen. Wie der unten stehende Textauszug zeigt, hielt Kiesinger, der „reformierende Konservative“ (Philipp Gassert), zugleich am Humboldt’schen Ideal des umfassend gebildeten, nicht allein auf sein engeres Gebiet spezialisierten Akademikers fest.

Bevor Georg Picht 1964 die viel zitierte „Bildungskatastrophe“ beschwor, propagierte Kiesinger eine massive Ausweitung der Bildungsanstrengungen. Ende 1963 erklärte er: „Wir müssen die Leistungskraft von Forschung und Lehre im Tempo des wissenschaftlichen Fortschritts der übrigen Welt halten, für die bestmögliche Erfassung und Ausbildung eines begabten wissenschaftlichen Nachwuchses sorgen und die für diese Aufgaben notwendigen, sehr großen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.“

*Christopher Beckmann
Wissenschaftliche Dienste/Archiv für
Christlich-Demokratische Politik der
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Herr Oberbürgermeister,
Sie haben daran erinnert, dass ich eine Lawine in Bewegung gesetzt habe durch meine Erklärung in Singen, die dahin lautet, dass ich glaube, dass unsere Zeit die Rettung der deutschen Universität nur schaffen könne, wenn sie ihren Charakter bewahre, und das bedeutet, dass sie nicht zulassen darf, dass unsere Universitäten zu Massenproduktionsanstalten von Spezialisten werden, sondern dass nach wie vor der Versuch gemacht wird, den Studenten in das Ganze unserer geistigen Welt einzuführen. Und das kann nur geschehen durch den engsten Kontakt der Studenten mit ihren Professoren. Daher sagte und glaube ich, dass wir an dem Problem der Neugründung von Universitäten überall in Europa, auch in unserem Vaterlande, auch in unserem Lande nicht vorbeikommen werden.

Aus einer Rede in Konstanz am 5. Dezember 1959.
Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP),
Nachlass Kurt Georg Kiesinger 01-226-221



Foto: Bert Leidmann, Nagold